

NEUE ZEIT

Potenzial.
Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Pötzlin, Ortsteil Plessow 2
Postfach 600
Geschäftsstelle
Bibliothek

WÜSTE:

**HEIMSUCHUNG
ODER UNGEHOBENER
SCHATZ?**

THREE STAGES



In einer Tagungspause des ersten Weltfriedenskongresses in Paris: Hewlett Johnson, Alexander Fadejew, Pablo Picasso



1986-INTERNATIONALES JAHR DES FRIEDENS

25. April 1949. Im Pariser Pleyel-Saal geht der erste Weltfriedenskongress zu Ende. Der französische Schriftsteller Louis Aragon zieht seine Bilanz: „Wir werden uns zusammenschließen und einander verstehen können. Wir werden imstande sein, die Schlacht für den Frieden, die Schlacht für das Leben, zu gewinnen... Die Schlacht hat gerade erst begonnen.“

Einen großen, nicht leichten Weg hat die Friedensbewegung seitdem zurückgelegt — einen Weg, gekennzeichnet von Hoffnungen und Enttäuschungen, Vertrauen und Vorurteilen, Erfolgen und Schwierigkeiten.

In diesem Jahr fand der Weltkongress zum Internationalen Jahr des Friedens in Kopenhagen statt.

Die Gegner der Friedenskräfte taten alles, um das Kopenhagener Forum zu vereiteln. Sie waren dagegen, daß die Vertreter von Massenbewegungen verschiedener politischer Richtungen aus 136 Ländern zu einem offenen Dialog zusammenkamen und ein Programm gemeinsamer Aktionen für das Überleben der Menschheit erörterten. Doch es gelang den Friedensfeinden nicht, den Kongreß zu verhindern.

Die Friedensbewegung

2000

1995

1990



Ein Plakat des Weltfriedensrates: Drei Stadien der Abrüstung

hat viele Attacken überstanden. Sie erstarke, wurde fürwahr weltweit, erlangte politische Breite. Sie hatte besondere Höhepunkte.

In den 50er Jahren unterzeichneten 500 Millionen Menschen den Stockholmer Appell zum Verbot der Atomwaffen.

In den 70er Jahren mo-

bilisierte der neue Stockholmer Appell eine neue Generation, Hunderte Millionen, zum Kampf für Abrüstung.

Im Oktober 1986 wurde der Kopenhagener Appell namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den Ländern der „Sechs von Delhi“ verkündet, das Wettrüsten zu beenden und dessen Ausdehnung auf den Weltraum zu verhindern. Heute unterstützen ihn alle, denen das Schicksal der Welt nicht gleichgültig ist.

Die Schlacht für das Leben geht weiter.



Stockholmer Appell. 500 Millionen Unterschriften

Fortsetzung des Abrisses der Gesellschaft der Antikriegsideen und des Friedenskampfes (s. Heft 1, 4, 6, 12, 14, 17, 21, 24, 28, 30, 33, 37, 40 und 43).

WORT DES REDAKTEURS

SGT EINFACH „NEIN“

Wer meint, Erfahrungen, die in den USA gesammelt wurden, könnten nicht übernommen werden — besonders solche, die dieses große Land im Kampf gegen ein Übel gesammelt hat, mit dem es seit langem konfrontiert wird, andere aber erst jetzt damit Probleme bekommen? Es wird gemeldet, daß in den USA eine Massenbewegung unter der Losung "Sagt einfach nein!" eingesetzt hat. Das bedeutet: Wenn man Ihnen Rauschgift anbietet, dann müssen Sie einfach nein sagen.

Zweifelsohne ist das eine eingängige, auffallende Lösung. Warum sollte man sie nicht auch in anderen Fällen anwenden? Drohen der Menschheit ja größere Gefahren als Opium oder Crack. Der Nuklearwahnsinn, der amerikanische Politiker ergriffen hat, erfaßt immer neue Ebenen — erst Flugzeuge, dann Raketen und jetzt den Weltraum. Was ist zu tun? Wie kann das Abgleiten in eine Katastrophe gestoppt werden?

Man muß einfach nein sagen:

... wenn der Welt vorgeschlagen wird, "jetzt und für alle Zeiten" unter dem Nuklearschwert zu leben;

... wenn auf einer Fortführung der Kernwaffentests bestanden wird, obgleich die Sowjetunion sie schon mehr als ein Jahr nicht durchführt;

... wenn für die eigennützigen Interessen der Rüstungskonzerne der Weltraum mit Nuklearwaffen vollgespickt werden soll;

... wenn neue NATO-Rüstungsprogramme — nukleare, konventionelle, chemische u. a. — verkündet werden, obgleich die sozialistischen Länder schon lange eine Reduzierung der Rüstungen vorschlagen;

... wenn in Washington die gemeinsam von der UdSSR und den USA in SALT II erarbeiteten Verpflichtungen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen aufgegeben werden und man uns zu dem gleichen Schritt treibt;

... wenn so getan wird, als habe es das Treffen in Reykjavik überhaupt nicht gegeben.

In allen Fällen — sagt einfach nein.

Das ist kein rhetorischer Effekt. Präsident Reagan berichtete selbst, daß bei Wahlkundgebungen, noch bevor er den populär gewordenen Satz hatte zu Ende sprechen können, junge Menschen aufsprangen und nein schrien. So werden auch wir nicht einfach abwarten! Nicht von SDI allein lebt heute die Menschheit. Sie hat nicht wenige Erfahrungen bei der gemeinsamen Verteidigung ihrer höchsten Werte gesammelt, und sie sollte nicht einfach vor der Gefahr kapitulieren. Besonders jetzt, da sich die reale Aussicht auf die Befreiung von den Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 abzeichnet hat, da der Völkerbund statt des Vormarsches zum großen und edlen Ziel der Bewahrung des Friedens alte Rezepte offeriert werden, sie auf den Weg der Feindschaft und der Konfrontation gestoßen wird, muß sie nein sagen. Wenn es aber um konkrete Schritte zur Rettung des Friedens geht, wollen wir einfach ja sagen.

POST

Das neue Denken, zu dem die sowjetische Seite auffordert, heißt doch keineswegs, daß die USA das Recht haben, einen Kernwaffentest nach dem anderen durchzuführen, während die Sowjetunion sich einseitig und für immer an das Teststoppmoratorium halten muß. Neues Denken in der Politik bedeutet in erster Linie nicht imperialistisches Denken, Beachtung des Prinzips der gleichen Sicherheit, Gleichheit in den Beziehungen zwischen allen Ländern und friedliche Koexistenz, die sich auf gegenseitigen Vorteil gründet.

A. Khan NIXON
Rossendale,
Großbritannien

Das große Karthago führte drei Kriege, um an B. Brecht zu erinnern, es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten, nicht mehr auffindbar nach dem dritten. Reagans "Sternkriegs"-pläne haben ein derartiges Inferno einkalkuliert. Heute schon reichen all die auf der Erde angehäuften Nukleararsenale aus, die Welt mehrmals zu vernichten. Aus diesem Grund plädiere ich nachdrücklich für das von der UdSSR vorgeschlagene Kernwaffentestmoratorium.

Günter FIEDLER
Berlin, DDR

In der letzten Zeit schreitet niemand gegen die neofaschistische Propaganda in meiner Heimat Italien ein. Überall an den Häuserwänden des Nazismierereien. Kinos und das Fernsehen zeigen zahllose Filme, die den Faschismus verherrlichen. Man zählt dabei besonders auf die Jugendlichen, die die Schrecken des Krieges nicht kennen und eine leichte Beute der Neofaschisten werden können. Ich meine, wir sollten denen, die den Faschismus wieder aufleben lassen wollen, endlich einmal wirksam den Weg verlegen.

Roberto COLUCCINI
Viareggio, Italien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

50

DEZEMBER
1986

Gründungsjahr 1943

3
Interview mit
Wojciech Jaruzelski

5
In Reykjavik und danach

12
Zu den Menschenrechten

14
Die gemeinsamen
Unternehmen

20
Wie soziale Probleme
in der CSSR gelöst werden

24
Washingtons Konzeption
der verlegbaren Grenzen

26
Was ist die
Dreierkommission

27
Die Erschließung der
Wüste

32
Schach. Schwieriger Sieg
in Dubai

WORT DES RE-
DAKTEURS (1),
PANORAMA (7),
INFORMATIONEN,
NOTIZEN, GLOSSEN (16),
MAN FRAGT UNS (26),
KULTUR UND POLITIK (31)

TITELBILD:
Foto von A. Gustschin

HOBOE ВРЕМЯ

NEW
TIMES

TEMPS NOUVEAUX

nová
doba

NOWE CZASY

TEMPI
NUOVI

TIEMPOS NUEVOS

TEMPOS
NOVOS

NEUE ETAPPE

Der Präsident der AdW der
UdSSR, Akademiemitglied Guri
Martschuk, zur neuen Etappe
der wissenschaftlich-
technischen Zusammenarbeit
Moskau-Delhi

S. 4



IN VORBEREITUNG AUF DEN PARTEITAG

erörtern die vietnamesischen
Kommunisten nicht nur Fort-

schritte, sondern auch Unzu-
länglichkeiten... S. 10

UM DER „STERNENKRIEGE“ WILLEN

Das Weiße Haus will den
ABM-Vertrag still und heimlich
zerstören

S. 5



50 MILLIONEN AUSGESTOSENNE

gibt es in den USA — so
wirkt sich die brutale Kürzung
der Sozialausgaben aus

S. 12



„DAS HAUS PIUS‘ IV.“

Die Päpstliche Akademie der
Wissenschaften gegen eine
nukleare Apokalypse

S. 22



DAS JAHR DES TIGERS

geht dem Ende entgegen.
Was hat es den japanischen
Inseln Neues gebracht?

S. 18

REGGAE

ist Musik des Kampfes, meint
der Begründer dieses Stils, Bob
Marley

S. 31

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
(Verantw. Sekretär), A. LEBEDEW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

KURZSICHTIGKEIT IN DER POLITIK IST GEFAHRlich

Der Erste Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzende des Staatsrates der VR Polen, Wojciech JARUZELSKI, beantwortete die Fragen unseres politischen Kommentators Sergej Goljakow

Wie würden Sie den Beschuß der US-Regierung, SALT-II aufzugeben, einschätzen und kommentieren?

Die Römer taten das noch vor 2000 Jahren, als sie sagten, daß Verträge geschlossen werden, damit man sie einhält. Wir hörten von diesem Beschuß mit Empörung und Besorgnis. Kurzsichtigkeit in der Politik ist gefährlich, um so gefährlicher, je höher die Verantwortungsebene der Beschußkräftigen.

Ich möchte folgende drei Momente hervorheben.

Erstens muß der Prozeß der Begrenzung der Rüstungen und ihrer Kontrolle seine innere Logik haben. Man darf sie nicht ungestraft verletzen, wie man z. B. den Verkehr nicht mutwillig von der Rechts auf die Linksfahrt umstellen darf.

Zweitens fällt ins Gewicht, zu welchem Zeitpunkt dieser verantwortungslose Beschuß zustande kam. Jene, die Bomber bauen, scheinen in Panik geraten zu sein. Sie fürchten, daß der Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse schrumpfen wird.

Wenn ein solcher Beschuß sofort nach Reykjavík gefaßt wird, so doch offenbar dazu, den Partner zu provozieren. Es gibt zwei Arten, Schach zu spielen: Entweder man schiebt die Figuren auf dem Schachbrett, oder aber man fegt sie samt Brett vom Tisch, sobald sich Schwierigkeiten im Spiel einstellen.

Drittens schließlich verrät besagter Beschuß — man möge mir das Wort verzeihen — eine provinzlerische Vorstellung von der UdSSR. Leider hat sich niemand die Mühe gegeben, in die Geschichte dieses Landes Einblick zu nehmen. Moskau hat noch nie klein beigegeben. Ich habe allen Grund anzunehmen, daß das Resultat auch jetzt genauso ausfallen wird. Es ist meine Überzeugung: Wir haben Willen und Potential genug, um eine Störung des Gleichgewichts zu verhindern.

Auf dem Wiener Treffen der KSZE-Staaten forderte Polen alle Signatäre der Schlußakte von Helsinki auf, die Vereinbarungen und internationale Ab-

kommen über die Rechte des Menschen zu ratifizieren. Welche Bedeutung messen Sie der Realisierung dieses Appells bei?



Das Problem der Menschenrechte wurde im Rahmen der KSZE-Arbeit am meisten akzentuiert. Wir allerdings sind nicht der Meinung, daß Europa das so sehr brauchte. Ich könnte ohne weiteres gewisse andere Regionen der Welt nennen, wo unsere westlichen Partner gelinde gesagt keinen solchen Eifer an den Tag legen (man denke an Chile, die RSA und die anderen ebensolchen "Oasen" der Demokratie und Freiheit).

Ich will damit selbstverständlich nicht sagen, daß die Menschenrechte nicht diskutiert werden sollen. Die Haltung und das Verantwortungsbewußtsein der sozialistischen Länder gegenüber diesem Problem zeigten sich u. a. überzeugend in dem jüngsten sowjetischen Vorschlag, ein Treffen von KSZE-Experten für humanitäre Probleme nach Moskau einzuberufen.

Unsere Meinung: Da das Problem der Menschenrechte so wichtig ist, muß man

alles tun, um Demagogie und eine billige, öde Propaganda in diesem Punkt zu vermeiden.

Verhandlungen haben nur Sinn, wenn sie konstruktiv sind. Damit sie es sind, muß man den konkreten Rahmen der zu erörternden Probleme umreißen. Dieser Rahmen wird von einer ganzen Reihe internationaler Abkommen über verschiedene Fragen bestimmt, die sämtlich einen gemeinsamen Zug haben: Sie postulieren eindeutig das Prinzip der souveränen Lösung innerer Probleme.

Außerdem könnten wir wohl mit gutem Grund die Frage stellen: Mit welchem juristischen oder moralischen Recht sind einige westliche Länder so selbstsicher, daß sie sich aufdringliche Belehrungen erlauben, sobald die Rede auf die Menschenrechte kommt? Die Wirklichkeit strafft viele ihrer Deklarationen immer wieder Lügen. Es ist wohlbekannt, daß nicht bei uns Dutzende Millionen Menschen ihres Rechtes auf Arbeit beraubt sind, die Berufsverbote nicht in den sozialistischen Ländern praktiziert werden, daß die "Hexenjagd" nicht östlich der Elbe stattfindet, sondern z. B. in den amerikanischen Gewerkschaften, deren Funktionäre beeidet müssen, daß sie Feinde des Kommunismus sind.

Ich bin gespannt, wie man im Westen reagieren würde, wenn in Polen infolge von Unruhen ebenso viele Menschen umgekommen wären, wie in Ulster seit Beginn des Konfliktes oder wenn wir von unseren Gewerkschaftern ein Bekenntnis zur kommunistischen Ideologie verlangen würden. Aber lassen wir diese Frage.

Wir möchten diese Probleme ernsthaft besprechen, möchten Übereinkünfte erzielen. Doch fällt es schwer, solche Fragen etwa mit den USA zu erörtern, die doch alles besser als wir zu wissen vorgeben und dabei keine der 19 internationalen Konventionen und Deklarationen zu diesem Thema ratifiziert haben, auch nicht die grundlegende Deklaration über die Menschenrechte.

Warschau

Gemeinsame wissenschaftliche Vorhaben

Präsident der AdW der UdSSR
Guri MARTSCHUK

Kontakte zwischen sowjetischen und indischen Wissenschaftlern begannen sich bereits in den 50er Jahren anzubauen. Das große gegenseitige Interesse der Wissenschaftler an der Zusammenarbeit, die solide Grundlage für deren allseitige Entwicklung, die auf den reichen Traditionen der sowjetischen und der indischen Schule der Grundlagen- und der angewandten Wissenschaften beruht, die aufgenommenen regen Kontakte machten es erforderlich, Regierungsvereinbarungen zu erarbeiten und zu großen Programmen gemeinsamer Vorhaben überzugehen.

In den 70er Jahren wurden die Regierungsabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in den angewandten Wissenschaften und in der Technik, der Landwirtschaft, der Medizin, dem Gesundheitswesen und bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie unterzeichnet. Überdies wurden Kooperationsabkommen zwischen den Akademien der Wissenschaften unserer Länder, Protokolle im Bereich der Raumforschung und auf anderen Gebieten signiert.

Im Rahmen besagter Abkommen erarbeiten sowjetische und indische Forschungsinstitute und andere Einrichtungen langjährige Kooperationsprogramme. Allein im Rahmen des Kooperationsprogramms im Bereich der angewandten Wissenschaften und der Technik werden 1984-1987 gemeinsame Forschungsvorhaben in 22 Richtungen durchgeführt, einschließlich 112 Einzeltiteln, und an deren Verwirklichung beteiligen sich 66 sowjetische und 48 indische Forschungseinrichtungen. Diese Richtungen umfassen die progressivsten Bereiche von Wissenschaft und Technik mit besonderer Bedeutung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, darunter Forschungen, die neuen Energiequellen, insbesondere magnetohydrodynamischen Generatoren, der Pulvermetallurgie, der Katalyse, Lasern, der Meteorologie und der Ozeanographie sowie dem Korrosionsschutz von Metallen gelten.

Die breite Zusammenarbeit sowjetischer und indischer Wissenschaftler hat bereits nicht wenige beeindruckende Ergebnisse gebracht.

Wissenschaftler des Schmidt-Instituts für die Physik der Erde (UdSSR) und des Nationalen geophysikalischen Forschungsinstituts (Indien) führten einige Jahre lang interessante Arbeiten in indischen Observatorien in Chautal (Unionstaat Andhra Pradesh) und Ettaya-

puram (Tamil Nadu) zur Untersuchung der Mikropulsation des geoelektrischen und des Geomagnetfeldes durch.

Gemeinsame Expeditionsarbeiten zur tiefen seismischen Sondierung des Hindustan-Schildes wurden vorgenommen, was insbesondere von Bedeutung ist, um mögliche Lagerstätten von Bodenschätzen zu bestimmen.

Aktiv entwickelt sich die sowjetisch-indische Zusammenarbeit in der Raumforschung. Mittels sowjetischer Trägerraketen erfolgten die Starts von drei indischen Satelliten des Bhaskara- und des Aryabhata-Typs. Seit 1977 ist eine gemeinsame sowjetisch-indische Beobachtungsstation für Satelliten in Kavalur (Unionstaat Tamil Nadu) tätig. Höhepunkt dieser Zusammenarbeit war natürlich der gemeinsame Raumflug 1984 zweier sowjetischer und eines indischen Kosmonauten im Orbitalkomplex Salut 7-Sojus T 10-Sojus T 11.

Die Inbetriebnahme der ersten indischen MHD-Energieanlage auf Kohlebasis in Tiruchirappally (Unionstaat Tamil Nadu) 1985 war das Ergebnis langjähriger fruchtbare Zusammenarbeit von Mitarbeitern indischer Forschungseinrichtungen und des Instituts für Hochtemperaturen der AdW der UdSSR bei der Entwicklung neuer Energiequellen.

Sowjetische Computer einer neuen Generation werden Angaben der seismischen Prospektierung von Erdöl und Erdgas in Indien bearbeiten.

Foto: APN



Andere wichtige Kooperationsbereiche sind die Landwirtschaft und die Medizin. Allgemein bekannt wurde in Indien der sowjetische Ophthalmologe Prof. Swjatoslaw Fjodorow, der das Land wiederholt besuchte, Vorträge hielt und Operationen vorführte.

Zu einem bedeutenden Schritt beim weiteren Ausbau der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit UdSSR-Indien wurde das im Mai 1985 in Moskau auf höchster Ebene unterzeichnete Abkommen über die Hauptrichtungen des Zusammenwirkens beider Länder in Wissenschaft und Technik wurden festgelegt. Als besonders wichtige Bereiche wurden Biotechnologie, Laser, Kryogenotechnik und andere Grundlagenforschungen hervorgehoben, in den angewandten Bereichen Energiewirtschaft, neue Materialien, Erarbeitung abfallfreier Technologien, Rechentechnik und Mikroelektronik.

Wenn wir auch den erreichten Fortschritt in unserer wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit würdigen, verstehen wir doch, daß ihr Stand der Dynamik des Gesamtkomplexes der sowjetisch-indischen Beziehungen entsprechen muß.

Bei den kürzlichen Gesprächen zwischen Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi in Delhi wurden Vereinbarungen erzielt, die ein qualitativ neues Herangehen an die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik vorsehen, was den Fachleuten unserer Länder ungekannte Möglichkeiten eröffnet. Sowjetische und indische Wissenschaftler werden nicht nur gemeinsam komplexe Forschungsvorhaben und Entwicklungen realisieren, sondern auch dann die erarbeiteten Technologien in die industrielle Praxis überführen. Hierbei steht vor den wissenschaftlichen Organisationen beider Länder die Aufgabe, gemeinsame Projekte auf einem Stand, der die besten Weltleistungen in dem betreffenden Bereich überbietet, zu verwirklichen.

Wir sind uns bewußt, daß dies eine sehr schwere Aufgabe ist, doch ihre Verwirklichung wird es ermöglichen, voll die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Lösung der enormen sozialökonomischen Aufgaben der UdSSR und Indiens zu nutzen. Eine solche gemeinsame Arbeit wird zweifellos die Freundschaft und das gegenseitige Verständnis zwischen unseren Völkern noch weiter festigen.

Ich hatte die Gelegenheit, Indien im Januar 1983 in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatskomitees der UdSSR für Wissenschaft und Technik zu besuchen. Sehr beeindruckt war ich von den Leistungen der indischen Wissenschaftler in Physik, Mathematik und Atomenergie. Ich bin sicher, daß es meine in nächster Zeit bevorstehende Reise nach Indien auf Einladung von Ministerpräsident Rajiv Gandhi erlauben wird, noch besser die Tätigkeit der indischen Kollegen kennenzulernen und Schritte für eine weitere Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit UdSSR-Indien aufzuzeigen.

Fürwahr ein himmlisches Thema

Alexander PUMPJANSKI

Wer wird der nächste Präsident der USA sein — ein Republikaner oder ein Demokrat? Der Senator von Massachusetts, Paul Tsongas, weiß die Antwort: ein Computer. Bereits 1984 hatte er vorschlagen, einen Computer des Leitsystems der Streitkräfte zum Präsidenten zu küren. Die Logik ist einfach: "Zumindest wird er stets auf der Hut sein."

Ein Computer-Präsident

Eine Raketenabwehr hat mit Geschwindigkeiten zu operieren, die den normalen politischen Prozeß der Beschlüffassung in der Frage von Krieg und Frieden praktisch unmöglich machen. Weder dem Präsidenten noch den Abgeordneten oder nicht einmal den Generalen, sondern den Computern wird das erste (und letzte) Wort gehören.

Die Menschen sind zu unvollkommen, um über ihr Schicksal zu bestimmen. Der moderne Krieg ist so unvorhersagbar und entwickelt sich so schnell, die Menschen aber denken so langsam. Überlegungen der elementaren Effektivität verlangen die Verdrängung des menschlichen durch den künstlichen Intellekt, den Übergang zur Automatisierung der Annahme militärischer Entscheidungen. Nur ist es logisch, diesen Prozeß zu Ende zu führen — bis zur Kontrolle über die strategischen Nuklearraketen.

Übrigens sind das Gedanken aus dem offiziellen Entwurf "Die strategische Informatik", veröffentlicht von der Abteilung für perspektivische Forschungen des Pentagon bereits im Oktober 1983. Schlußfolgerung des Berichts: Informatiksysteme können in größerem Maß, wenn nicht vollständig, den Menschen bei der Fassung von "kritischen" Beschlüssen ersetzen.

Ich muß eingestehen, die Wortverbindung "künstlicher Intellekt" rief bei mir stets widersprüchliche Empfindungen hervor — eher ein unangenehmes Gefühl als den Wunsch, bei diesem offensichtlichen Triumph der Wissenschaft zu jubeln. (Übrigens einem Triumph über wen?) Wie

sich herausstellt, machte sich der Selbsterhaltungstrieb bemerkbar. Die Roboter werden den Menschen nicht versklaven, wie einer der Lieblingsalpträume der Science-fiction-Literatur prophezeite. Sie werden ihn vernichten. Die "Sternenkriege" zumindest sind ein Schritt gerade in dieser Richtung.

Das unter der Schirmherrschaft des Komitees der sowjetischen Wissenschaftler für den Frieden, gegen die Nuklearkriegsgefahr herausgebrachte Buch "Weltraumwaffen, Dilemma der Sicherheit" erläutert den Mechanismus dieser Bedrohung.

Eine Folge von SDI kann der Übergang zum automatischen "Start nach Benachrichtigung" der nuklearen Vergeltungskräfte sein. Der Computer wird zum Präsidenten... Doch er kann auch einen irrtümlichen Präsidentenbeschuß fassen.

Wird das SDI-Ortungsundersystem das anliegende Objekt richtig ausmachen? Auf welcher Grundlage ist ein Beschuß über dessen Vernichtung zu fassen? Wann ist ein Beschuß über die Vernichtung eines Objekts aufzuheben — wenn ein, zwei oder mehr Kanäle des Systems nicht funktionieren?

Zur Frage des mathematischen Background. Die Experten streiten darüber, wie viele Fehler in das Computerprogramm selbst unweigerlich eingegeben sein werden. Die Zahlen differieren, doch nötig ist eine 100prozentige Garantie: Ein Fehler würde reichen...

Das Untersystem für die Gefechtsleitung der Raketenabwehr muß ein riesiges System des künstlichen Intellekts sein, das Expertenkenntnisse und Einschätzungen der militärisch-politischen Lage sowie ihrer möglichen Entwicklung enthält. Doch wer wird welche Kriterien und Ausgangsangaben speichern? Die Autoren antworten: "Als Anhänger von SDI agieren vor allem jene Vertreter militärischer, wissenschaftlicher und politischer Kreise der USA, denen eine äußerst negative, ja paranoide Vorstellung von den Absichten der Sowjetunion und größte Bereitschaft eigen ist, militärische Gewalt in Konfliktsituationen einzusetzen." Der künstliche Intellekt ein Paranoiker? Vielleicht aber unterstreicht er auf seine Art die ganze Künstlichkeit dieser politischen Spielart des Paranoikertums? Nein, wenn der Menschheit der Untergang beschie-

den ist, dann wird man niemandem die Schuld geben können...

Und doch wäre es traurig, aus Dummheit zu sterben. Und noch ein technisches Szenario aus der gleichen Quelle.

Wie sollen die SDI-Objekte geschützt werden? Probleme gibt's... Als sehr effektiv gilt die Methode, um eine Raumstation eine Art "Souveränitätszone" zu schaffen, bei der die auf der Station stationierten Mittel der Selbstverteidigung ein beliebiges Objekt, das sich der Station mehr als erlaubt nähert, vernichten werden. Die Stationierung eines umfassenden waffengespickten Raketenabwehrsystems mit einer Verteidigung, die nach diesem Prinzip organisiert ist, wird im erdnahen Raum ausgedehnte mobile "Sperrzonen" schaffen. Man kann sich vorstellen, was geschehen wird, wenn ein fremder oder sogar ein eigener Satellit oder einfach ein undisziplinierter Meteorit zufällig oder irrtümlich in eine solche Zone gelangt... Auf die göttliche Vorsehung sollte man sich lieber nicht verlassen...

Der ABM-Vertrag und die Heilige Schrift

Vielleicht hat das größte Zugeständnis, das die sowjetische Seite in Reykjavik machte, gerade Bezug zu SDI. Trotz der prinzipiellen Ablehnung dieser Idee verlangte die UdSSR keineswegs, sie als Preis für den Abbau ihrer schweren Raketen zu opfern. Nein, die Sowjetunion schlug etwas viel Bescheideneres vor — die Stärkung des sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrages. Da dieser Vertrag zu einer Art Kreuzung wurde, an der verschiedene Positionen und Ambitionen aufeinandertreffen, wollen wir seinen Geist und Buchstaben, seine Logik und Wirkung analysieren.

Also der ABM-Vertrag, d. h. der Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme, unterzeichnet 1972. Amerikanischerseits sind seine Hauptarchitekten Präsident Nixon und Außenminister Kissinger. Die wichtigste Verpflichtung ist, "keine landesweiten Raketenabwehrsysteme aufzustellen und nicht die Grundlage für eine solche Verteidigung zu schaffen" (Punkt 2, Art. I).

Wenn ein landesweites Raketenabwehrsystem nicht entwickelt werden darf, was ist dann gestattet? Erlaubt ist, wie im Protokoll von 1974 konkretisiert wurde, eine (und nicht mehr) Stationierungsregion für ein Raketenabwehrsystem mit einer gewissen Zahl von Startrampen, von Antiraketen in Startstellungen usw. zu haben. (In der Sowjetunion wurde Moskau mit seinen rd. 10 Millionen Einwohnern gewählt, in den USA der Raum Grand Forks mit seinen Raketenstilos. Hierbei ist jede Seite frei in ihrer Wahl.)

Die Verteidigung verbieten? Welch merkwürdige, "amoralische" (so Präsident Reagan) Logik leitete die Schöpfer des Vertrages?

Siehe auch "Was in den Sternen steht oder die Saga von einem Mythos" (NZ 49/86).

Doch es ging dabei auch um die Begrenzungen für strategische offensive Systeme, nicht nur für die strategische Verteidigung. Zugleich wurde der SALT-Prozeß eingeleitet. Beginnend mit der Unterzeichnung des Zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT I) sollte er, wie man meinte, in SALT II, SALT III usw. weiterentwickelt werden.

Hierbei wurde die Interdependenz zwischen den strategischen Offensiv- und Defensivwaffen behauptet — eine nüchterne und realistische Auffassung von prinzipieller Bedeutung. (Schon bezüglich SDI führte der bekannte Raumforscher Akademiemitglied Roald Sagdejew einen einfachen Vergleich an: Ist die Stärkung der Panzerung eines Tanks eine defensive oder offensive Maßnahme?) Die Schaffung eines Schildes bei Vorhandensein eines Nuklearraketenschwertes vergrößert die Bedrohung der anderen Seite (oder zumindest die von ihr empfundene Bedrohung), provoziert sie entweder zur Schaffung eines eigenen Schildes oder zur Stärkung des Schwertes, wahrscheinlich aber sowohl zu dem einen als auch zu dem anderen.

Zu vereinbaren, gegenseitig ohne Schutz vor einem Nuklearraketenschlag zu bleiben — und darauf die eigene Sicherheit aufzubauen? Ja.

Das war ein Beschuß von seltenem intellektuellem und politischem Mut. Der gesunde Menschenverstand und das in Jahrtausenden gewohnte Denken in militärischen Kategorien lehnten sich dagegen auf. Die neue Realität aber diktierte gerade diese Schlußfolgerung.

Gegen einen Nuklearraketenangriff kann man sich nicht verteidigen, man kann ihn nur verhindern. Das ist keine Frage der Moral. Selbst eine Supermacht vermag nicht, einen Schlag zu parieren und unversehrt zu bleiben. Der ABM-Vertrag ist das juristische Eingeständnis dieser unaufhebbaren, schrecklichen Wahrheit. Nur die nukleare Abrüstung (an die auch beim SALT-Prozeß gedacht war), keineswegs aber Versuche, sich hinter einem Schild zu verbergen, wird der Menschheit das verlorene Gefühl der Sicherheit wiedergeben.

Der ABM-Vertrag enthält auch ein anderes mutiges, wenn auch sehr trauriges Eingeständnis: Das Wettrüsten ist außer Kontrolle geraten, wir können es schon nicht mehr in den Griff bekommen. Auch wenn wir Gegner oder Rivalen bleiben, selbst wenn wir den Rüstungswettkauf als solchen bislang nicht beenden, muß doch eine Barriere gegen das Wettrüsten errichtet werden, indem wir vereinbaren, zumindest nicht in eine Sackgasse vorzuspachen. Und diese Barriere soll der Verzicht auf eine landesweite Raketenabwehr sein, beschlossen die beiden Mächte in einem seltenen Augenblick beiderseitiger Erleuchtung. Im Rahmen dieses Verzichts werden wir uns bemühen, mittels des SALT-Prozesses den Rüstungswettkauf zu bändigen, den Geist zurück in die Flasche zu zwingen. Das war die Logik des sowjetisch-amerikanischen Einverständnisses Anfang der 70er Jahre.

Die Erwartungen sollten nicht in Erfüll-

lung gehen. Der SALT-Prozeß kam nicht deshalb ins Stocken, weil er schlecht war. Schlecht ist, daß er ins Stocken geriet — wegen der amerikanischen Rückzieher, die in wütende Attacken auf SALT II umschlugen. Doch weder der Charakter der Drohungen noch das Wesen der einmal gemeinsam gezogenen Schlußfolgerungen änderten sich prinzipiell.

Und wenn Präsident Reagan, mit der Primitivität vieler seiner Mitbürger spield, den ABM-Vertrag attackiert, demonstriert er keineswegs staatsmännische Weisheit.

Unterdes sieht es so aus, als sei dieser Vertrag zu einem Lieblingsthema der Präsidentenscherze geworden. Einen von ihnen gab er auf höchster Ebene zum besten: Er brillierte damit in der Villa "Höfli" und erzählte dann später selbst:

"Was den ABM-Vertrag angeht, zu dem er" (Gorbatschow) "ständig zurückkehrte, als sei er die Heilige Schrift, frage ich ihn einmal, was denn Großes in diesem Vertrag sei, der unsere Regierungen zwingt, dem Volk zu erklären, daß wir es nicht gegen einen Nuklearangriff verteidigen werden?"

(Übrigens antwortete Michail Gorbatschow so: "Und was sollen wir in Verträgen sehen? Etwa ein Stück Papier?")

Das Große an diesem Vertrag ist, daß er ein Hindernis — zudem das letzte völkerrechtliche Hindernis — gegen einen hemmungslosen Wettkauf bei den Nuklearraketen und den sie ablösenden Waffen ist. Reicht das nicht?

Natürlich werden außenpolitische Verträge anders als Ehen nicht im Himmel geschlossen, doch das Prinzip "Verträge sind zu beachten" ist heilig, sonst würde sich sogar unsere unvollkommene Weltordnung in ein Chaos verwandeln. Das wissen wie das "Vater unser" alle, die "pacta sunt servanda" nicht mit "persona non grata" zu verwechseln.

SALT II — "pacta non grata"

Übrigens hat die Reagan-Administration offenbar das Völkerrecht durch den neuen Begriff "Verträge non grata" bereichert. Kürzlich zahlte sie mit dem SALT-II-Vertrag für ein Flugzeug — den 131. B-52-Bomber.

Die B-52 ist mit 12 Cruise Missiles bestückt. 130 Bomber bedeuten also 1560 Raketen. Jede Flügelrakete hat einen Nuklearsprengkopf, 15mal stärker als die Hiroshima-Bombe. 130 Bomber verfügen bei einem Start über eine 100mal größere Vernichtungskraft als alle Bomber der Luftstreitkräfte der Alliierten im zweiten Weltkrieg... Doch das schien nicht zu reichen. Unter Bedingungen, da die strategischen Luftstreitkräfte der USA dreieinhalbmal so stark sind wie die der Sowjetunion sollen die USA zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit ernstlich einen weiteren, 131. Bomber benötigen, der den SALT-II-Rahmen sprengte, ihn zerstörte. Und das soll so dringend notwendig geworden sein nach Reykjavík, wo die beiden führenden Repräsentanten einem 50prozentigen Abbau aller strategischen Systeme in 5 Jahren

und deren vollständiger Vernichtung in 10 Jahren fast zustimmten.

So geht die Reagan-Administration mit Verträgen um. In dieser Situation ist die Zurückhaltung der UdSSR, die erklärte, sie werde einstweilen nicht über den Rahmen von SALT II hinausgehen, obgleich aller Anlaß dafür besteht, doppelt wertvoll.

Doch kehren wir zum ABM-Vertrag zurück.

Wie fügt sich SDI in den ABM-Vertrag? Absolut nicht. SDI steht im direkten Widerspruch zu Artikel I, der die Aufstellung eines landesweiten Raketenabwehrsystems verbietet. SDI ist unvereinbar auch mit Artikel V, der vorschreibt, "Raketenabwehrsysteme oder -komponenten einer see-, luft-, weltraum- oder mobillandgestützten Basierung nicht zu entwickeln, nicht zu erproben und nicht aufzustellen".

Heimlich besiegen

Ist das nicht eindeutig gesagt? Aber nein. Erst vor kurzem entdeckten Rechtsverdreher, die den Sonderauftrag, wie es heißt, von Richard Perle selbst, dem die Zerstörung bestehender Vereinbarungen besondere Genugtuung bereitet, erhalten hatten, eine unklare Zeile, zwar nicht im Vertragstext selbst, sondern in einer der bei der Unterzeichnung beigefügten Erklärungen — in der sogenannten Erklärung "D". Diese Erklärung, behaupten die Entdecker freudig, erlaube die unbeschränkte Entwicklung, ja fast die Stationierung von Raketenabwehrsystemen, die auf neuen physikalischen Prinzipien (Laser, Strahlen, Teilchen usw.) beruhen.

Ist SDI also ganz legitim? Nichtsdestotrotz. Der Vizepräsident des Internationalen Instituts für Weltraumrecht, Dr. sc. jur. Werestschetin erläutert: Die Erklärung "D" berücksichtigt tatsächlich, daß Raketenabwehrsysteme, basierend auf neuen physikalischen Prinzipien, entstehen können, doch nur in räumlicher Verbindung zu den vom Vertrag erlaubten Raketenabwehrregionen und den stationären Boden-, nicht aber den Weltraum- oder irgendwelchen anderen Systemen.

Und doch, welchen Sinn suchten in diese komplizierten Formulierungen der Verfasser zu legen? Die US-Delegation bei jenen Verhandlungen wurde von Gerard Smith geleitet, Rechtsberater war John Rhinelander. Der eine wie der andere wenden sich kategorisch gegen eine "weite", "liberale" Auslegung des Vertrages.

Um die kritischen Stimmen zu beruhigen, erklärte Außenminister Shultz, die USA würden sich einstweilen an eine "enge" Interpretation halten, doch sich das Recht vorbehalten, zu einer "weiten" Auslegung überzugehen. Dieses "einstweilen" ist berückend, als wären völkerrechtliche Verträge etwas, was man einfach zur Seite schieben könnte.

Diesbezüglich fanden die SDI-Fanatiker ebenfalls einen Aufhänger. Der Vertrag sei ja, sagen sie, unbefristet, und jede Seite habe das Recht, ihn mit halbjähriger

NIKARAGUA

Invasions- probe

0 AM 7. DEZEMBER FLOGEN BOMBER AMERIKANISCHER PRODUKTION VON HONDURAS AUS EINEN ANGRIFF AUF DIE NORDPROVINZEN NIKARAGUAS.

Die Schläge wurden auf Stellungen einer Einheit der sandinistischen Volksarmee und Ortschaften weit von der Grenze entfernt geführt. Es gab



Vorankündigung zu verlassen... Das wird so gesagt, als ob das Recht, den Vertrag zu verlassen, die USA von allen Verpflichtungen zur Einhaltung des Vertrages befreit und jede Minute seiner formalen Einhaltung in eine Gefälligkeit dem Partner gegenüber verwandelt. Unterdes ist ein unbefristeter Vertrag ein Vertrag, der eher unbegrenzt ist als mit einer überaus kurzen Geltungsdauer. Und das Recht, ihn zu verlassen, ist nicht einer Laune überlassen, sondern genau festgelegt: Wenn, wie wir in Artikel XV lesen, "außerordentliche Umstände dessen" (eines Vertragsteilnehmers) "höchste Interessen gefährden". Außerordentliche Umstände, eine früher unbekannte Bedrohung der höchsten Interessen ist absolut nicht zu erkennen. Zu konstatieren ist nur die fanatische Besessenheit von der "Sternenkriegs"-Idee.

In Reykjavik hatten sich beide Seiten

Tote und Verletzte, darunter Kinder.

Der Außenminister Nikaraguas, Miguel d'Escoto, beschuldigte auf einer Pressekonferenz in Managua die USA, einen bewaffneten nikaraguanisch-honduranischen Konflikt zu provozieren, der als Vorwand dienen soll, die US-amerikanische Aggression gegen die sandinistische Revolution zu eskalieren.

Für diese Erklärung liegen wichtige Gründe vor. Seit Mitte November ist an der nikaraguanischen Atlantikküste eine bedrohliche Konzentration US-amerikanischer Kriegsschiffe zu beobachten. Sie näherten sich Puerto Cabezas bis auf 100 km Entfernung und nahmen wichtige militärische und Wirtschaftsobjekte aufs Korn. Zum Geschwader

gehören ein Flugzeugträger und 5 Kampfschiffe, inklusive Torpedoboote, bestückt mit "Tomahawk"-Raketen. Die Schiffe führen elektronische Spionageausrüstungen an Bord.

Anschließend wurden in Honduras Luftstützpunkte in Gefechtsbereitschaft versetzt. Sie können Kampfflugzeuge und schwere Transportmaschinen aufnehmen.

Im honduranischen Grenzdepartement Paraiso begann man, US-amerikanische Einheiten zu verlegen. Auf der Straße nach Danli wird Kriegsgerät transportiert. Die US-Botschaft in Tegucigalpa war schnell mit der Erklärung bei der Hand, daß es sich bei diesen gefährlichen Aktivitäten nur um reguläre gemeinsame amerikanisch-honduranische Manöver handele.

Im südlich angrenzenden Kostarika versammelten sich Ende November verschiedene konterrevolutionäre Organisationen. Sie gehören zu einer sogenannten Oppositionellenvereinigung Nikaraguas und stehen in Washingtoner Diensten. Auf diesem Treffen stand die Frage eines bewaffneten antisandinistischen Aufstands und die Errichtung einer "provisorischen Regierung Nikaraguas" zur Debatte.

Washington aktiviert Invasionsvorbereitungen und schafft die dazugehörigen politischen Rahmenbedingungen. Man ist insbesondere bemüht,

die mittelamerikanischen Partner Honduras, Kostarika, El Salvador und Guatemala zu zwingen, alle Beziehungen zu Nikaragua abzubrechen. Reagans Sonderbeauftragter Habib war zu diesem Zweck schon in der Region unterwegs. CIA-Direktor Casey hielt sich in San Salvador auf. Er einigte sich mit den salvadorianischen Militärs, ihr Land weiterhin als Brückenkopf für eine Aggression gegen die sandinistische Republik bereitzustellen.

Es scheint, als sei das jüngste Bombardement eine Kraftprobe gewesen. Die "New York Times" berichtet über US-amerikanische Hubschrauber, die auf Anweisung Präsident Reagans Hunderte honduranischer Soldaten von einem Luftwaffenstützpunkt in Honduras zu Kampfhandlungen gegen die sandinistische Volksarmee an die Grenze zu Nikaragua transportieren.

Offensichtlich hat sich die jetzige US-Administration vorgenommen, die sandinistische Regierung um jeden Preis zu stürzen und ihre Marionetten aus der Contra-Reserve in Managua an die Macht zu bringen. Deshalb herrscht jetzt hier erhöhte Wachsamkeit. Die Nikaraguaner sind bereit zu kämpfen und die Unabhängigkeit ihrer Republik zu verteidigen.

W. DOLGOW,
NZ-Korrespondent
Managua, im Dezember

auf eine 10-Jahres-Frist für die Nichtauflösung des Vertrages geeinigt (Präsident Reagan betrachtet das als sein enormes Zugeständnis). Doch jede Seite interpretiert diese Zahl auf ihre Weise. Die Sowjetunion in dem Sinne, daß dies dazu beitragen werde, den ABM-Vertrag für die Zeit zu stärken, solange die strategischen Kräfte abgebaut werden, wonach die Notwendigkeit einer Raketenabwehr entfallen und die Versuchung, den Vertrag zu untergraben, vergehen werde. Die USA hingegen so, daß der Vertrag in 10 Jahren seine Kraft verliert, und man schon am nächsten Morgen mit der Stationierung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems beginnen könnte.

Dies wäre gleichbedeutend damit, ein Urteil heute zu fällen, doch es erst in 10 Jahren zu vollstrecken... Übrigens kann man eine solche Feststellung auch konkre-

tisieren: den Vertrag heute zu beseitigen, das aber erst in 10 Jahren bekanntzugeben, verlangt ja die amerikanische Seite im Gegenzug für dessen formelle Anerkennung die Beseitigung der Verbotsartikel, die Aufhebung der Beschränkungen für jegliche Tests, darunter im Weltraum, das aber bedeutet in Wirklichkeit den Tod des Vertrages, sofort und ohne Ankündigung.

Der ABM-Vertrag ist nicht die Heilige Schrift, doch ihn in Fetzen zu zerreißen, ist leichtsinnig und gefährlich.

...Selbst nach der Logik der SDI-Enthusiasten müßte für die "Überwindung der Atombombe" mindestens 70mal soviel Geld ausgegeben werden, wie die Entdeckung der Atombombe kostete. Was wird der Preis sein, um aus dem Abenteuer namens "Sternenkriege" wieder herauszukommen, wenn der Eintritt da schon so wahnsinnig teuer ist?

FRANKREICH

Regierung im Rückzug

• AM 8. DEZEMBER ERKLÄRTE FRANKREICH'S PREMIERMINISTER JACQUES CHIRAC IN EINER FERNSEHANSPRACHE: DIE REGIERUNG HEBT DEN DEVAQUET-GESETZENTWURF AUF. ER WAR ANLASS FÜR STÜRMISCHE STUDENTENPROTESTE IN PARIS, LYON, BORDEAUX, MARSEILLE UND ANDEREN STÄDTCEN.

Die aktuellen Ereignisse erinnern viele Franzosen an den Mai 1968. Damals hatten Demonstrationen von Studenten, später auch Demonstrationen der Arbeiterklasse zur folgenschwersten politischen Krise in der Geschichte der Fünften Republik geführt, die damit endete, daß General de Gaulle zurücktrat.

Dieser Vergleich mag übertrieben scheinen, ist aber durchaus angemessen.

Wie 18 Jahre zuvor waren die Aktionen der Jugendlichen anfangs ausgesprochen friedlich, nahezu unpolitisch. In einigen Universitäten wurde diskutiert, was die Studenten für den Fall erwartet, daß die von der Chirac-Regierung initiierte Bildungsreform der Hochschulen, der nach seinem Autor Alain Devaquet, Sonderbeauftragter für Wissenschaft, Forschung und Hochschulen des Ministers für nationale Bildung und Erziehung, benannte Gesetzentwurf, in die Praxis umgesetzt wird.

In den Diskussionen wurden pessimistische Aussichten formuliert: Es entstehen zusätzliche Schwierigkeiten, Bildung zu erhalten. Studenten sollen nur noch nach dem Geldbeutel ihrer Eltern ausgesucht werden. Schon jetzt sind nur 13 von 100 Studenten Kinder von Arbeitern.

Dem Privatkapital wird

der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen eröffnet. Daraus entstehen neue negative Konsequenzen, wie z. B. Universitäten 2. Wahl.

...Donnerstag, 4. Dezember. Ein Demonstrationszug von über einer Million vorwiegend junger Leute auf den Straßen und Plätzen von Paris. Die Demonstranten sind guter Dinge. Man hört Lieder. Lösungen werden skandiert. Dazu blauer Himmel und eine Sonne wie im Frühling. Studenten und Oberschüler aus allen Teilen Frankreichs sind angereist und fordern, den "Devaquet-Gesetzentwurf" fallenzulassen.

Dann der erste Tränengaseinsatz seitens der massiv vertretenen Polizei. Eine Tränengaspatrone reißt einem Demonstranten die Hand ab. Einem zweiten wird ein Auge herausgeschossen. Ein dritter wird mit eingeschlagenem Schädel auf die Intensivstation verfrachtet. Verstärkter

Schlagstockeinsatz. Der von den "Ordnungshütern" vielsch zusammengeschlagene 22jährige Student Malik Ousseine stirbt im Krankenhaus.

Die Regierung setzt auf nackte Gewalt. Polizeiterror wiederum ruft nur neue Errüstung hervor. Maliks Tod hat Massenprotest ausgelöst.

Im Pariser Universitätsviertel Quartier Latin entstehen Barrikaden aus Baumaterial und umgekippten PKWs.

Dann tauchen, genau wie 1968, Spinner auf, stecken Autos an, schmeißen Schaufenster ein, plündern und schlagen alles kurz und klein.

Die Massenmedien gießen Öl ins Feuer und behaupten, daß hinter den Ausschreitungen im Quartier Latin und den Zusammenstößen mit der Polizei Leute stecken, die mit der Studentenbewegung nichts zu tun haben.

Fernsehkameras der TF-1 halten folgende nächtliche Szene

fest: Mitglieder einer ultrarechten Jugendorganisation passieren den Polizeiring. Sie tragen Motorradhelme und gehen mit Eisenstangen gegen protestierende Studenten vor. "Nach Abschluß der Kundgebung sah ich dieselben Leute bei einem Zusammenstoß mit der Polizei", berichtet der Fernsehreporter.

"Warum schaut die Polizei mehrere Stunden lang seelenruhig zu, wie auf dem Boulevard Saint-Michel Autos angesteckt und Schaufenster geplündert werden?", fragt eine Augenzeugin der Ausschreitungen, der man die Erregung deutlich ansieht. "Warum geht die Polizei gegen friedlich demonstrierende Studenten vor?"

"Mit Einbrechern und Straßenräubern haben wir nicht das geringste zu tun", sagt ein Wortführer der Studenten vor den Kameras von "Antenne 2". "Das ist ein Versuch, unseren Kampf zu diskreditieren."

Einerseits verunsichern gewalttätige Provokationen den Spießer, andererseits bieten sie der Regierung den Vorwand, den Protest gewaltsam zu unterdrücken. Es ist also nur logisch, wenn auf dem außerordentlichen Parteitag der in der Regierungsmehrheit tonangebenden Partei, der Sammlungsbewegung für die Republik, Appelle zu hören waren, sich "für die Verteidigung der Demokratie" bereitzuhalten, wenn Drohungen gegen "professionelle Destabilisierer" ausgestoßen wurden, nebst Warnungen, "man werde schon für Ordnung sorgen". Es paßt ins Bild, wenn rechte Zeitungen sich an Prügelszenen aufgeilen und mit Wonne auf ihren Titelseiten Fotos ausgebrannter Autowracks abdrucken. Seht Ihr, dahin haben es unsere Studenten gebracht!

Die Studenten haben sich sofort scharf von den Provokateuren distanziert. Der studentische Koordinationsrat wandte sich mit einem Aufruf an Bevölkerung und Gewerkschaften, den Kampf der lernenden Jugend zu unterstützen. Ihr spontaner Protest erhielt unverstehens eine politische Note.

Bei einer Demonstration in Paris

Foto: TASS



PANORAMA

Das Echo bei den progressiven Kräften war groß. Der studentische Interessenkampf wurde jetzt integraler Bestandteil einer zunehmenden Massenbewegung, in der die Franzosen ihren Unmut über die heutige Lage zum Ausdruck bringen. Die Aktivierung des Streikkampfs, die Unzufriedenheit verschiedener Kategorien von Werktäglichen, bis hin zu Beamten und Ärzten, trägt zu einer Veränderung der Atmosphäre im Land bei.

In derselben Richtung hatten sich die Ereignisse im Mai 1968 entwickelt. Damals war die herrschende Klasse Frankreichs noch schockiert. Offenbar in Erinnerung daran hatte man sich in den Behörden entschlossen, es nicht zur Krise kommen zu lassen, und gab rechtzeitig Entwarnung. Der "Devaquet-Gesetzentwurf" wurde zurückgezogen.

N. JERMAKOW
TASS-Korrespondent für die
NZ

Paris

UNC

Für
einen
sicheren
Frieden

● DIE 41. UNO-VOLLVERSAMMLUNG BILLIGTE MIT ÜBERWÄLTIGENDER MEHRHEIT DIE RESOLUTION "ÜBER DIE SCHAFFUNG EINES ALLUMFASSENDEN SYSTEMS DES WELTFRIEDENS UND DER SICHERHEIT".

Bereits bei der Erörterung im Ersten Ausschuß der UNO erhielt die von der Gruppe sozialistischer Länder, einschließlich der Sowjetunion, vorgelegte Resolutionsvorlage eine hohe Einschätzung. Das

erklärt sich durch den globalen, fürwahr allumfassenden Charakter der Vorlage. Sie sieht gleiche Sicherheit für alle Staaten und in allen Bereichen — im militärischen, politischen, ökonomischen und humanitären Bereich — vor.

"In der heutigen Welt", heißt es in der Resolution, "gibt es keine vernünftige Alternative zur Politik der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die auf der Grundlage der Gleichheit, bei unbedingter Achtung des Rechts jedes Volkes, souverän die Wege und Formen seiner Entwicklung zu wählen, zu verfolgen ist."

Das Dokument sieht die weitere Behandlung dieser Frage auf der nächsten, 42. UNO-Vollversammlung vor. Gegen diesen Punkt wandten sich wütend die Vertreter der USA und einige ihrer Verbündeten.

Mit der Resolution sind einige Dokumente, die die Vollversammlung verabschiedete, eng verbunden — darunter Resolutionen für bilaterale Verhandlungen über Nuklearwaffen und internationale Zusammenarbeit zwecks Abrüstung. Die Vollversammlung appellierte an die Regierungen der UdSSR und der USA, zweiseitige Verhandlungen mit großer Entschlossenheit zu führen, um Abkommen über konkrete und effektive Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens, zu einem radikalen Abbau der Nukleararsenale, zur nuklearen Abrüstung und zur Verhinderung eines nuklearen Rüstungswettrücks im Weltraum zu erreichen. In den Resolutionen heißt es: Die volle Sicherheit aller Staaten kann nur durch politische Mittel gewährleistet werden.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Position der USA: 43mal enthielt sich ihr Vertreter der Stimme oder votierte gegen Resolutionen zum Abbau der internationalen Spannungen — zudem 11mal in vollständiger Isolierung. Der US-Vertreter wurde, als er gegen die Resolution über die Schaffung eines allumfassenden Systems des Weltfriedens und der Sicherheit stimmte, nur von dem Delegierten Frankreichs unterstützt.

J. ANDRIANOW

Rundtischgesprächs in einem Interview für die NZ.

Shoichi Yokokawa, Vorsitzender der Vereinigung für japanisch-sowjetischen Handel:

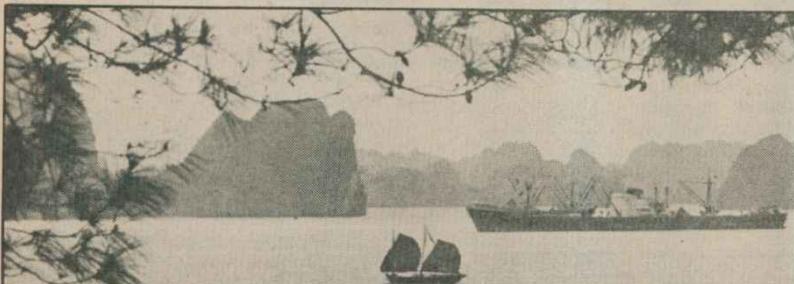
"Als wir zum ersten Rundtischgespräch 1979 zusammenkamen, waren die Teilnehmer von jeder Seite an den Fingern abzuzählen. Die zwischenstaatlichen Beziehungen waren kühl, und wir hofften, zumindest etwas Wärme zu bewahren. Zum Zeitpunkt des vierten Treffens begann die japanische Regierung, Anzeichen von Interessiertheit an einer Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR zu zeigen. Diesmal sprach vor den Teilnehmern Außenminister Tadashi Kuranari, Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone schickte eine Grußadresse und empfing den Leiter der sowjetischen Delegation. Ich meine, daß die Öffentlichkeit beider Länder einen wirksamen Beitrag zum historischen Prozeß der Annäherung der UdSSR und Japans geleistet hat."

Georgi Kim, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR:

"Angesichts der Komplizierung regionaler oder bilateraler Beziehungen sind Foren nötig, wo auf offizieller oder inoffizieller Ebene nach Kompromissen gesucht und sorgfältig der Boden für positive Aktionen bereitet werden könnte. Die Rundtischgespräche haben eben eine solche Rolle gespielt. In unserem Jahrhundert hängt von der Öffentlichkeit in gewissem Maße ab, daß die trockene Hülle der offiziellen Vereinbarungen mit menschlichen, geschäftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakten gefüllt wird. Wir wollen die Beziehungen ohne irgendwelche Bedingungen, auf der Grundlage der Gleichheit entwickeln, davon ausgehend, daß die UdSSR und Japan souveräne Mächte sind, von denen die Stabilität nicht nur des Pazifikraums, sondern der ganzen Welt abhängt. Eben deshalb riefen wir im gemeinsamen Kommunique zur Suche nach neuen Formen der Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft, bei der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum auf."

NZ-Korrespondent

Tokio



Der Wahrheit ins Gesicht sehen

Nach diesem Grundsatz bereiteten die Kommunisten Vietnams ihren VI. Parteitag vor

Zwar hat man schon gehört und gelesen, daß Hanoi mit seinen fast 3 Millionen Einwohnern eine Stadt mit einer Million Fahrrädern ist, aber erst, wenn man den Räderstrom, der durch Straßen und Gassen fließt, überqueren muß, wird man sich seiner Stärke bewußt.

An den Ufern des Räderstroms

Sich ein Herz fassend, steht man eine Weile auf dem Gehsteig und sieht ihn vorbeiströmen. Ein junger Mann tritt energisch die Pedale. Er überholt drei junge Mädchen, die lebhaft plaudernd nebeneinander fahren, und wirft ihnen einen raschen Blick zu. Einen älteren Mann kostet das Fahren schon einige Mühe. Am Rahmen hängen Körbe mit Obst und Gemüse. Danach kommt eine ganze Familie: der Vater an der Lenkstange, die Mutter auf dem Gepäckträger und zwischen ihnen eng umschlungen zwei Kinder — nach heutigen Begriffen eine Familie mit optimaler Mitgliederzahl. Leute in Arbeitskleid oder Uniform. Man erkennt Angestellte. Eine mit gewisser Eleganz gekleidete Frau thront im Sattel. Sie trägt Schuhe mit hohen Absätzen. Hinter einer anderen Radfahrerin balanciert seitlich auf dem Gepäckträger eine Freundin, die im einen Arm ein Kind, in der anderen Hand ein Buch hält, in das sie vertieft zu sein scheint. Über dem Räderstrom ragen auf ihren hohen Sätteln

die Fahrer von Radrikschas auf. Zuweilen bilden sich an Straßenkreuzungen, wo der Verkehr meistens nicht geregelt wird, regelrechte Strudel. Immer wieder bilden sich Stromschnellen — da umfließt der Räderstrom Fußgänger, die den Damm an beliebiger Stelle überqueren. Allmählich erkennt man, daß sich diese "Schwimmer" nur ruhig und gleichbleibend fortzubewegen brauchen. Zusammenstöße kommen kaum vor. Seelenruhig reagieren die Radfahrer auf die fordernden Hupen der seltenen Autos. Ohne Hupe kann man da ebenso wenig wie mit einem defekten Motor fahren.

Nach meinen ersten Eindrücken gefragt, spreche ich über den Räderstrom und füge hinzu, daß sich das Fahrrad auch bei uns, besonders in den baltischen Städten, immer mehr durchsetzt. Es ist umweltfreundlich, und die Menschen brauchen Bewegung.

"Hier ist das kein Sport", sagt Le Xuan Dong, stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung im ZK der KPV. "Die Unmenge der Fahrräder zeugt von vielen unserer Probleme, die den Verkehr, den Treibstoff und anderes betreffen."

Die schwerste Zeit

Ich war zu einer hochinteressanten Zeit in Vietnam. Die Parteikonferenzen waren gerade vorüber, es begann und endete ein ZK-Plenum. Der VI. Parteitag war für den 15. Dezember angesetzt. Dieses

hochwichtige Ereignis wurde unter der Devise vorbereitet: "Die Wahrheit sagen, der Wahrheit ins Gesicht sehen." Auch Genosse Dong beantwortet meine Fragen nach den heutigen Problemen Vietnams ganz offen. Er sagt:

"Unsere Partei besteht seit 1930. Manchmal hing ihr Schicksal nur noch an einem Faden. Jetzt ist sie nicht so gefährdet, aber eine schwierigere Zeit wie das jüngste Jahrzehnt hatte sie noch nie. Mit Schwierigkeiten haben wir immer fertig werden müssen, aber früher war das leichter. Wieso? Das liegt auch daran, daß das Land den Weg zum Sozialismus auf sehr tiefem Stand antrat: mit einer zurückgebliebenen, auf der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe fußenden Produktion. Noch jetzt haben wir empfindlichen Erdöl- und Strommangel. In der Hauptstadt müssen wir öfter den Strom abschalten, und dann stehen bei 35 Grad Hitze die Ventilatoren und Klimaanlagen still. Unser Klima ist nicht so einfach, bei Sturzregen gehen 1000 mm am Tag nieder. Dann braucht man Strom zur Bekämpfung von Überschwemmungen. Wir haben auch zu wenig Metall, zusammen mit dem importierten nur etwa 10 kg jährlich pro Kopf der Bevölkerung. Die Betriebe sind nur zur Hälfte ausgelastet. Es mangelt an Strom, Roh- und Werkstoffen. Wir haben auch zu wenig Ackerland, nur 1000 Quadratmeter pro Kopf. Die Dörfer bekommen nicht genug Düngemittel und Landmaschinen und sind ihrerseits unfähig, die verarbeitende Industrie restlos mit Rohstoffen zu versorgen."

Unser Land ist reich an Energiressourcen, zum Teil werden sie auch schon genutzt. Einige Wasserkraftwerke sind im Bau. Ferner haben wir ganz ansehnliche Kohle-, Öl- und Gasvorkommen. Der vietnamesisch-sowjetische Betrieb in Vung Tau, im Süden des Landes, liefert das erste Erdöl. Wir werden aber wahrscheinlich erst in den nächsten Jahren eine lohnende Ausbeute haben. Doch glauben wir fest daran, daß dort wie anderwärts die ersprießliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen Bruderländern eine reiche Ausbeute unserer enormen Naturschätze ermöglichen wird. Wir haben viele Arbeitskräfte, aber nicht genug Werkzeug und Technik. Noch findet nicht jeder Arbeit.

Es gibt wohl kein anderes Land, das wie wir drei Jahrzehnte lang Krieg führen mußte. Aber auch in diesem Jahrzehnt leben wir nicht ganz in Frieden. Noch heute müssen Vietnamesen an der Nordgrenze und bei der Erfüllung ihrer internationalen Pflicht in Kampuchea ihr Blut vergießen. Die Verluste waren seit 1975 schon größer als im neunjährigen Widerstandskrieg gegen die französischen Kolonialisten. Es ist nach wie vor unsere wichtigste strategische Aufgabe, unsere Unabhängigkeit zu verteidigen.

Wir bauen den Sozialismus auf, ohne das kapitalistische Stadium durchlaufen zu haben. Das macht viel Schwierigkeiten. Beispielsweise ist das Land aus zwei verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Formen zusammengesetzt. 1975 bestanden im Norden schon sozialistische Verhältnisse, während der Süden kapitalistisch war. Die beiden Systeme beeinflussen einander. Heute existieren im Norden drei Wirtschaftsformen: eine staatliche, eine genossenschaftliche und eine private (kleine Warenwirtschaft); im Süden eine staatliche, eine staatlich-kapitalistische, eine genossenschaftliche, eine kapitalistische Kleinbetriebe umfassende und eine private Warenwirtschaft. Wir sind bemüht, unsere Politik auf jede dieser Wirtschaftsformen einzustellen, sind uns aber klar geworden, daß es leichter ist, zwei Landesteile zusammenzufügen, als einen einheitlichen Wirtschaftsorganismus aus ihnen zu machen.

In den letzten beiden Planjahrzehnten — 1976—1980 und 1981—1985 — hatte unser Land beim sozialistischen Aufbau ansehnliche Erfolge, besonders im jüngsten Planjahrzehnt. Da stieg das staatliche und das genossenschaftliche Einkommen jährlich um 7,6 gegen 1,4 Prozent im vorhergehenden. Produzierten wir 1980, in Reis gerechnet, 14,4 Mio t Nahrungsmittel, so 1985 schon 18,2 Mio t. Die Produktion der Industrie nahm im zweiten Planjahrzehnt um jährlich 9,5 gegen 0,6 Prozent im ersten zu. Wir hätten aber viel mehr geschafft, wenn wir nicht Fehler gemacht hätten. Bei den Vorbereitungen zum VI. Parteitag haben wir sie genau analysiert. Wir haben der Wahrheit ins Gesicht gesehen, wie man das jetzt in der UdSSR tut. Es ist klar, daß viele unserer Schwierigkeiten subjektive Ursachen haben."

Umdenken lernen

Ober diese Fehler in der Wirtschaftsleitung sprach auf einer Konferenz der Kommunisten der Landeshauptstadt Ge-
nosse Truong Chinh, Generalsekretär des ZK der KPV und Vorsitzender des Staatsrates der SRV.

Er sagte: "In den vergangenen Jahren haben wir uns auf die Schwerindustrie konzentriert, was über unsere Möglichkeiten hinausging. Fehler machten wir bei dem schwerfälligen Überbau und der schwachen Basis, ebenso bei einer über-eilten Ausmerzung der nichtsozialistischen Wirtschaftselemente, womit wir eine möglichst schnelle und vollständige Rekonstruktion erzielen wollten. Einerseits haben wir subjektiv gehandelt, haben wir uns überreilt und Entwicklungsphasen übersprungen, um möglichst schnell möglichst viel zu schaffen... Andererseits brachten wir nicht genug Mut und Entschlossenheit auf, diese Fehler zu korrigieren.

Sie hemmten die Produktion, verringerten die Produktivität und beeinträchtigten die Qualität und die Effektivität der Arbeit. Wir haben unser eigenes Potential und auch die Hilfe der UdSSR und anderer sozialistischer Bruderländer nicht effektiv genutzt. Nicht restlos genutzt haben wir die Boden- und Arbeitskraftressourcen, die materielle und technische Basis, die Erfahrungen des ganzen Landes und aller Branchen und Landesgebiete sowie die Potenzen der Werktäglichen. So kam es, daß nachteilige Erscheinungen ins Kraut schossen, herkömmliche menschliche Werte ins Schwanken gerieten, die soziale und wirtschaftliche Aktivität lange stockte und das Vertrauen zur Parteiführung nachließ. Nur wenn wir unsere Denkweise, den Arbeitsstil und die Kaderpolitik ändern, können wir aus dieser gefährlichen Situation herauskommen. Der VI. Parteitag der KPV hat die Aufgabe, durch eine Änderung der Denkweise Fortschritte in der Wirtschaftsstruktur herbeizuführen und den Führungsmechanismus umzustellen, um vorhandene Produktionspotenzen freizustellen und mit den Reserven des Landes die Produktivkräfte zu fördern. Für diese strategischen Maßnahmen müssen wir die Fortentwicklung der Produktivkräfte mit einer Beschleunigung der sozialistischen Umgestaltungen verbinden und das für die ganze Übergangszeit als unsere ständige Aufgabe ansehen."

Vietnam rüstet schon lange zum Parteitag. Das Volk hofft auf die kommenden Ereignisse. Das haben mir verschiedene Leute gesagt, sowohl in einer südlichen landwirtschaftlichen Genossenschaft als auch in Zeitungsredaktionen und beim Bau eines großen wasserwirtschaftlichen Komplexes. Man liest eifrig Zeitung. Da ist viel von ungelösten Problemen und davon die Rede, was dem Vorwärtskommen hinderlich ist. Die Leute sehen: Schon jetzt folgen auf Worte Taten, konkrete Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der Werktäglichen. Unweit von Ho-Chi-Minh-Stadt, der größten Stadt des Landes, wird der Wasserbau Tri An aufgeführt. Er soll der Stadt die fehlende Elektrizitätsmenge liefern (vorläufig wird in den einzelnen Stadtbezirken zweimal in der Woche der Strom abgeschaltet), soll zu einem rhytmischeren Funktionieren der Betriebe und damit zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Stromzuwachs wird große Bewässerungsarbeiten ermöglichen, so daß die Produktion von Nahrungsmitteln zunehmen wird.

Und wieder Kampf

Es gibt eine Unmenge von Problemen: wirtschaftlichen, politischen, sozialen und psychologischen. Doch ist man bestrebt, sich ihrer Lösung nicht zu entziehen. Beharrlich sind die Vietnamesen ja. Davon überzeugt man sich ein übriges Mal im Landkreis Cu Chi, einige Dutzend Kilometer von Ho-Chi-Minh-Stadt entfernt.

Ein Dschungelpfad führt zu einem auf der Erde liegenden Schilfdrach. Nicht weit davon ist eine Öffnung, dahinter führen seltene Erdstufen abwärts. Ich steige hinunter und zwinge mich durch einen etwa meterhohen Bogen (das soll noch der bequemste Durchgang sein. Auf dem Rückweg stoße ich dann aber doch schmerhaft mit dem Kopf an.) Ein kurzer Gang führt in einen etwa 30 Quadratmeter großen Saal. Darin kann man sich ganz aufrichten. Im Krieg gegen die US-Aggressoren und ihre südvietnamesischen Marionetten arbeitete hier der Sekretär des illegalen Stadtkomitees. Bei einer Luke im Fußboden nimmt noch ein unterirdischer Gang seinen Anfang. An einem Loch in einer Wand ein weiterer.

Die unterirdischen Gänge sind 60 cm breit. Sie liegen gewöhnlich 3—4, manche sogar 7 Meter unter der Erde. Man muß aber bedenken, daß dieses unterirdische Labyrinth in "Feindesland" angelegt wurde.

Wieviel Kilometer unterirdische Gänge kann man unter solchen Umständen graben? Einen Kilometer oder zehn? Es waren fast 300! Hinzu kamen "Säle" und eine Küche. Der pfiffige Koch leitete den Rauch durch kleine Kanäle ziemlich weit fort, damit er nicht wie ein Signal für Bomberangriffe, sondern wie gewöhnlicher Nebel aussah. Die Patrioten hatten also immer warmes Essen.

Die Partisanen trieben den Feind mit ihren Schlägen zur Verzweiflung. "Haben die Amerikaner die Eingänge in die unterirdische Stadt nie gefunden?" frage ich Nguyen Van Thanh, der im Krieg bei den Patrioten Verbindungsmann war. "Einmal fanden sie doch einen Eingang", erzählt er. "Sie schickten eine große Soldatengruppe mit Gas, Wasser und Napalm hinein. Sie kamen aber nur ein paar Meter weit. Dann mußten sie sich wegen des Sperrfeuers davor machen."

Auch konnten die Interventen die rebellische Zone einen Katzensprung von Saigon entfernt nicht unter ständiger Kontrolle halten. Dabei warfen sie fast täglich Bomben, besonders von Hubschraubern, ab. Die vietnamesischen Patrioten haben durchgehalten, sie rückten, als die Stunde kam, mit den Truppen aus dem Norden vor und brachten dem Feind den entscheidenden Schlag bei.

Ich vertraue auf diese an Geist und Körper starken Menschen, sie werden heute die Kraft aufbringen, Feinde wie Bürokratie, Untüchtigkeit, Mißwirtschaft, Konservatismus und soziale Apathie zu besiegen. Die Ziele, die ihnen der VI. Parteitag der KPV setzen wird, werden sie erreichen. Hat man in Cu Chi geweilt, dann ist man dessen besonders sicher.

**NZ-Korrespondent
W. SHITOMIRSKI**
Hanoi—Ho-Chi-Minh-Stadt—Moskau

Seit dem Einzug der Reagan-Administration ins Weiße Haus setzen die Monopole ihre Politik der sozialen Revanche verstärkt durch. Deshalb gibt es heute in den USA

50 Millionen Ausgestossene

In den 80er Jahren begann man, die Sozialpolitik der US-Regierung mehr und mehr mit einem chirurgischen Eingriff zu vergleichen: Gnadenlos nahm die Reagan-Administration eine Amputation der Sozialausgaben vor. Selbst ein aktiver Parteigänger des Präsidenten wie Senator Domenici bezeichnete sie als dramatischste Kürzung geltender Programme in der gesamten US-Geschichte.

Das "Medicare"-Programm (medizinische Betreuung alter Menschen) wurde um 1,4 Md. Dollar gekürzt. Um ebensoviel klappte man die Arbeitslosenhilfe. 875 000 Personen verloren ihre Lebensmittelgutscheine, die den Ärmsten der Armen eine Gratismahlzeit garantieren. Die Finanzierung von 310.000 Stellen wurde eingestellt. Demnach ist dieselbe Anzahl Personen jetzt arbeitslos. 3 Millionen Schülern strich man ihr kostenloses Schulfrühstück. 700 000 Familien wurden von der Sozialhilfe ausgesteuert. Das sind erst die umfangreichsten Reduzierungen. Dazu kommen weniger aufsehenerregende Kürzungen. Insgesamt 250 Sozialprogramme kamen unters Messer. Für 1981-1986 waren Haushaltsskürzungen bis 467 Md. Dollar vorgesehen. Obwohl das Vorhaben aus nicht von der Regierung abhängenden Gründen nicht vollständig realisiert werden konnte, war das Ausmaß schockierend.

Sie stellen sich faub

Die Werktätigen werden nicht nur beraubt. Man macht sie zu politischen Prügelknaben. Unter Ronald Reagan bezog das Weiße Haus gegenüber Forderungen und Bedürfnissen der "Plebs" den härtesten Standpunkt der gesamten Nachkriegsgeschichte. Wenn es vorher

immerhin noch einen Dialog zwischen Regierung und Massen gegeben hatte und für diese das eine oder andere abgefallen war, ist es jetzt für die Gewerkschaften, die Organisationen der Afroamerikaner und die Kleinäcker sinnlos geworden, mit der Exekutive Kontakt aufzunehmen zu wollen. Man schenkt ihnen kein Gehör.

Unwillkürlich denkt man an das brutale Vorgehen gegen die Gewerkschaft der Fluglotse 1981! Weil sie den Streik organisiert hatte, wurde sie aufgelöst -- ein Willkürakt, wie es ihn früher nicht gab. Zusätzlich wurde vielen ihrer Mitglieder die weitere Anstellung im öffentlichen Dienst verwehrt -- ein unmenschliches Verbot, wenn man berücksichtigt, daß ein Fluglotse nirgendwo anders Arbeit findet. Anschließend stürzte sich die Regierung noch mehrmals in den Clintch mit den Gewerkschaften.

Die sogenannte Entreglementierung? Der Durchschnittsamerikaner hatte unter ihr mehr zu leiden, als unter vielen anderen sozialen Kürzungen. Das Weiße Haus hob unzählige Bestimmungen auf, die Arbeitsschutz, Umweltschutz und Nahrungsmittelkontrolle betrafen. Allein 110 Vorschriften, die den Umweltschutz und die Gesundheit der Arbeiter in Industriebetrieben und von Personen, die in ihrer unmittelbaren Umgebung wohnen, abdecken, wurden außer Kraft gesetzt. Der Verlust ist mit Geld nicht aufzuwiegen.

Erwähnt sei auch der "neue Föderalismus", ein Projekt, in dem viele soziale Aufgaben den Bundesbehörden durch die Institutionen der Bundesstaaten abgenommen werden, die allemal weniger Geld haben.

Welche sozialen Absichten verfolgen die Republikaner?

Es wäre ein ernster Fehler, die Politik der Reagan-Administration ausschließlich

als geradlinigen, brutalen Druck darzustellen. Sicherlich ist sie grob, aber auch gerissen. Sie wird von professionellen Taktikern gemacht.

Ziel: abschrecken und isolieren

Von Anfang an wurde mit dem Angriff auf die Rechte der Werktätigen das Ziel verfolgt, mit dem Hebel der Sozialpolitik einen neuen Wirtschaftskurs zu steuern. Die Absicht war, das volkswirtschaftliche Leiden nicht mit einer Erweiterung der staatlichen Reglementierung zu bekämpfen, sondern mit einer rigiden Einschränkung derselben. Die Funktion des Knüppels aus dem Sack sollte der Marktmechanismus übernehmen. Sobald also die Republikaner ins Weiße Haus eingezogen waren, machten sie sich in diesem Sinne an die Umstrukturierung der Wirtschaftspolitik.

Hierbei sollte man sinnvollerweise daran erinnern, daß man in den USA schon in den 30er Jahren von der einseitigen Orientierung auf die Selbstheilungskräfte des Marktes abrückte. Der Grund war



Keine Arbeit, keine Existenzmittel -- "soziale Revanche" in Aktion

Foto aus: "People's Daily World" (USA)

einleuchtend: 1. hatte die Marktorientierung bei der Beseitigung der "großen Depression" jener Jahre versagt. 2. Schon damals wurde deutlich, daß solch ein Weg zu für das System gefährlichen politischen Erschütterungen führen mußte, die das Establishment auf jeden Fall verhindern

wollte. Seit jenen 30er Jahren begann man die staatliche Wirtschaftsregulierung im großen Maßstab in die Praxis umzusetzen.

Die jetzige Rückkehr zur Selbstregulierung des Marktes erfordert zugleich einen knallharten sozialen Kurs. Wer A sagt, muß auch B sagen. Das muß man wissen, um die Politik der Reagan-Administration zu verstehen.

Die wirtschaftliche Selbstregulierung bringt nicht bezifferbaren Schaden im Sozialbereich mit sich. Die Krise klingt äußerst zögernd ab, weil von staatlicher Seite wenig ökonomisch stimulierende Maßnahmen eingesetzt werden. Sie läßt sich weder eine Erweiterung des Beschäftigungsgrades noch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes angelegen sein. Einem großen Personenkreis bleibt nichts weiter übrig, als diese Last weiter zu ertragen. Die harte Klassenpolitik soll die Werktafigen einschüchtern und ihren Widerstand gegen Null reduzieren. In vieler Hinsicht ist das der Reagan-Regierung gelungen: Der Widerspruch zwischen dem Ausmaß der Massenverelendung und ihrem minimalen Protestpotential ist augenfällig.

Anfang der 80er Jahre verschlechterte sich die Lage der Werktafigen in den USA spürbar, obwohl der Produktionsrückgang nicht so beträchtlich war. Man verzeichnete die seit 50 Jahren höchste Arbeitslosigkeit und die drastischsten Lohnkürzungen der Nachkriegsperiode. Man sollte meinen, daß jetzt mit eiserner Gesetzmäßigkeit stürmischer Massenprotest ausbricht. Es gab tatsächlich Proteste, wie könnte es anders sein, aber sie waren keineswegs beeindruckend.

Viele Werktafigen waren zu jener Zeit nicht in der besten "Kampflaune". Außerdem unterschätzten sie die neue politische Strategie des Weißen Hauses, die man nur als soziale Revanche bezeichnen kann. Schließlich haben wir es hier mit dem konzentrierten Angriff der Bourgeoisie an allen Fronten des Klassenkampfes zu tun.

Dieser war von Anfang an im Kurs der neuen Administration angelegt. Schon im Wahlkampf 1980 hatte Reagan versprochen, das Land, wie er es nannte, vom falschen Weg abzubringen, auf dem es sich seit 50 Jahren befand. Viele Beobachter mißdeuteten damals seine Worte als rhetorische Muskelspiele. Sie waren auch rhetorisch routiniert, kein Zweifel. Aber eben nicht nur, wie sich herausstellte, als diese Worte in handfeste Politik umgesetzt wurden und die Regierung ihre soziale Revanche ernsthaft in Angriff nahm.

In der Reagan-Administration hatte man klare Vorstellungen davon, in welche Richtungen jeweils der Schlag zu führen sei, um eine weitgehende Verzichtshaltung der Werktafigen herbeizuführen:

1. die US-Amerikaner mußten gezwungen werden, sich mit einem geringeren Sozialstandard abzufinden, 2. die farbige Minderheit wurde gezwungen, mehrere diskriminierende Maßnahmen, vor allem in der beruflichen Einstellungsphase, zu akzeptieren, 3. die Gewerkschaften mußten dermaßen demoralisiert werden, daß sie im Arbeitsleben keinen ernst zu nehmenden Faktor mehr darstellen, 4. der gesetzgeberische Schutz von Arbeiterinteressen mußte geschwächt werden, 5. die Kampfbereitschaft der US-Amerikaner mußte unterdrückt werden, indem man die Tätigkeit demokratischer Organisationen erschwerete oder ihnen die Existenz unmöglich machte.

So kann man sich die zahlreichen Versuche der Reagan-Administration erklären, Sozialausgaben zu kürzen, schärfere antigewerkschaftliche Gesetze durchzukämpfen, Regierungskontrollorgane zu behindern, die darauf achten, daß Antidiskriminierungsgesetze eingehalten werden, auch die Parteinaufnahme staatlicher Schiedskommissionen für das Big Business und Repressalien gegen fortschriftliche Organisationen und Einzelpersonen.

Das Weiße Haus hat den Pauperisierten den Krieg erklärt. Zunächst fragt man sich, was der Regierung die damit verbundene üble Reputation bringt. Die Republikaner wollen schließlich noch öfter gewählt werden. Auch wenn die vorigen Regierungen den Verarmten ebenfalls nicht grün waren, haben sie, politischen Überlegungen gehorchend, immerhin versucht, sich ihrer Unterstützung zu versichern. Mit solchen Sorgen belastet sich die jetzige Regierung nicht.

Soziale Polarisierung

Wenn man sich in sie hineinversetzt, stellt man fest, daß auch hierbei der Nutzen scharf kalkuliert ist: Die Pauper durch eine Mauer der Gleichgültigkeit von der Gesellschaft zu isolieren. Die Unvermögenden sollen von den relativ gut versorgten Bevölkerungsschichten abgespalten werden. Interaktion und Solidarität sind nicht mehr gefragt.

Die Amputation der Sozialausgaben war so angelegt, daß die Unvermögenden darunter weitaus mehr zu leiden hatten, als diejenigen mit ordentlichem Einkommen. Die differenzierten Folgen dieser Politik riefen auch differenzierte Reaktionen hervor. In beiden gesellschaftlichen Kategorien machte sich eine unterschiedliche Einstellung gegenüber der Regierung bemerkbar.

Ein anderes Beispiel dafür ist die Kürzung der Einkommensteuer. Mitständische Steuerzahler konnten davon noch irgendwie profitieren, die Unterpr-

vilegierten nicht. Wieder führten uneinheitliche Auswirkungen zu uneinheitlichen Ergebnissen. Auch der "neue Föderalismus" ist darauf programmiert, den Armen zugunsten anderer Einkommensgruppen den größten Schaden beizubringen. Ein weiterer Keil zwischen diesen und jenen.

Ein und dieselbe sozialdarwinistische Masche wird in verschiedenen Varianten in die Hirne gehämmert: Die Verarmten sind selbst schuld an ihrer Lage. Das ist der gottgewollte, nicht zu beseitigende Bodensatz einer jeden Gesellschaft. Denn wer verarmt? Wer schlecht arbeitet, faulenzt, nicht anstellig und unbegabt ist. Nichtseßhafte, Drogenabhängige und Alkoholiker. Und weil das so ist, ist jede Hilfestellung für sie nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich. Es handele sich dabei um Menschenmaterial, dem keinerlei Unterstützung gut bekommt. Damit schafft man sich nur eine Bande von Sozialschmarotzern auf den Hals, mehr nicht. Helfen könne man den Habe nichts nicht, indem man ihre Bedürfnisse befriedigt, sondern nur durch Härte: Wer nicht arbeitet, soll Hungers sterben! Fazit: Je weniger Beihilfen, desto weniger Mitleid mit den Bedürftigen.

Anfang der 80er Jahre hatte die Empörung des amerikanischen Mitfelsstands über die Steuerlast ihren Höhepunkt erreicht. Seine Gereiztheit nutzte die "neue Rechte" für ihre Propaganda. Durchaus erfolgreich, wie man sieht. "Mit Euren Steuern füttert Ihr die Nichtstuer!" Dieses Schlagwort brachten die Neukonservativen auf. Der auf Erleichterung erpichter Spießer, übrigens auch in den Reihen der Arbeiterklasse, sprang darauf an. Die Pauperisierten, die die geringere öffentliche Unterstützung zu spüren bekamen, konnten sich nicht zum entscheidenden Kampf aufrufen. Für die Werktafigen insgesamt wurde es schwieriger, Widerstand zu leisten. Die Spaltung zeigte ihre Wirkung.

Etwas anderes wird ebenso deutlich: Die soziale Polarisierung erfaßt weitere Kreise der Gesellschaft und geht in die Tiefe. Heute zählen in den Vereinigten Staaten 33 Millionen Menschen zu den Armen. Nach Auffassung des Soziologen Michael Harrington muß man mindestens noch 20 Millionen US-Bürger dazurechnen, die in den Statistiken nicht erfaßt werden.

Somit gibt es 50 Millionen Pauperisierte. In dieser Hinsicht sind die USA 15 – 20 Jahre zurückgeworfen. Solange die "Reaganomics" funktionierten, konnte sich die herrschende Elite noch in der Hoffnung wiegen, daß ihre clevere Politik die soziale Zeitbombe nicht explodieren läßt. Und was passiert, wenn die wirtschaftliche Belebung von der nächsten Krise abgelöst wird?

J. OLETSCHUK

Gemeinsame

Unternehmen –

wie?

Genrich BASHENOW

Bis vor kurzem war nicht selten zu hören, Hauptweg für die Hebung der Effektivität unserer Außenwirtschaftsbeziehungen sei die Entwicklung des sowjetischen Exportpotentials bei rationeller Nutzung der importierten Ressourcen. Grundsätzlich ist das natürlich richtig. Doch bei aller Bedeutung des Außenhandels für die Lösung einzelner ökonomischer Aufgaben ist kaum zu erwarten, daß diese traditionelle Form der Wirtschaftsverbindungen unser Potential der Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung voll zu realisieren vermag – um so mehr heute, als ihre Hauptrichtung die Spezialisierung und Kooperation bei Spitzentechnologien ist.

Die Joint Ventures

Die Orientierung allein auf die Erweiterung des Warenaustausches, wie optimal seine Struktur auch sein mag, ist ungenügend, da das ein vor allem quantitatives Wachstum der Außenwirtschaftsbeziehungen voraussetzt. Deren Struktur qualitativ zu verändern und die volkswirtschaftliche Effektivität zu heben vermögen aber nur neue, den Außenhandel ergänzende Formen der Außenwirtschaftsbeziehungen. Eben das sieht der kürzlich vom ZK der KPdSU und vom Ministerrat der UdSSR gefaßte Beschuß über deren grundlegende Verbesserung vor, der äußerst radikale Maßnahmen zur Umgestaltung der Leitung und zur Organisation der Außenwirtschaftstätigkeit enthält. In dieser wird jetzt ein bedeutend weiterer Kreis sowjetischer Betriebe, Organisationen und Institutionen als früher einbezogen. Ab Januar 1987 erhalten 21 Ministerien und andere zentrale Staatsorgane sowie 70 große Vereinigungen und Betriebe das Recht der direkten Entwicklung von Export- und Importoperationen nicht nur mit den RGW-Ländern, sondern auch auf den Märkten kapitalistischer Staaten und von Entwicklungsländern.

Neben direkten Geschäftsbeziehungen wurde jetzt die Schaffung gemeinsamer

Unternehmen unter Beteiligung der UdSSR und westlicher Firmen zu einer aussichtsreichen Form der bei dem wirtschaftlichen Umbau in der Sowjetunion vorgesehenen geschäftlichen Ost-West-Zusammenarbeit.

Was wird heute mit dem Begriff "gemeinsamer Betrieb" gemeint, worum geht es ökonomisch? In der Praxis der Ost-West-Geschäftsbeziehungen erhielten derartige Wirtschaftsvereinigungen die Bezeichnung "Joint Ventures" (gemeinsame Produktion, gemeinsamer Absatz). Sie entstanden vor etwa 15 Jahren – anfangs in den europäischen sozialistischen Ländern, dann auch in der VR China. Der Hauptunterschied der Joint Ventures zu Außenhandelsgeschäften besteht darin, daß die sozialistischen und die westlichen Partner weniger bei der Zirkulation der Waren als vielmehr bei deren Produktion zusammenarbeiten. Das aber unterscheidet gemeinsame unternehmerische Aktivitäten von solchen Formen der Außenwirtschaftsbeziehungen wie ausländischen Konzessionen, dem Bau von schlüsselfertigen Werken und anderen Objekten durch eine ausländische Firma oder einem Kompensationsgeschäft, wobei das Unternehmen Eigentum des Einfuhrlandes bleibt.

Gemeinsame unternehmerische Aktivitäten setzen die Schaffung einer gemeinsamen Produktionsbasis, die Beteiligung beider Partner am kommerziellen Risiko sowie die Abhängigkeit ihrer Gewinne von der Ausweitung des Umfangs der Produktion und der Hebung ihrer Effektivität voraus. Sie bedeuten gleichfalls gemeinsame Kontrolle der Qualität der Erzeugnisse und eine ständige Modernisierung der Technologie.

Viele, darunter auch komplizierte Probleme der Entwicklung gemeinsamer unternehmerischer Aktivitäten bleiben, obwohl RGW-Länder bereits Erfahrungen bei einer solchen Partnerschaft gesammelt haben, noch ungelöst. Doch offenbar wird bereits gegen Jahresende die Arbeit an den rechtlichen und organisatorischen Aspekten der Joint Ventures abgeschlossen sein. Zumindest gibt es bereits Orientierungspunkte dafür, wie die ge-

meinsamen Betriebe bei uns arbeiten werden.

Arbeitsmodelle

In der ersten Zeit werden es relativ kleine Produktionskomplexe, sozusagen "Arbeitsmodelle", sein, in denen mit dem geringsten Risiko für beide Seiten der Mechanismus ihrer Tätigkeit geregelt werden kann. Die Grundfonds der gemeinsamen Betriebe sollen auf der Grundlage von Aktienkapital gebildet werden, wobei der sowjetische Anteil in jedem Fall nicht unter 51 Prozent liegen wird. Je nach dem Kapitalanteil werden unsere westlichen Partner bei Joint Ventures einen gewissen Teil des Gewinns ausführen sowie ihn in den Ausbau der Produktion reinvestieren können.

Verständlicherweise wollen die westlichen Geschäftleute von der Teilnahme an solchen Unternehmen ausreichend hohe Gewinne erhalten. Unterdes wurden bei uns nicht selten Befürchtungen geäußert, die Produktionskooperation mit westlichen Firmen bedeute unweigerlich, daß sich das Auslandskapital einen Teil der Werte, die von sowjetischen Arbeitern und Ingenieuren geschaffen werden, aneignen würde. Dabei wurde behauptet, die traditionellen Außenhandelsoperationen seien akzeptabler, da sie ja eine Teilung der Gewinne nicht voraussetzen. Wie berechtigt sind solche Befürchtungen?

Die Gewinne, die ein westlicher Partner aus der Teilnahme an einem Joint Venture erhalten wird, sind sein unternehmerisches Einkommen an dem Kapital, das unter den spezifischen Bedingungen der sozialistischen Wirtschaft erhalten wurde. Ökonomisch betrachtet, sind diese Gewinne gleichbedeutend damit, daß ein Teil des Nationaleinkommens in das Ausland transferiert wird, was auch bei traditionellen Export- und Importoperationen erfolgt. Ein solcher Transfer ist unweigerlich bedingt durch den ungleichen Stand der Produktionskosten im Lande selbst und im Weltdurchschnitt. Das aber bedeutet, daß bei niedrigeren Produktionskosten in der UdSSR als im Weltdurchschnitt – und gerade dieses Ziel wird bei der Schaffung gemeinsamer Unternehmen verfolgt – der Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem Binnen- und dem Auslandsmarkt uns größeren wirtschaftlichen Nutzen bringen wird als die Produktion von Waren relativ geringer Konkurrenzfähigkeit.

Bekanntlich ließ W. I. Lenin die Schaffung ausländischer Konzessionsbetriebe nicht nur zu, sondern förderte sie auch ebenso wie die Zahlung eines gewissen Gewinnanteils an das Auslandskapital unter der Bedingung, daß sich dieses Kapital unter der Kontrolle und der Rechnungsführung des sozialistischen Staates befindet. Wenn es auch heute nicht um eine Heranziehung von Auslandskapital in Gestalt von Konzessionsbetrieben geht, so ist doch das Leninsche Herangehen an die Zusammenarbeit mit kapitalistischen Firmen auch auf gemeinsame Unternehmen durchaus anwendbar.

Bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht erklärte W. I. Lenin, man müsse "bei den Kapitalisten lernen", was deren Fähigkeit angeht, die moderne Produktion und den Außenhandel zu organisieren. Gemeinsame Unternehmen ermöglichen unseren Wirtschaftsleitern so, bei der westlichen Geschäftswelt zu "lernen". Und wir lassen uns darauf mit offenen Augen ein, wobei wir damit rechnen, so ein westlicher Kommentator, amerikanische Effektivität, japanischen Initiative und deutsche Diszipliniertheit unserer Wirtschaft "einzuspritzen".

Es geht also darum, bei gemeinsamen unternehmerischen Aktivitäten fortschrittliche ausländische Erfahrungen zu übernehmen und sie den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus anzupassen. Übrigens betrachten auch führende amerikanische und westeuropäische Firmen, von denen viele in den letzten Jahren Joint Ventures mit japanischen Unternehmen gebildet haben, eine solche Übernahme modernster Erfahrungen bei der Organisation der Produktion und fortgeschrittenen Technologie als sehr vorteilhaft.

Mit dem Plan abgestimmt

Offenbar werden gemeinsame Unternehmen, die auf sowjetischem Territorium

Der sowjetische Maschinenbau kann die gemeinsamen Unternehmen mit modernsten Technologien der Metallbearbeitung versorgen. Das von der Werkzeugmaschinenvereinigung Iwanowo erzeugte flexible Produktionssystem "Talka 500" bearbeitet vollständig Gehäuseteile bis zu 800 mm

Foto aus der Zeitschrift: "Sowjetischer Export"



tätig sind, nicht nur Erzeugnisse nach westlichen Lizzenzen und auf der Grundlage westlicher Technologien produzieren, sondern auch die Produktion von Neuentwicklungen, die von sowjetischen Wissenschaftlern und Konstrukteuren erarbeitet wurden, aufnehmen. Viele westliche Wirtschaftswissenschaftler konstatieren in diesem Zusammenhang, daß die Sowjetunion eine breite Palette neuester technologischer Entwicklungen anbieten kann.

Die Hauptgewinne aus der gemeinsamen unternehmerischen Tätigkeit werden aus dem Verkauf von Erzeugnissen im Ausland stammen, darunter aus Lieferungen an Drittländer, obgleich ein Teil davon natürlich auf dem sowjetischen Binnenmarkt abgesetzt werden soll. Die westlichen Firmen sind vor allem am Export von Erzeugnissen der gemeinsamen Unternehmen interessiert, wobei man die Produktion von Waren mit geringsten Produktionskosten aufnehmen und so deren höhere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt garantieren will. Wie z. B. der Vertreter des italienischen FIAT-Konzerns in Moskau meint, ist die Sowjetunion der ideale Partner für jene, die die Serienproduktion vergrößern, deren Kosten verringern, die neuesten Anlagen voll nutzen und die Produktion automatisieren wollen. Eben daran sind auch die sowjetischen Wirtschaftsleiter interessiert. Die Überleitung neuer sowjetischer und westlicher Technologien und Erzeugnisse in die Produktion wird es zudem erlauben, unseren Export von Fertigerzeugnissen zu diversifizieren sowie die Abhängigkeit des UdSSR-Außenhandels von Lieferungen von Brennstoffen, industriellen Rohstoffen und Halb- oder Fertigerzeugnissen zu verringern.

Unter den aussichtsreichsten Zweigen für gemeinsame unternehmerische Aktivitäten nennen westliche Geschäftsleute die Energiewirtschaft, die Chemie und die holzverarbeitende Industrie, die Produktion medizinischer Geräte, den Agrar-Industrie-Komplex, die Fischwirtschaft, das Verkehrswesen, die Konsumgüterproduktion u. a. Interesse an der neuen Form der geschäftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR zeigten schon Dutzende Firmen kapitalistischer Länder, unter ihnen so bekannte wie Dresser Industries, Occidental Petroleum, Monsanto, Singer, General Electric und Rank-Xerox (USA); Mitsubishi, Sumitomo, Itochu, Nissan und Mitsui (Japan); Siemens (BRD); Lavalin (Kanada) und Philips (Niederlande).

Bei den Verhandlungen mit westlichen Firmen und Kommentaren der ausländischen Presse zufolge wird das akuteste Problem der Produktionszusammenarbeit sein, wie sie sich in das System der zentralen Planung und in das Staatsmonopol des Außenhandels fügen wird. So meint die "Financial Times", daß die gemeinsamen Unternehmen, die in der UdSSR vorgesehen sind, "Objekte sein sollen, die keinerlei Kontrolle seitens des Staatlichen Plankomitees unterliegen".

Derartige Überlegungen führen unwillkürlich zu der Frage: Erhoffen nicht gewisse Leute im Westen, daß die

gemeinsamen Unternehmen letztlich zu einer Art "halbwestlicher Enklaven" in der sowjetischen Planwirtschaft werden? Jeder, der zumindest etwas mit den Realien unserer Wirtschaft bekannt ist, muß die Absurdität solcher Hoffnungen verstehen.

Ja, die neuen, größeren Möglichkeiten für die Außenwirtschaftsbeziehungen, die sich jetzt für viele sowjetische Betriebe und Unternehmen eröffnen, werden sich in gleichem Maß, vielleicht aber noch stärker, auch auf die Tätigkeit der gemeinsamen Unternehmen auswirken. Doch dies bedeutet keineswegs ein Abgehen vom Staatsmonopol im Außenhandel. Auch gemeinsame unternehmerische Aktivitäten ändern nichts am Wesen dieses Monopols.

Teilnehmer der Joint Ventures sowjetischerseits werden nicht Privatpersonen sein, sondern der Staat, und zudem wird ihre Tätigkeit durch rechtliche, soziale und moralische Normen der sowjetischen Gesellschaft geregelt werden. Was die Planung der Tätigkeit eines gemeinsamen Unternehmens angeht, so ist es offenbar sinnvoll, daß sie auf zwei verschiedenen Ebenen erfolgt. Zentral geregelt werden könnten das gemeinsame Produktionsprofil und die Wertkennziffern für den Export, alle Produktions-, organisatorischen und kommerziellen Pläne aber werden von den Leitungsorganen des gemischten Unternehmens selbst festgelegt. Die sowjetischen Teilnehmer eines gemischten Unternehmens beabsichtigen nicht, die Initiative des westlichen Partners bei der Wahl der Technologie, der optimalen Kostenberechnung oder bei der Organisierung des Absatzes der Fertigerzeugnisse einzuschränken.

Zugleich ist deutlich, daß in der UdSSR soziökonomische Realitäten bestehen, mit denen westliche Partner zweifelsfrei rechnen müssen. Das sind vor allem die bei uns geltenden Normen der Arbeitsgesetzgebung und die Rechte der Gewerkschaften bezüglich der Entlohnung, des Umfangs sozialer Leistungen, der Beschäftigungsgarantien, der medizinischen Befreiung usw. Dies aber bedeutet, daß sich bei jeder Form der Produktionskooperation mit einer westlichen Firma die Höhe des Lohns, die Bedingungen der Einstellung und Entlassung sowie der sozialen Sicherstellung der Arbeiter und der Angestellten prinzipiell nicht von jenen unterscheiden dürfen, die in sowjetischen Betrieben gelten.

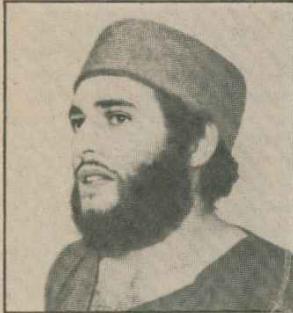
So sehen die allgemeinen Bedingungen für die Joint Ventures aus. Was aber die Details angeht, so müssen, um die jetzt erörterten Projekte für gemeinsame Unternehmen zu verwirklichen, sowohl wir als auch unsere künftigen Partner im Westen einander besser kennen, müssen den Mechanismus der Zusammenarbeit verbessern. Und hier sind ihrerseits ein neues Herangehen, ein neues ökonomisches Denken erforderlich. Als erster Schritt zur Entwicklung fortschrittlicher Formen der Zusammenarbeit sind der Verzicht des Westens auf die Politisierung der Fragen der Geschäftsbeziehungen zum Osten und die Beseitigung der künstlichen Beschränkungen für den beiderseitig vorteilhaften Handel erforderlich.

INFORMATIONEN, NOTIZEN, GLOSSEN

● ENTLARVUNGEN

ABLEGER DER CIA

Bevor Dija el-Din Mahmud nach Afghanistan eingeschleust wurde, drillte man ihn in einem Ausbildungslager der CIA bei München. Zusammen mit anderen Duschmanen hörte



Ein Spionageschüler der CIA in der BRD; gefälschte, von der CIA fabrizierte Papiere

Foto aus:
"Der Spiegel" (BRD)

Bundesamtes für Verfassungsschutz, erhalten bei einer Tasse Kaffee oder einem Kognak die gewünschten Informationen. Wo die Denunzianten fehlen, greift man zu modernster Spionagetechnik. Die CIA überwacht Abschnitte der Funkrelais- und der Telefonverbindungen der BRD.

Die technische Zentrale der CIA ist in einem



Frankfurter Gebäude untergebracht, dem einstigen Firmensitz der I. G. Farben.

Zur Tarnung wird es "Abteilung des Armee-Sonderkommandos" genannt. Überdies befinden sich auf allen US-Militärstützpunkten in der BRD Gruppen der Spionageabwehr und der Abteilung für Sonderuntersuchungen, "die angewiesen werden, die Aktivitäten der Friedensbewegung und anderer US-kritischer Gruppen zu beobachten". Wie ein ehemaliger CIA-Agent berichtete, öffnen seine Kollegen Briefe von BRD-Bürgern, ja nehmen sogar ungesetzlich "Haussuchungen" in Privatwohnungen vor.

Wissen die entsprechenden Instanzen der BRD von dieser Tätigkeit?

Zwar behauptet ein Verfassungsschützer tapfer: "Ohne Koordination machen die Amerikaner nichts", aber ein Abwehrexperter vom MAD ahnt: "Die deutschen Behörden erfahren längst nicht alles."



● TERRORISMUS

RETET EUCH VOR DEN „RETTERN“!

Das "Haus des Fallschirmspringers" in Toulon wurde feierlich von Bürgermeister Francois Trucy, dem Vertreter der rechtsextremistischen Union für die Französische Demokratie (UDF), eröffnet. Die Stammgäste des Hauses versichern: "Hier befäßt man sich nicht mit Politik, wir sind ein reiner Sportverband." Doch warum hängen an den Wänden lauter Plakate mit der Aufforderung, die "Kolonien zurückzuer-

er Vorträge, lernte den Umgang mit Sprengstoff und schießen. Viele Agenten und Söldner der CIA, schreibt das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", wurden in Lagern ausgebildet, die sich verdeckt in der BRD, dieser "größten CIA-Außenstation", befinden.

Doch die CIA treibt Spionage auch gegen die BRD selbst. Angaben des ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee zufolge sind über 50 CIA-Agenten in der US-Botschaft in der BRD tätig. In jedem der US-Konsulate gibt es einen CIA-„Chief of Base“. Insgesamt befassen sich 200 US-Vertretungen an 75 Stellen des Landes mit dem Sammeln von Spionageinformationen.

Mitarbeiter der US-Geheimdienste, berichtet "Der Spiegel", besuchen ohne sonderliche Formalitäten regionale Abteilungen des militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr (MAD) und des

Die "Association", ein britisches Schiff, kehrte nicht in den Heimathafen zurück. Unweit der Südküste Englands wurde sie von den Franzosen versenkt. Eine Unmenge von Silberschmuck, Waffen und ca. 20 000 Goldmünzen sanken auf den Meeresgrund.

Das geschah 1707, während des Spanischen Erbfolgekrieges. Erst Ende des 20. Jh. betrat Menschen wieder die "Association" [18 Jahre brauchte eine Gruppe britischer Archäologen und Taucher unter Führung Jim Heslins und Terry Hyrons, um die Schätze aus dem Schiff und vom Meeresboden zu bergen]. Die Arbeit wurde durch das für diese Gegend übliche stürmische Wetter und eine starke Unterwasserströmung behindert. Jetzt ist der Fund sortiert. Er wurde dem Heimatmuseum des Verwaltungszentrums der Scilly-Inseln übergeben.





AEROFLOT FÜR IHRE FRACHT

Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde,
befliegt fast 100 Länder.

Sie hilft Ihnen, Frachten in kürzester Zeit
zu befördern.

Ausführliche Informationen über den Frachtverkehr erhalten Sie
in jeder Aeroflot-Vertretung sowie in der Zentralen internationalen
Aeroflot-Behörde. Anschrift: 119021 Moskau, Frunsenskaja nab., 4

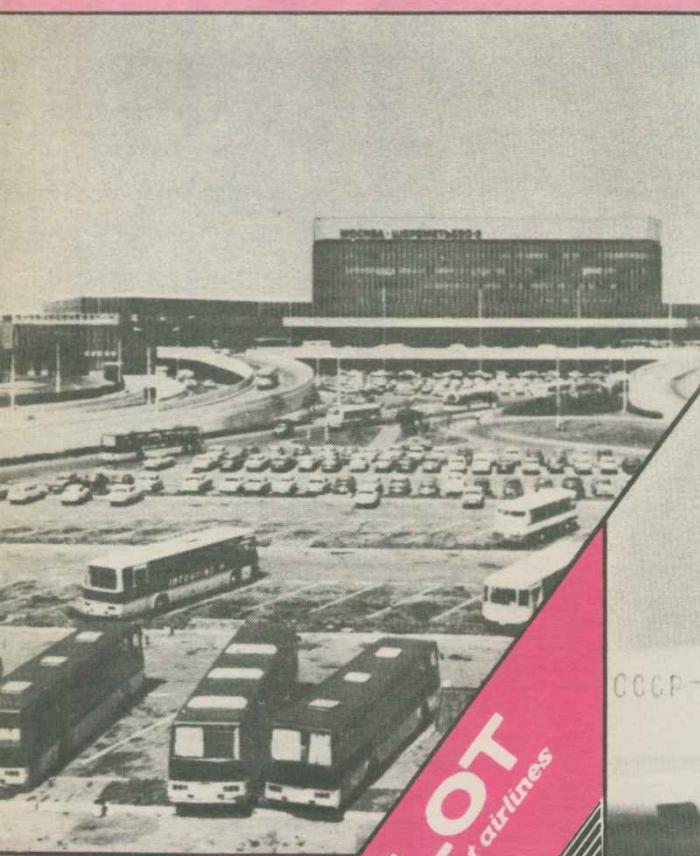
Telex: 411202

Telefon: 245 00 02

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

AEROFLOT, DIE GRÖSSTE FLUGGESELLSCHAFT DER WELT

Ihre modernen, superschnellen Maschinen
IL 86, IL 62, TU 154 und TU 134
befliegen 122 Haupt- und andere Städte
in 97 Ländern.



AEROFLOT
Soviet airlines

Nähere Auskünfte erhalten Sie
bei der Aeroflot-Niederlassung
in Ihrem Land

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

IDEAL FÜR
GESCHÄFTS
UND ANDERE
REISEN.



Das Außenhandelsunternehmen
VNESHTORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

WIR BIETEN IHNEN UNSERE ZUSAMMENARBEIT AN- DEN WIRKSAMSTEN WEG AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

VNESHTORGREKLAMA bietet:

- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
- Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
- Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
- Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
- Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
- Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
- Direct Mail.
- Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
- Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“.
- Werbung im Rundfunk.
- Public Relations.
- Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.

SOWJETISCHE
AUßenHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHTORGREKLAMA
UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachovka 31.
Telegrammadresse:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 331-83-11
Telex: 411265

GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!

AEROFLOT OFFERIERT DAS GROSSRAUMFLUGZEUG IL 86

Aus 15 Ländern der Welt bringt die IL 86 Sie in die Hauptstadt der Sowjetunion.

Nach Leningrad, in die schöne Stadt an der Newa, können Sie mit einer IL 86 aus Paris und Berlin fliegen.

Die IL 86 bietet über 300 Passagieren Platz.

Ihnen werden Komfort und Bequemlichkeit am Bord zusagen.



Alle Auskünfte über Flüge der IL 86 erhalten Sie bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land oder in der Zentralen Internationalen Aeroflot-Agentur unter der Anschrift:

119021 Moskau, Frunsenskaja naberezhnaja, 4

Telefon: 245 00 02. Telex: 411202

SÖULER SINTFLUT

Die südkoreanische Presse hat eine Sensation aufgebracht. Sie berichtete von ... neuen Massenvernichtungswaffen, die in Nordkorea entwickelt worden und unmittelbar gegen die Einwohner Südkoreas gerichtet seien. Diese teuflische Waffe ist geradezu erschütternd.

...In der KDVR, am Pukhan-Fluß, unweit der Grenze zu Südkorea, entsteht ein Wasserkraftwerk. Doch, wie sich herausstellt, nicht Kilowatt und Megawatt interessieren Pjöngjang. Bei geeigneter Gelegenheit wird sich das gesamte Wasser, das vom Staudamm zurückgehalten wird, auf das Territorium des Südens ergießen! So soll alles Leben im Raum Söul vernichtet werden, und das Wasser wird die Regierungsgebäude überschwemmen. Wie heimtückisch!

Um das zu untermauern, veröffentlichte die Presse sogar Angaben über den Stausee, doch offenbar ignorierte sie in der Eile Rechenregeln, wodurch sie sich entlarvte.

Es hieß in den Zeitungen, die "20 Md. t Wasser aus dem 2200 Quadratkilometer großen Stausee, bei einer Höhe des Staudamms von 120 Metern" würden eine schreckliche Gefahr darstellen. Doch glaubt man diesen Zahlen, dann kommt man auf 3,6 Md. t, keineswegs aber auf 20 Md. t Wasser — also fast ebensoviel, wie sich schon seit langem und ohne Gefahr für irgend jemand im Stausee des Wasserkraftwerks befindet, das in der südkoreanischen Provinz Kangwon am Soyang-Fluß errichtet wurde. Nichtsdestoweniger wird ein solcher "hydrodynamischer Schlag gegen Südkorea" schon fast als vollen-dete Tatsache hingestellt.

Die einheimische Presse vergleicht ihn der Vernichtungskraft nach mit einer Wasserstoffbombe — ein bemerkenswerter Vergleich. Die Söuler Presse, die sich plötzlich um das Schicksal der 15 Millionen Einwohner des Beckens des Pukhan-Flusses sorgt, schweigt sich über die möglichen Folgen des Einsatzes der 1000 Einheiten von US-Nuklearwaffen, die in ganz Südkorea stationiert

sind, aus. Ihre Explosion würde augenblicklich alle 50 Millionen Koreaner töten und die koreanische Halbinsel in eine radioaktive Wüste verwandeln.

Während es den Lesern bei den Berichten über den Bau des Wasserkraftwerks in der KDVR kalt über den Rücken läuft, wird für sie unbemerkt die Stationierung von Lance-Kurzstreckenraketen vorbereitet. Sie können Nuklear-, C- und Neutro-

nensprengköpfe innerhalb der Halbinsel ins Ziel, genauer gesagt, auf das Territorium der KDVR, fragen...

Das Wasserkraftwerk, das zu einer "Wunderwaffe" erklärt wurde, ist in Wirklichkeit der nationale Stolz des koreanischen Volkes. Es bedroht niemanden, dafür vermag es die ausgedehnten Niederungen des Pukhan-Flusses vor Überschwemmungen zu schützen, den Menschen Strom zu liefern.



● ASTRONOMIE

ASTEROID ODER BOMBE?

Der bekannte US-Astronom Eugene Shoemaker verblüffte kürzlich seine Kollegen durch folgendes Katastrophenszenario: Über dem Territorium eines Landes kommt es zu einer starken Explosion, die an eine Nuklearexpllosion erinnert. Die Regierung meint, dies sei der Angriff des Nachbarstaates, zu dem die Beziehungen überaus gespannt sind. Nuklearbomber steigen auf... Und erst, als es schon zu spät ist, stellt sich heraus, daß Ursache der Explosion keineswegs der Einsatz von Kernwaffen, sondern der Absturz eines großen Meteoriten war...

Ein Meteorit von 25 Metern Durchmesser löst beim Eintreten in die dichten Schichten der Atmosphäre eine Explosion aus, deren Stärke eine Megatonne erreicht. Die Flugbahnen solcher Himmelskörper überschneiden sich Shoemakers Berechnungen zu folge durchschnittlich alle 30 Jahre mit der Umlaufbahn der Erde. Größere Asteroiden (Explosionsstärke 20 Megatonnen) begegnen der Erde einmal in 400 Jahren, und alle 100 000 Jahre droht unserem Planeten ein Zusammenstoß mit einem

Kometen oder einem Asteroiden mit einem Durchmesser von 1 km (Explosionsstärke 10 000 Megatonnen!). In unserem Jahrhundert hat es so etwas schon gegeben: 1908 ging in Sibirien der berühmte Tungusakometeरit nieder. Sein Durchmesser war mindestens 60 Meter, und die Stärke der Explosion erreichte 12 Megatonnen.

Und, wenn das heute passiert wäre? Länder mit fortgeschrittenen Militärtechnologie wie die USA und die UdSSR können die Explosion eines Asteroiden gleich erkennen: Sie wird von einer niedrigeren Temperatur begleitet und ruft keine radioaktive Strahlung hervor. Doch wenn das über dem Territorium eines weniger entwickelten Landes geschehen sollte?

Shoemaker schlägt vor, daß sich die USA freiwillig bereit erklären, den Charakter von Explosionen zu bestimmen und unverzüglich die interessierten Staaten zu benachrichtigen, wenn die Explosion kosmischen Ursprungs ist. Es gibt einen anderen Weg: die Kernwaffen auf der Erde zu beseitigen. Dann könnte die Explosion eines Asteroiden mit nichts mehr verwechselt werden.

Der Astronom Eugene Shoemaker. Ein Asteroid fällt ins Meer

Foto und Zeichnung aus:
"Time" (USA)

ADRESSE DES ZENSORS: DOWNING STREET 10

Gerichte in Sydney und Dublin weigerten sich, die Veröffentlichung zweier Bücher über die Tätigkeit der britischen Spionageabwehr MI5 in Australien und Irland zu verbieten, was die Regierung Großbritanniens verlangt hatte. In einem der Bücher wird berichtet, daß dieser Dienst Premierminister Harold Wilson seinerzeit bespitzelt hatte.

DIE ARMEN STIERE

Ist der Stierkampf Spaniens Stolz? Keineswegs, meinen die Teilnehmer der neuen Massenbewegung für das Verbot des Stierkampfes. Sie brachten kürzlich die Broschüre "Spaniens Schande" mit Fotos von 50 brutal bei der Corrida getöteten Stieren heraus. Meinungsumfragen zeigen, daß nur 18 Prozent der Spanier Anhänger des Stierkampfes sind...

SPENDET FÜR OXFORD!

Das Rektorat der britischen Reppommieruniversität Oxford erklärte, die Kürzungen der Staatszuschüsse an die Universität erlaubten es nicht, leerstehende Dozentenstellen zu besetzen, sie ruinierten die Bibliotheken und wählten letztlich den Wissenschaften spürbar senken. Oxford muß eine Sammelaktion starten.

TYPISCH DALLAS

Nach Angaben des US-Instituts für Kriminalitätskontrolle hat die Zahl der Morde, die von Polizisten aus Dallas begangen wurden, in den letzten 15 Jahren um 31 Prozent zugenommen.

AUFS RAD AUFGESESSEN!

Die 80 000 Fahrräder, die der Schweizer Armee gehören, sollen bis zum Jahre 2000 durch neue, leichtere Modelle ersetzt werden. Das jetzige Armee-Fahrrad wurde 1905 entwickelt und wiegt 22,5 kg.

DIE MACHT DER LIEBE

Ronald MacIntosh und Samantha Dorinda Lopez wurden in einem Juweliergeschäft von Sacramento (Kalifornien) verhaftet, das sie aufsuchten, um die zuvor gekauften Eheringe abzuholen. Am 5. November hatte MacIntosh — ein Gangster, der aus einem Gefängnis unweit von San Francisco gefürmt war —, einen Hubschrauber gestohlen und seine Braut Lopez, die gleichfalls einsaß, aus dem Knast befreit.

LAUNEN DES TIGERS

Vitali IGNATENKO, Juri TAWROWSKI

In Tokio weihnachtet es in diesem Jahr schon sehr früh. Selbst die marmorglänzenden Hochhäuser von Bank-, Handels- und Industriefirmen in Marunouchi, dem Geschäftszentrum der Hauptstadt, sind mit Lametta geschmückt. Zeitungen werben für exotische Neujahrseisen mit der Eisenbahn (sie ist pünktlich wie immer, aber die Züge fahren noch schneller als vor ein paar Jahren) und mit den Jets der JAL und der ANA, einer anderen energetischen Fluggesellschaft. Dem wohlgepolsterten Japaner öffnet sich nicht einfach die ganze Welt, sondern eine ihm gewohnte Welt: mit japanischem Hotel- und sonstigem Service, ob in Paris, London, San Francisco oder noch irgendwo.

Die Ginza hat mittlerweile die New Yorker Fifth Avenue überholt. Seit November legt sie für alle in diesem reichen, versnobten Viertel die neue Mode bei Pelzen, Schmuck und sonstigen hier üblichen Weihnachtsgeschenken fest. Die Schaufenster strahlen den Reichtum aus.

Hierzulande gilt das Jahresende als die Zeit, um das Wohlergehen und die Stabilität vor Augen zu führen.

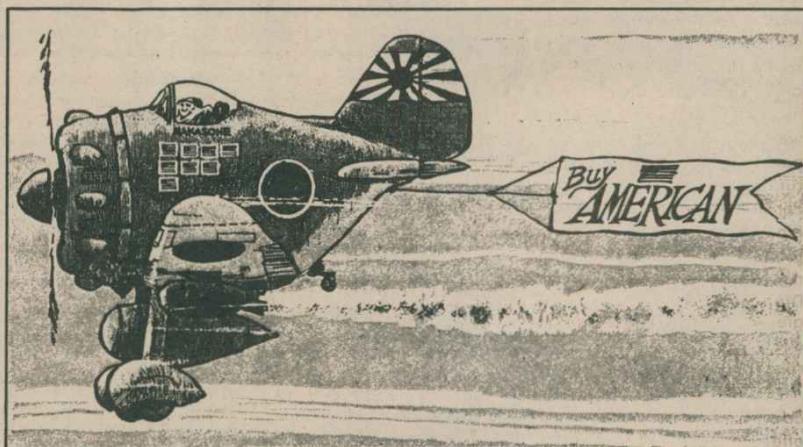
Und mittendrin eine schrille Dissonanz, Sondernachrichten im Fernsehen, Sonderausgaben von Zeitungen: Vulkanausbruch! Die Lava ergieße sich in die Straßen, die Bevölkerung der kleinen Insel Oshima werde evakuiert.

Die Insel liegt 150 km von Tokio entfernt und bildet einen Teil der hauptstädtischen Präfektur. Dort befindet sich ein Thermalbad. Die Japaner bewundern die schmucken Siedlungen, die sich an die Hänge des Mihara-Vulkans schmiegen. Mehr als zwei Jahrhunderte schwieg er, aber plötzlich dröhnte es, die Erde erbebte, der Vulkan erwachte und spie Lava und Feuer. Stundenlang wurden live-Sendungen vom Vulkanfuß ausgestrahlt. Bald mußten die Reporter jedoch vor dem erhitzten Gestein zurückweichen. Dann wurde die Evakuierung verfügt, und schon hörte und sah man Berichte von den Kais in der Umgebung Tokios, wo Fähren und Kriegsschiffe mit Flüchtlingen eintrafen.

Der Ausbruch des Mihara erschütterte Japan in direktem und übertragenem Sinne des Wortes. 30–40 Millionen Einwohner des kolossalen Tokioter Industrieviertels erlebten eine Serie von Erdbeben mit dem Epizentrum in der Nähe Oshimas. Man rätselte über ein für Mitte der 80er Jahre vorausgesagtes katastrophales Erdbeben herum, ähnlich dem Erdbeben

von 1923, als Tokio, Yokohama und andere Städte praktisch vernichtet wurden. Die in letzter Zeit etwas in Vergessenheit geratenen Worte Schock, Katastrophe, Erschütterung fanden erneut Zutritt zum Vokabular von Fernsehen und Presse und ließen die von ihren unbestreitbaren Erfolgen verwöhnten Japaner aufhorchen. Wie schon früher, empfanden sie mit einemmal, wie unzuverlässig und instabil das Wohlergehen ist, wie sehr sie sowohl von den blinden Naturkräften als auch von politischen und wirtschaftlichen Stürmen, denen mit keinen Computern beizukommen ist, abhängen.

"System '86" eingebürgert hat. Gemeint ist eine grundlegende Umgruppierung der politischen Kräfte im Vergleich mit dem bisherigen "System '55". Damals, vor mehr als 30 Jahren, bildete sich durch Vereinigung der Liberalen und der Demokratischen Partei die bisher die Regierung stellende LDP. Und die Sozialistische Partei hatte die Spaltung überwunden und etablierte sich als Hauptkraft der Opposition. Obwohl die LDP unaufhaltsam die Unterstützung der Wähler verlor und mehrmals nahe daran war, auch die Mehrheit im Parlament zu verlieren, gelang es den Sozialisten trotzdem nicht,



Die USA bestanden immer wieder darauf, ihren Waren freien Zutritt zum japanischen Markt zu gewähren. Premierminister Nakasone leistete sich eine Geste und forderte seine Landsleute auf: "Kauft amerikanisch!" Heute befürchtet man in den USA, daß die japanischen Konzerne nachgerade ganz Amerika aufkaufen könnten.

Aus: "Asahi Evening News" (Japan)

Der Vulkan auf Oshima war eine Art Abschiedssalut für das an Überraschungen reiche Jahr des Tigers (nach dem Mondkalender). Man erinnerte sich, daß dem scheidenden Jahr 1986 viele Überraschungen, sozusagen Launen des Tigers, vorausgesagt worden waren. Die Wirklichkeit übertraf wohl alle Erwartungen und Voraussagen. Fangen wir beim innenpolitischen Leben an.

System '86

Der Sieg der Liberaldemokratischen Partei Japans (LDP) bei den doppelten Wahlen im Juli d. J. erwies sich als dermaßen wichtig, daß sich der Terminus

selbstständig oder in Koalition mit anderen Oppositionsparteien eine Regierung zu bilden. Nichtsdestoweniger gab das "System '55" den Anhängern der bürgerlichen Demokratie die ihnen so teure Illusion eines Zweiparteiensystems.

Die langfristigen Folgen des Übergangs zum "System '86" zeichnen sich erst ab. Ein unmittelbares Resultat der doppelten Wahlen im Juli sind ernste Veränderungen in der Struktur der Regierungspartei und der Oppositionsparteien. Die frühere Führung der Sozialisten unter Masashi Ishibashi übernahm die Verantwortung für ihre Wahlniederlage und trat zurück. Am 6. September wurde Takako Doi, früher stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees der Sozialistischen Partei, zur Vorsitzenden der Sozialisten

und somit zur ersten Spitzenpolitikerin in der Geschichte Japans.

Der Sieg bei den Wahlen führte zu beträchtlichen Veränderungen innerhalb der LDP. In den Fraktionen änderten sich die Mitgliederzahl und der Grad ihres Einflusses. An erster Stelle bleibt Tanakas Fraktion, die mehr Sitze im Parlament kontrolliert als die ganze Sozialistische Partei. Doch innerhalb der Fraktion wird weiter um das politische Erbe des ehemaligen Premierministers gekämpft. Die wahrscheinlichste Kandidatur für den Posten des Fraktionsvorsitzenden und folglich auch des Regierungschefs ist Noboru Takeshita. Ein anderer Präsident ist Kiichi Miyazawa, der die zweitgrößte Fraktion führt. Noch eine Fraktion hat ihre Führung gewechselt; ihr steht jetzt Ex-Außenminister Shintaro Abe vor. Auch er reflektiert auf den Posten des Premierministers. Allerdings müßte der derzeitige Premierminister dann freiwillig gehen, denn auch er hat seine Fraktion im Parlament.

Das "System '86" hat bereits nicht nur der LDP, sondern auch Nakasone selbst größeren Einfluß gebracht. Meisterlich wirkte der Premierminister darauf hin, die Opposition zu spalten und zu schwächen sowie die vorteilhaftesten Richtungen für die Wahlkampagne und selbst die vorteilhafteste Abstimmungszeit festzusetzen. Es war eine Anerkennung von Nakasones persönlicher Leistung, als die LDP-Führung trotz des Statuts sein Mandat als Partei- und als Regierungschef um noch ein Jahr verlängerte. Kaum jemand glaubt jedoch, daß der Premierminister bis zum nächsten Oktober in seinem Sessel bleibt. Die "neuen Führer", die nach der Macht gieren, und die mit ihm verfeindeten alten LDP-Politiker haben einen "Guerilla-Krieg" gegen ihn entfaltet.

Doch das wichtigste Ergebnis des Erfolgs der LDP vom Juli war die offensichtliche Verstärkung der reaktionären Tendenzen in ihrer Politik. Davon zeugen verschiedene Maßnahmen, z.B. die Bereitschaft, am Star-War-Programm teilzunehmen, oder die für das nächste Frühjahr angesetzte Überzeugung der staatlichen Eisenbahnen an das Privatkapital. Dieses Projekt stößt auf eine scharfe Reaktion bei allen, die sich Nakasones Kurs widersetzen. Die Eisenbahner und ihre Gewerkschaften protestieren zornig, bisweilen in extremen Formen. So haben sich 92 Eisenbahner, denen die Entlassung drohte, das Leben genommen.

Mit Volldampf wird am Gesetzentwurf "Über die Bekämpfung der Spionage" gearbeitet. Diese Urkunde läßt viele Japaner an die Jahre des militärfaschistischen Regimes zurückdenken. Immer lauter werden die Aufforderungen, sich über die Meinung der Opposition hinwegzusetzen und beliebige Gesetzentwürfe, die der LDP passen, unter Benutzung ihrer Mehrheit in den Kamern und Kommissionen des Parlaments durchzupuschen.

Eine "japanische Spur"!

In Japan spricht man stolz von den Sonderbeziehungen zu den USA. Ihnen wird hier erstrangige Bedeutung beigemessen, das ist nicht neu. Was auffällt, sind unerwartete Dinge — vielleicht sind sie dem Jahr des Tigers und seinen Launen zuzuschreiben.

Blättert man in den Zeitungen für November und Dezember, so sieht man, wie die Tokioter Journalisten den politischen Eklat in den USA kommentieren. Die "Asahi" brachte unter dem Titel "Untergrabenes Vertrauen zum Präsidenten" einen redaktionellen Artikel, worin es heißt: "Das Irangate hat das Prestige nicht nur Reagans, sondern auch der gesamten US-Außenpolitik untergraben. Washington traf ein Geheimabkommen mit Teheran, welches die Amerikaner früher einen Handlanger der Terroristen nannten. Aber darüber hinaus gossen die USA Öl ins Feuer des iranisch-irakischen Konfliktes und benutzten das Geld, das ihnen diese Transaktion einbrachte, für die rechtswidrige Finanzierung regierungsfeindlicher Formationen in Nicaragua. Der gegenwärtige Skandal führte vor Augen, daß Worte und Taten der Regierung Reagan weit auseinanderliegen, er läßt an ihrem Vermögen zweifeln, eine vertrauenerweckende Politik durchzuführen."

Später servierten Fernsehen und Presse die Affäre mit den Waffen für Iran mit einem mokanten Lächeln über ihren ungeschickten Bündnispartner. Aber schließlich hörte man unerwartet auch besorgte Noten heraus. In die Presse sickerten Nachrichten über geheime Vermittlergeschäfte in Teheran, die japanische Emissäre im Auftrag der USA tätigten. Ohne Ümschweife oder nur angedeutet vertraten die Kommentatoren folgenden Gedanken: Japan werde, wenn seine Teilnahme an diesem amerikanischen Abenteuer ans Licht komme, einen hohen Preis zahlen müssen. Die Journalisten stellten heikle Fragen: Was geschehe, falls eine "japanische Spur" entdeckt würde? Was bleibe dann von der relativ unabhängigen Nahostpolitik Tokios übrig? Wie würden sich die bisher günstigen Beziehungen zu den arabischen Staaten — den Lieferanten des für die japanische Wirtschaft so wichtigen Erdöls — im weiteren gestalten?

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Japan für seine "Sonderbeziehungen" zu Washington gewohntermaßen einen hohen Preis zahlt. Vorläufig tut es das noch gern, jedenfalls scheint das der Fall zu sein. Wie auch früher, erfolgt ein "schnelles Reagieren" auf jede außenpolitische Aufforderung der USA und wird die interessierte Teilnahme an deren strategischen Fernostplänen betont. Kurz, alles ist in diesem Bereich der Beziehungen zum amerikanischen Bündnispartner vorausbestimmt.

Gern läßt sich Japan in die Ausarbeitung des Star-War-Programms einbeziehen. Immer lauter wird gefordert, die

japanische Spur in der amerikanischen SDI müsse deutlicher werden. Es ist erstaunlich, daß die Japaner sich nichts daraus machen, wenn sie von den Plänen und Handlungen der eigenen Konzerne von amerikanischen Rüstungsindustriellen erfahren. Anfang Dezember war das der Fall mit dem Maschinenbaukonzern Mitsubishi Jukogyo, den man an die amerikanische Raytheon Manufacturing und die bundesdeutsche Telefunken "angeschnallt" hatte, damit sie ein Abfangsystem für Kurzstreckenraketen entwickeln.

Ein eckiger Kreis

Ein weiterer Aspekt der japanisch-amerikanischen Beziehungen, der kommerzielle und wirtschaftliche, zeichnete sich 1986 ganz im Gegenteil durch Streitereien, Kränkungen und stürmische Erklärungsszenen aus. Warum? Weshalb gehört es heutzutage in Amerika zum guten Ton, Kraftausdrücke zu gebrauchen, sobald die Rede auf die Japaner im Welthandel kommt?

Als seinerzeit Japans Okkupation begann, erfand General MacArthur einen Kurs für den Yen: 360 pro Dollar. (Der General ließ sich erklären, daß Yen soviel wie "rund" bedeutet. Über das Schicksal der Währung entschied wohl der Umstand, daß der General eine Schwäche für den Kreis — 360 Grad — hatte.)

Demnach 360 Yen = 1 Dollar. Das Verhältnis hielt sich lange. Im laufenden Jahr beträgt es 156:1. So billig war die US-Währung hier noch nie. Im August erlebten die Amerikaner noch eine unangenehme Sensation: Erstmalig in der Geschichte des Finanzgeschäfts wurde die japanische Bank Dai-Ichi Kangyo zur weltgrößten Bankgesellschaft. Die "New York Times" dazu: "Je mehr die Guthaben der japanischen Banken zunehmen, insbesondere dank der raschen Erhöhung des Yenkurses gegenüber dem Dollar, desto frecher, aggressiver und erforderlicher werden sie. Schon kaufen die Japaner Banken in den USA und in Australien, finanzieren die Eisenerzförderung in Brasilien und stellen Mittel für den Unterwassertunnel zwischen England und Frankreich bereit. Nach dem Beispiel japanischer Industriefirmen unterwandern Banken wie die Dai-Ichi Kangyo Auslandsmärkte, zum Teil dank billigeren Darlehen als bei der Konkurrenz."

In ein paar Wochen wird die Statistik über den japanisch-amerikanischen Handel 1986 veröffentlicht. In Tokio und Washington hat man ohnehin schon ein Fazit gezogen, wenn vielleicht auch nicht bis zum letzten Yen bzw. Dollar. Das vermutliche Defizit der USA beträgt 65 Md. Dollar. Zweifellos wird das einen neuen Wutanfall hervorrufen und wieder einmal die Aufforderungen provozieren, es den Japanern zu zeigen.

Die japanischen Zeitungen scheinen die hitzigsten "Zwischenrufe" aus den USA zu sammeln. "Wir stehen jetzt mitten in einem erneuten gewaltigen Krieg gegen Japan." (Die Offenbarung gehört dem

Chrysler-Präsidenten Lee Anthony Iacocca.) "Könnten wir von gleich zu gleich kämpfen, so würden wir uns schon bei einem Remis für Glückspilze halten. Aber gekämpft wird nicht von gleich zu gleich. Das Feld, auf dem wir spielen, ist nicht eben, sondern neigt sich stark nach der für Japan günstigen Seite. Zudem spielen wir mit nur einer Hand, während der andere Arm am Rücken festgebunden ist. Kein Wunder, daß wir den Krieg verlieren!"

Etwas die Hälfte des amerikanischen Defizits entfällt traditionsgemäß auf die Einkünfte der japanischen Autofirmen. Bisher gelingt es Präsident Reagan und seiner kalifornischen Umgebung, die Empörung des amerikanischen Big Busineß niederzuhalten. Vorläufig erinnert man die Unzufriedenen vielsagend an Japans strategische Rolle. Doch fällt es den USA immer schwerer, die Demokraten auf dem nahen Kapitol zurückzuhalten. Über die Stimmungen unter ihnen sagt das Kongreßmitglied Jack Brooks (Texas): "Präsident Harry Truman, der befohlen hatte, zwei Atombomben auf Japan abzuwerfen, hätte den Abwurf von vier befehlen sollen."

gespannt eventuelle praktische Schritte der USA. Erstens könnten diese ihre Handelschranken erhöhen, und dabei sind die USA Japans wichtigster Absatzmarkt (gegenwärtig rund 40 Prozent des gesamten japanischen Exports).

Zweitens stellten die Amerikaner unerwartet für sich selbst die Neigung der Japaner zur Selbstsicherheit, ja, Arroganz gegenüber den USA fest. Dazu tragen nicht nur unbedachte oder, ganz im Gegenteil, sehr wohl durchdachte Stegreifentscheidungen japanischer Staatsmänner bei. Ihre Rolle spielen auch gut assortierte Statistiken. Die japanische Presse hat z. B. geschickt die Angaben benutzt, daß das nominale Jahreseinkommen eines "Durchschnittsjapaners", in Dollar umgerechnet, 17 000 erreicht. Das sind 1000 Dollar mehr als beim "Durchschnittamerikaner". Unermüdlich, tagaus, tagein wird dem Publikum auch eine weitere symptomatische Tatsache eingehämmert: Im laufenden Jahr ist Japan zum größten Gläubiger der Welt (130 Md. Dollar) geworden. In diesem Zusammenhang wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die USA ihrerseits der

In der Überlieferung verkündete Tschech, der sagenhafte Stammvater des tschechischen Volkes, seinen Nachkommen, auf dem Berge Rip ein blühendes und reiches Land zu schaffen. Der tschechische Prosaiker Jan Kozak läßt die Helden seines neuen Romans "Adam und Eva" gleichnishaft ihr Leben dafür einsetzen, daß sie einen paradiesischen Garten am Hang des Berges Rip anlegen. Sie hatten es schwer: Nicht nur Naturkatastrophen und Alltagsschwierigkeiten hinderten sie, sondern auch Menschen, die sich allem Neuen widersetzen und jede Initiative hassen, Menschen, die sich angewöhnt haben, auf fremde Kosten zu leben und schwere Arbeit fürchten. Die Literaturkritik nannte Kozaks Roman "hart an der Realität".

"Wir hatten große Probleme. Viele unserer Industriebetriebe brachten die Planleistungen nicht. Die Ziele des ersten Jahres des Planjahrfünfs waren gefährdet. Wenn wir die Situation nicht in den Griff gekriegt hätten, wären wir in Schwierigkeiten geraten. Das ist in moralisch-psychologischer Hinsicht besonders tragisch, denn vor kurzem war der Parteitag der KPTsch", so begann unser erstes Gespräch in Ostrava. In der Zeche "Sozialistischer Jugendverband" sagte man uns offen, warum der eben erst verabschiedete Plan nicht erfüllt wurde. Die Kumpel waren auf große Schwierigkeiten gestoßen. Es gibt weniger Kohle, die Flöze sind erschöpft. Außerdem hatte es im ergiebigsten Schacht zu Anfang des Jahres eine Schlagwetterexplosion gegeben. Die Arbeit mußte eingestellt werden. Die Zeche blieb dem Staat mehrere zehntausend Tonnen Kohle schuldig.

"Unsere einzige Reserve sind die Wochenenden. Wir haben beschlossen, samstags und sonntags zu arbeiten, bis wir unseren Rückstand aufgeholt haben. Wir haben in vier Schichten gearbeitet. Diesen Beschuß zu fassen fiel uns nicht leicht. Einen anderen Ausweg aber sah weder die Betriebsparteigruppe noch die Direktion, nachdem wir uns mit den Brigadien, den Parteigruppenleitern, den Gewerkschafts- und Jugendvertretern beraten hatten. Im Oktober arbeiteten wir wieder nach Plan. Der Jahresplan wird erfüllt, allerdings um einen hohen Preis. Einige Monate hintereinander haben Menschen und Maschinen voll auf Verschleiß gearbeitet. Uns ist klar, daß wir mit den Forderungen der Partei, uns um die Gesundheit der Kumpels zu kümmern, in Konflikt geraten, wenn wir die Wochenenden anstehen. Aber man kann sich leicht vorstellen, was passiert, wenn der Jahresplan platzt. Wie das auf die Kollegen abfiele. Wir können so tun, als wüßten wir nicht, welche Bedeutung Ostrava für die gesamte Volkswirtschaft hat."

Man nennt Ostrava das stählerne Herz der Tschechoslowakei. Die himmelwärts



Auf diesem Plakat der Sozialistischen Partei steht geschrieben, daß in den letzten zwei Jahren 86 Eisenbahner, denen als Folge der Umgestaltung der staatlichen Eisenbahnen die Entlassung drohte, sich das Leben genommen haben. Inzwischen ist diese Ziffer schon veraltet. Der Preis der Tokioter Reform beträgt schon 92 Menschenleben.

In einer Redaktion hat man uns recht traurig einen Nachdruck aus der amerikanischen "Newsday" gezeigt, worin eine der jüngsten Erklärungen Premierminister Nakasones über den niedrigen Intelligenzquotienten eines Teils der Amerikaner kommentiert wurde. In der "Newsday" lasen wir: "Wenn wir solche Vollidioten sind, dann wird keine Entwertung des Dollars gegenüber dem Yen das ungeheuerliche Defizit im Handel mit Japan vermindern." Die Amerikaner hätten einen immer stärkeren Verdacht, daß "sich hinter der sprichwörtlichen japanischen Höflichkeit die Zufriedenheit verbirgt, uns auf den Weltmärkten für dummkopf zu haben". In Japan verfolgt man solche Publikationen aufmerksam, analysiert sie und erwartet

größte Schuldner der Welt sind (107 Md. Dollar).

Es ist übrigens eine recht trübe Beschäftigung für die Weihnachtswöche, zu errechnen, wer nun reicher und satter sei. Man merkt das Streben, den amerikanischen Partner "auf den Platz zu weisen" und auch die anderen, kleineren Partner zurechtzustachen. Wir wollen die Zeitungsstimmen und politischen Stellungnahmen in Japan in diesen Tagen vor Neujahr nicht allzu streng beurteilen. Es sind vielleicht die allerletzten Launen des Tigers, der zusammen mit dem scheidenden Jahr geht. Das nächste Jahr soll das Jahr des Kaninchens sein. Auch dieses Tierchen wird wohl sein Plüsierchen haben.

Tokio, im Dezember

Garten auf dem Rip

strebenden Schloten der Metallurgiebetriebe und die Mondlandschaft der Abraumhalden prägten erst vor kurzem das Aussehen der Industrieviertel der Stadt. Ein großer Teil der kohleführenden Schichten ist schon ausgebeutet. Stellenweise hat die Erde sich gesenkt, und ganze Ortschaften mußten umgesiedelt werden. Die Halden werden aufgeforscht. Die Landschaft wird rekultiviert. Man setzt Bäume und pflanzt Blumen. Die Bergarbeiterstadt bekommt neue Lungen.

Die CSSR liegt ihrer Braunkohleförderung nach an dritter Stelle in der Welt, ihrer Steinkohleförderung nach an zehnter. Kohle, mit objektiv begrenzter Fördermenge, gehört auch künftigen Generationen.

In der Zeche "Staric" gehen wir mit den Kumpels von Alois Poloch unter Tage. Man ist hier sehr stolz auf eigene technische Neuerwerbungen. Einen Tag vor unserem Treffen vor Ort hatte die Brigade einen Rekord aufgestellt: 151 m Gesteinvortrieb in einem Monat. Wie ging das vor sich?

Die Zeche verfügt über modernste Technik, z. B. eine computergestützte Steuerungsanlage von zwei unabhängigen Schaltpulten aus. Der eine Dispatcher überwacht den Förderungsvorgang, der andere die Sicherheit. Jeder Bergmann trägt eine elektronisch lesbare Karte mit einer persönlichen Kennung. Der Computer zeigt an, in welcher Tiefe sich der betreffende Arbeiter befindet.

Zur Zeit wird der Bergbau in Ostrava-Karviná modernisiert. Damit setzte man den Bedarf an weiteren Arbeitskräften herab.

Auf der modernsten und vollautomatisierten Zeche "Sozialistischer Jugendverband" in Ostrava gibt es viele junge Arbeiter. Im letzten Jahr wurde ein auf fünf Jahre befristetes Programm für die Arbeit mit jungen Bergleuten beschlossen, das mit der Ausbildung in einer Berufsschule für Bergbau beginnt. Man lädt die Eltern der künftigen Bergleute auf die Zeche ein, damit sie sich selbst davon überzeugen können, wo ihre Kinder arbeiten werden. Sie informieren sich über die Löhne, die Sport- und Erholungsmöglichkeiten, die ihre Kinder dort haben können. Mit dem ersten Tag auf der Berufsschule erhält der Jugendliche ein Sparbuch mit 8000 Kronen Einlage. Er kann über das Sparbuch verfügen, wenn er die Abschlußprüfungen bestanden und die Arbeit aufgenommen hat.

In den letzten Jahren ging man dazu über, Lehrlinge für die Brigade zu reservieren. Die Direktion verbürgt sich dafür, daß bei der Aufteilung der

Berufsschulabgänger jede Brigade ihren Lehrling bekommt.

Trotzdem geht die Fluktuation weiter. Jedes Jahr verlassen 2000 Mann die Zeche. Für sie kommen andere, gut und schön, aber es gehen gelernte Bergleute, und es kommen Anfänger, denen man alles von vorne beibringen muß.

"Bis heute bezahlen wir die Fehler der 60er Jahre", erbittert sich Parteisekretär Vilem Golas, "als ein paar Leute meinten, daß wir keine Kohle mehr brauchen. Sie strichen die Investitionen für die Kohleindustrie zusammen und machten den Bergleuten weiß, daß ihr Beruf bald ausstirbt. So schreckten sie eine ganze Generation vom Bergbau ab und machten diese Arbeit so wenig attraktiv. Das wirkte sich seinerzeit auch auf die Sozialprogramme aus. Erst im laufenden Planjahr fünf bauen wir endlich eine große Poliklinik und ein Fitness-Center für 15 Mio Kronen."

Jedes Jahr verlassen 150 Personen die Berufsschule der "Staric"-Hütte. Zwei von drei Absolventen sind Bergarbeiterkinder. Noch vor kurzem hatten die Eltern gegen die Berufswahl ihrer Söhne protestiert. Auch aus der Slowakei kommen Leute in die Zeche. Dort gibt es zur Zeit frei verfügbare Arbeitskräfte. Aber wie soll man die Leute halten?

"Indem wir gute, um nicht zu sagen, beneidenswerte Lebensbedingungen schaffen. Zunächst geben wir ihnen eine Wohnung oder helfen beim Eigenheimbau", sagt der stellvertretende "Staric"-Direktor Jan Rajch. "Sollen wir etwa gute Arbeit von einem Menschen verlangen, wenn er keine vernünftige Wohnung hat? Die Löhne unter Tage sind auch nicht zu verachten, bis zu 8000 Kronen im Monat. Diese nicht gerade bescheidene Summe bestimmt auch den Bedürfnisstand: Was früher der eigene Wagen, ist jetzt das eigene Haus."

Praktisch der gesamte Zuwachs am Nationaleinkommen der CSSR soll in diesem Planjahr fünf durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität erzielt werden. Vorerst gibt es jedoch keinen Anlaß zur Zufriedenheit. Ein großes Problem ist das geringe Tempo bei der Intensivierung der Wirtschaft. Die Verpflichtungen betrifft Erhöhung der Produktivität und Qualität der Arbeit werden nicht eingehalten. Ökonomen und Produktionsarbeiter müssen sich von Vorstellungen, Stereotypen und Gewohnheiten freimachen, die noch aus der extensiven Wirtschaftsweise kommen, als die Bewertungskriterien für die Arbeit in den Betrieben und der Wirtschaftssphäre insgesamt und für die Rolle des einzelnen in der Gesellschaft auf

den Kopf gestellt worden waren. Jan Fojtik, ZK-Sekretär der KPTsch, nannte die Orientierung auf das Mittelmaß die gefährlichste Tendenz.

Wirtschaftsfunktionäre und Parteikomitees legen besonderen Wert auf die soziale Sphäre, um Bedingungen herzustellen, die die schöpferische Aktivität fördern, von der die Zechendirektoren von Ostrava sprachen. Diesen Weg nehmen andere innovative Wirtschaftsleiter. Deshalb hatte uns der Direktor der Teppichfabrik "Bytex" voller Stolz die neuerrichtete Poliklinik gezeigt, die einen Katzensprung von den Produktionsgebäuden entfernt liegt. Hier praktizieren Ärzte aller Fachrichtungen und stehen Spitäler für die Diagnose von Herz- und Kreislaufstörungen bereit sowie Kabinen für Heilgymnastik und Massage. Für einen Termin beim Zahnarzt, zum Blutdruckmess- oder um sich eine Spritze zu holen, genügen jetzt 20 Minuten, die man in der Mittagspause mal eben hochspringt, statt sich für einen halben Arbeitstag beurlauben zu lassen.

Die Tschechoslowakei hat mit 22 qm pro Person die beste Wohnraumversorgung aller RGW-Staaten. Laut Statistik eine Wohnung für drei Personen. Natürlich besteht die Wohnungsnot noch, besonders in Prag, und auch die Neubauwohnungen lassen manchmal zu wünschen übrig. Wichtig ist aber folgendes: Subventionen für den Wohnungsbau machen 44% der Voranschlagskosten aus. Man kann auch Bankkredite mit langer Laufzeit erhalten. Außerdem legen die künftigen Neubaubewohner nicht die Hände in den Schoß, sondern machen in den Wohnungsbaugenossenschaften eifrig mit. Doppelter Vorteil: Die Wartezeit wird kürzer, und die Qualität hat sich nachweisbar verbessert.

Diese Erfahrung der tschechoslowakischen Freunde interessierte uns ganz besonders, denn bei uns ist das Wohnungsproblem akut. Handeln wir eigentlich richtig, wenn wir passiv abwarten, bis wir an der Reihe sind, eine Wohnung zu bekommen? Wenn man außerdem noch berücksichtigt, daß unsere Schlangen immer länger werden...

Ein erster Schritt waren unsere Jugend-Wohnungsbaukomplexe, bei denen die künftigen Neubaumüter selbst mit Hand anlegen. Das erst kürzlich verabschiedete Gesetz über die individuelle Arbeit eröffnet da neue Möglichkeiten. Paragraph 15 sieht die Teilnahme der Bürger an "Bau, Reparatur, Ausstattung und Inneneinrichtung von Wohnungen" vor. Außerdem fehlen uns noch Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder, Freizeitstätten. Wie löst man dieses Problem in der Tschechoslowakei?

B. PISTSCHIK, L. MLETSCHIN
NZ-Sonderkorrespondenten
Prag-Moskau
(Fortsetzung folgt)

Vor kurzem hat im Vatikan eine Jubiläumstagung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften stattgefunden. Erstmalig hat diesem Gremium ein sowjetischer Journalist beigewohnt.

Warnung aus dem „Hause Pius' IV.“

Anatoli KRASSIKOW

Im Pressezentrum des Vatikans erwartete mich eine angenehme Überraschung. Ich traf dort alte Freunde an. Besonders freute mich die Begegnung mit dem französischen Journalisten Max Bergerre, dem Verfasser des berühmten Buches "Sechs Päpste, ein Journalist". Vor Jahren, als ich noch ganz jung und bei der TASS war, verhalf er mir zur Akkreditierung im Vatikan, weihete mich in die Feinheiten der vatikanischen Politik ein und stellte mich Johannes XXIII. und Paul VI. vor. Auch dieses Mal ermöglichte es mir seine Anwesenheit, alle Fragen glatt zu erledigen. Eine Angestellte des Pressezentrums, Schwester Giovanna, führte mich zu ihrem Chef, Dr. Joaquin Navarro-Valss. Er war sehr liebenswürdig und ein interessanter Gesprächspartner. Als ich ging, hatte ich den Ausweis für den Vatikan in der Tasche.

Ich wollte Informationen aus erster Hand über die Antikriegstätigkeit der Akademie, die gerade ihr 50-jähriges Jubiläum beging, besonders über das Dokument gegen die "Sternenkriege", das, der Presse zufolge, Papst Johannes-Paul II. nicht veröffentlichte, um Reagan nicht in eine peinliche Lage zu bringen. Ehe ich aber zur Jubiläumstagung und den Vorgängen davor komme, möchte ich ein paar allgemeine Angaben machen.



Die Päpstliche Akademie befindet sich in den vatikanischen Gärten in einer kleinen, eleganten Villa, die das Haus Pius' IV. genannt wird. Im Jahre 1561 von

dem Architekten Pirro Ligorio als Residenz der Päpste gebaut, in der sie der Ruhe pflegen konnten, wurde die Villa mehrmals umgebaut und hat ihr jetziges Aussehen erst im 20. Jahrhundert unter Pius XI. angenommen, der die ehemalige Lincei-Akademie 1936 zu einer neuen Stätte der Wissenschaft umgestaltete.

Ihrer 1976 bestätigten Satzung gemäß hat die Päpstliche Akademie die mathematischen und physikalischen sowie die Naturwissenschaften zu fördern. Sie hält regelmäßig Tagungen ab und veranstaltet Wissenschaftertreffen, um die Findung von Lösungen für wichtige wissenschaftliche, technische, soziale und ethische Probleme zu erleichtern. Auch fördert sie verschiedene Forschungen.

Die Mitglieder der Akademie werden vom Papst persönlich ernannt, unterstehen jedoch nicht dem Heiligen Stuhl. Sie können bekannte Wissenschaftler, unabhängig von ihrer Nationalität und ihren religiösen Anschauungen, sein. Zur Zeit hat die Akademie 83 Mitglieder aus 26 Ländern: 79 Mitglieder auf Lebenszeit, ein Ehrenmitglied (Professor der Biologie Silvio Ranzi von der Universität Mailand) und 3 Mitglieder "perdurante munere", d. h. solange sie ein staatliches Amt bekleiden (es sind der Leiter der Apostolischen Bibliothek, der des Observatoriums und der Präfekt des vatikanischen Geheimarchivs).

Mitglieder der Akademie sind 15 Amerikaner, 10 Franzosen, 8 Engländer, 7 Italiener und 6 Schweizer. Mit je drei Mitgliedern sind Kanada, Schweden, Brasilien und der Vatikan vertreten, mit je zweien die BRD, Japan, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien sowie Kenia und Polen und mit je einem Argentinien, Chile, Holland, Ungarn, Indien, Israel, Mexiko, Pakistan und Zaire. Wie wir sehen, sind es nur drei aus sozialistischen Ländern. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Akademie zu den Kardinalfragen von Krieg und Frieden für die Einstellung des verheerenden Wettrüstens und für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung Stellung genommen hat.

Dieses Thema war eins der wichtigsten nicht nur auf der Jubiläumstagung im Hause Pius' IV., sondern auch bei anderen bedeutenden Zusammenkünften der letzten Jahre.

Hierüber schreibt der Präsident der Akademie, Professor der Biologie und Biophysik Carlos Chagas, ein namhafter brasilianischer Wissenschaftler von der Universität Rio de Janeiro, im Vorwort zu einem Sammelband von Dokumenten der Päpstlichen Akademie:

"Einige Tage nach der Tagung vom November 1979 schrieb ich, nachdem ich mit Kollegen beraten hatte, an Papst Johannes-Paul II. über die drohende Kriegsgefahr und über die Zerstörungen, die Atombomben anrichten. Der Heilige Vater wünschte, einige der ange-

führten Tatsachen im Januar 1980 in seiner Friedensbotschaft an die Gläubigen zu verwenden. Im Mai des gleichen Jahres bildete die Akademie eine Arbeitsgruppe. Ihre Mitglieder wurden vom Papst zu einem Meinungsaustausch über die betreffenden Fragen empfangen. In seinen öffentlichen Ansprachen ging er mehrmals auf das Thema eines Atomkriegs ein, so am 25. Februar 1981 in Hiroshima.

Eine zweite Arbeitsgruppe, der 14 Wissenschaftler aus fünf Ländern — UdSSR, USA, Frankreich, Italien und Brasilien — angehörten, beabsichtigte, im Mai 1981 zusammenzutreten, mußte die Sitzung jedoch wegen des Attentats auf den Papst auf Oktober vertagen. Das von ihr abgefaßte Schriftstück ausschließlich über die medizinischen Folgen eines Atombombenangriffs wurde dem Papst unterbreitet. Auf Initiative des Heiligen Stuhls wurde es von Mitgliedern der Akademie den Spitzenpolitikern der USA, der UdSSR, Frankreichs und Großbritanniens sowie dem Generalsekretär der UNO und dem Vorsitzenden ihrer Vollversammlung zugestellt.

Unterbrechen wir Prof. Chagas einen Augenblick, um die Schwerpunkte des besagten Schreibens in Erinnerung zu bringen, das jetzt die "Deklaration über die Folgen eines Kernwaffeneinsatzes" genannt wird. In diesem zurückhaltend und doch eindringlich formulierten Dokument war hervorgehoben, daß die Behauptung, man könne einen Kernwaffenkrieg gewinnen und sogar überleben, von fehlenden Kenntnissen der medizinischen Realitäten zeuge. Ein beliebiger Kernwaffenkonflikt wäre tödlich, würde Krankheiten und Qualen eines Umfangs verursachen, bei dem ein halbwegs wirksamer ärztlicher Eingriff unmöglich wäre.

led

mina

"Wir riskieren die Zivilisation zu verraten"

Die Verfasser dieses Dokuments haben herzerreißende Angaben des japanischen Arztes Prof. Ichimaru zitiert, der die Schrecken des Atomangriffs auf Nagasaki mit ansah, und geschrieben: "Aber selbst diese Szenen können uns keinen Begriff von der Katastrophe geben, zu der ein Angriff auf irgendeinen Staat bei den heutigen Kernwaffenbeständen führen würde." Wären die Angriffe auch nur gegen Militärobjekte gerichtet, so würden sie — führten die Wissenschaftler fort — das ganze Land vernichten.

Wie es in der Deklaration heißt, ist es ohnehin klar, daß sich die Folgen eines Kernwaffenkrieges nicht nur im Gesundheitswesen fühlbar machen würden. Sollte man sich aber nur auf diesen konkreten Bereich beschränken, so müsse man die Lehre der modernen Medizin beherzigen, daß man sich restlos auf die Vorbeugung konzentrieren müsse, wenn eine Behandlung unmöglich oder zu kostspielig wäre. Das trifft auch für einen Kernwaffenkrieg zu. Gegen die von einem solchen Krieg verursachten Krankheiten gäbe es kaum irgendeine oder nur eine

horrende teure Behandlung. Wer wüßte stichhaltigere Argumente? Abschließend heißt es in der Deklaration: "Wenn wir schweigen, laufen wir Gefahr, Verrat an uns selbst und an unserer Zivilisation zu üben."

Am 15. Dezember 1981 wurden Vertreter der Päpstlichen Akademie von den Spitzenpolitikern der UdSSR und der USA empfangen. In Moskau informierte man sie darüber, was in der UdSSR konkret für die Bannung der Gefahr eines Kernwaffenkriegs getan wird. Die Wissenschaftler waren sich darüber einig, daß in der jetzigen Situation eine starke Beteiligung der Friedenskräfte an den Aktivitäten zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker besonders geboten ist.

Nach der Audienz im Weißen Haus sagte der Chefdelegierte, der US-Präsident habe die Wissenschaftler angehört, jedoch "keine konkreten Maßnahmen zugesagt". Reagan habe nicht zugeben wollen, daß es in einem Kernwaffenkrieg keinen Sieger geben kann.

Doch lassen wir Prof. Chagas wieder zu Worte kommen:

"Im Februar 1982 fand in Wien unter Leitung Kardinal Königs noch ein wichtiges Treffen statt. Es sollte die Initiativen der Päpstlichen Akademie mit der pazifistischen Tätigkeit dieses angesehenen Kirchenfürsten koordinieren. Ende März beriet die Akademie in London mit einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern, die ihr nicht angehören. Sie sollten ein neues Schreiben über die anwachsende Kriegsgefahr abfassen. Im Sommer 1982 war es fertig. Der Text wurde den Präsidenten der Akademien verschiedener Länder mit einem Begleitschreiben zugesandt, in dem sie zu der für den 23. und 24. September in Rom anberaumten Beratung eingeladen wurden, um die endgültige Fassung der Deklaration zu bestätigen."

So entstand das zweite Antikriegsdokument der Päpstlichen Akademie, die "Deklaration über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges". Dieses von 61 Wissenschaftlern unterzeichnete Dokument lautet:

"Die Katastrophe eines Kernwaffenkriegs kann und muß verhütet werden. Das erlegt den Spitzenpolitikern und Regierungen eine große Verantwortung auf. Aber die ganze Menschheit muß handeln, um zu überleben. Das ist das wichtigste moralische Problem, dem sich die Menschheit jemals gegenüberstellt, und die Zeit drängt."

Die Mitglieder der Akademie appellieren an die Staatschefs, Wissenschaftler und führenden Kleriker, an alle Menschen der Erde, "ihr Vertrauen in eine Zukunft der Menschheit zu bekräftigen und nachdrücklich zu erklären, daß es die Pflicht und Schuldigkeit aller ist, einen Krieg zu verhüten und gegen die Überzeugung anzukämpfen, daß ein Kernwaffenkrieg unvermeidlich sei, sowie sich unentwegt um eine Garantie für die Zukunft der kommenden Generationen zu bemühen".

Nach etwas mehr als einem Jahr tagte im Vatikan eine Plenarsitzung der Akademie zum Thema "Die Wissenschaft im Dienste

des Friedens". Die Diskussionsredner forderten die Einstellung des wahnwitzigen Wetfrüsts, das die Menschheit in eine Katastrophe treibt. Die Tagung nahm eine Erklärung an, in der daran erinnert wurde, daß zwei Drittel der Menschheit unter schweren, manchmal unerträglichen Verhältnissen leben. Um ihnen tatkräftig zu helfen, brauche man dafür nur 7 Prozent der Gelder zu verwenden, die jetzt in aller Welt für militärische Zwecke verausgabt werden.

Prof. Chagas sagte: "Vom 23. bis zum 25. Januar 1984 tagten 18 Wissenschaftler im Hause Pius' IV., um die Öffentlichkeit nochmals auf die Folgen eines Kernwaffenkrieges, insbesondere auf die enormen Veränderungen, die er im Klima der Erde verursachen würde, hinzuweisen."

Die Schrecken eines nuklearen Winters

In einem Dokument der Tagung, betitelt "Der nukleare Winter: eine Warnung", hieß es: "Ein Kernwaffenkrieg würde augenblicklich den Tod eines großen Teils der Einwohner entzweier Länder herbeiführen... Langwirkende Folgen eines Kernwaffenkriegs für das Klima der Erde könnten genau so verheerend oder noch verheerender als seine sofortigen Resultate sein."

Und weiter: "In einem Kernwaffenkrieg würden nahe der Erdoberfläche einschlagende Gefechtsköpfe eine Unmenge Staub in die Atmosphäre reißen, und die über Städten und Wäldern explodierenden würden Flächenbrände auslösen und zur Bildung enormer Rauch- und Rußmassen führen, die die Erdoberfläche in Finsternis und Kälte tauchen würden."

Ein "nuklearer Winter", heißt es in dem Dokument weiter, würde die menschlichen Qualen auch in den Ländern steigern, die nicht in die Kampfhandlungen einbezogen wären. Ein großer Teil der Menschen, die sich vor den unmittelbaren Folgen des Kernwaffenkriegs in Sicherheit bringen könnten, würden erfrieren, verhungern, an Krankheiten und der atomaren Strahlung sterben. Ein großer Teil der Pflanzen- und Tierwelt würde verschwinden.

Im Oktober 1984 wurde im Vatikan ein einwöchiges Kolloquium mit dem Thema abgehalten: "Die Folgen der Weltraumforschungen für die Menschheit". Papst Johannes-Paul II. sprach zu den Teilnehmern. Er dankte der Akademie und ihrem Präsidenten für die interessante Veranstaltung: "Der Weltraum gehört der ganzen Menschheit. Der Start von Satelliten und anderen Weltraumapparaten in den Kosmos muß durch gerechte internationale Abkommen und Pakte geregelt werden", sagte er.

Der Papst äußerte sich nicht gegen eine Militarisierung des Weltraums, sagte aber: "Ich rufe Sie auf, bei ihren Forschungen und beim Erfinden neuer Technologien den Gott des Friedens zu suchen."

Die Wissenschaftler reagierten auf diesen Appell, wie es ihnen ihr Gewissen eingab. Als sie sich im Januar 1985 zu einem internationalen Treffen über das Wettrüsten im Weltraum versammelten, nahmen sie einmütig gegen dessen Militarisierung Stellung. In einem Kommentar zu den Zielen und Aufgaben des neuen Forums sage der Kanzleivorsteher der Päpstlichen Akademie, Enrico Di Rovasenda, offen: "Wir wollen der Welt eine wissenschaftliche Information über die entsetzlichen Folgen von 'Sternenkriegen' liefern." Einige Monate später teilte die Presse Italiens und anderer Länder mit, daß die Teilnehmer des Treffens, darunter auch die amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftler, ein Dokument mit einer Ablehnung von "Sternenkriegen" einstimmig angenommen hatten.

Dem "Paese Sera" (Rom) zufolge wollte man das Dokument gleich nach dem Treffen veröffentlichen, später wurde aber beschlossen, es dem Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche zu späterer Veröffentlichung zu übergeben. Im Vatikan hielt man es für besser, mit der Veröffentlichung des Textes, der der Politik der USA so krab widerspricht, abzuwarten. Wie die "New York Times" am 9. Juli 1986 mitteilte, bestand Washington darauf, daß das Dokument zur geheimen Dienstsache erklärt wird.

Trotzdem machte Prof. Chagas auf der Jubiläumstagung aus der Einstellung der Wissenschaftler zu SDI kein Geheimnis:

"Ich kann sagen, daß wir aus verschiedenen Gründen sowohl moralischer als auch wissenschaftlicher Art entschieden gegen dieses Projekt sind."

Vatikan und SDI

Als ich im Sitzungssaal des Hauses Pius' IV. den mir angewiesenen Platz einnahm, fand ich auf dem Pult einen ganzen Packen Schriften der Akademie über die Fragen von Krieg und Frieden, darunter die sorgfältig herausgegebenen Dokumente von 1981, 1982 und 1984 in gelben Pappumschlägen mit den Nummern 3, 4 und 11. Es fehlte nur das letzte Referat, das über die "Sternenkriege".

Im Vatikan konnte man sich offenbar nicht entschließen, die Meinung der Päpstlichen Akademie der Absicht der US-Regierung entgegenzusetzen, das Wettrüsten mit Hilfe des SDI-Programms auf den Weltraum auszudehnen, um die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen.

Ich blätterte aufmerksam in der am Vortag gedruckten Broschüre Nr. 67 mit Darlegungen der wichtigsten Texte der Akademie aus den 50 Jahren ihres Bestehens und fand auf den Seiten 169 und 170 eine Darlegung auch dieses Dokuments. Es hieß dort, daß im Interesse des Friedens die Militarisierung des Weltraums zu unterbleiben habe und daß man gut daran täte, ein entsprechendes internationales Abkommen zu schließen.

Die Päpstliche Akademie ist überzeugt, daß selbst das mächtigste strategische Verteidigungssystem keinen 100igen

Schutz vor einem Schlag mit Nuklearraketen garantieren kann. Versuche, so ein System zu entwickeln, würden das Potential der Nuklearraketen nicht verringern, sondern die Schlagkraft dieser Angriffswaffen nur noch steigern. Für den Fall, daß es einer Seite gelingen sollte, ein wenn auch nur teilweise wirksames Verteidigungssystem aufzubauen, würde das jetzige strategische Gleichgewicht der Kräfte gestört werden und eine Krise eintreten.

Wissenschaftler aus 13 Ländern, darunter aus der UdSSR und den USA, sowie einigen Weltorganisationen haben für eine ausschließliche Nutzung des Weltraums zum Wohl der Menschheit Stellung genommen.

Nach der Jubiläumstagung ließ Johannes-Paul II. einen Appell zur Fortentwicklung der internationalen Zusammenarbeit an der friedlichen Raumforschung ergehen. Er empfing im Vatikan Teilnehmer des Anfang November in Padua abgehaltenen Kolloquiums der Konsultationsgruppe der Weltraumagenturen. Ihr wohnten eine Delegation von Interkosmos, das eine Anzahl sozialistischer Länder erfaßt, sowie Delegationen der amerikanischen NASA, der japanischen NASDA und der Europäischen Weltraumagentur bei.

Der Papst sagte: "Ich benutze die angenehme Gelegenheit, daß Sie alle hier beisammen sind, um Sie zur Fortsetzung der Tätigkeit für Frieden und Harmonie aufzufordern, wie sie für die Fortschritte in der Raumfahrt charakteristisch waren." Er betonte, daß es notwendig sei, "zu vermeiden, daß die Weltraumtechnik für eine feindselige Betätigung benutzt wird".

Auch dieses Mal drückte sich Johannes-Paul II. höchst vorsichtig aus und wählte seine Worte so, daß sie nicht als direkte Verurteilung der "Sternenkriege" aufgefaßt werden konnten.

Die Wissenschaftler haben erneut ihr Pflichtbewußtsein bewiesen. Bei dem Rundtischgespräch am Schluß der Jubiläumstagung im Hause Pius' IV. konstatierten sie nochmals die unlösbare Verbindung der wissenschaftlichen Probleme mit der Erhaltung des Friedens.

Prof. Chagas erklärte: "Wir müssen zur Lösung der lebenswichtigsten Probleme der Menschheit beitragen und den Menschen zu größerem Wohlergehen verhelfen. Unsere Aufgabe ist es, nicht dem Bösen, sondern dem Guten zu dienen."

Für energischere Bemühungen der Wissenschaftler um den Schutz des Friedens nahmen fast alle Teilnehmer des Rundtischgesprächs Stellung, darunter Alexander Rich (USA), Manfred Eigen (BRD), Sune Bergström (Schweden) und Mambili Kalothil Menon (Indien). Der italienische Physiker Carlo Rubbia, Träger eines Nobelpreises, ergriff als einer der letzten das Wort und sagte, daß die Völker das Recht auf wahrheitsgetreue und lückenlose Information über die eventuellen Folgen von Regierungsbeschlüssen haben, damit sie nicht zulassen, daß etwas geschieht, was nicht wieder gutzumachen wäre."

Vatikan-Moskau

Der Besuch Michail Gorbatschows in Indien hat eine außerordentlich wichtige Zielsetzung der sowjetischen Außenpolitik nochmals bekräftigt: die Stabilität und Sicherheit in Asien und im Pazifikraum. Die Realisierung der diesbezüglichen Vorschläge Moskaus hängt natürlich vom politischen Willen zahlreicher Länder, nicht zuletzt der USA, dieser pazifischen Großmacht, ab. In Wladivostok erklärte Michail Gorbatschow: "Zweifellos kann man das Problem der Sicherheit und Zusammenarbeit im Pazifikraum ohne die USA keiner alle Teile befriedigenden Lösung zuführen."

Wie sieht die Pazifikpolitik der USA aus? Wie hat sie sich herausgebildet? Gedenkt Washington, in dieser Region zur Verbesserung des politischen Klimas beizutragen?

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Amerikaner nacheinander Kalifornien, Oregon und andere westliche Staaten eroberten, vergaßen sie allmählich die erst einige Jahrzehnte vorher aufgestellte These, daß der Pazifik die Westgrenze Amerikas ist. Nunmehr hieß es, er müsse zum Interessenkreis dieses Landes gehören. Nun setzte eine Expansion nach Asien ein. Seiner "Mission" folgend, "entdeckte" der amerikanische Marineoffizier M. Perry dort Japan und andere Länder. Kolonisten aus den USA vollführten Umstürze auf Hawaii und anderen Pazifinseln und schlossen sie der "großen amerikanischen Demokratie" an. Präsident McKinleys Regierung entfesselte den ersten imperialistischen Krieg der Geschichte gegen das altersschwache spanische Reich, wobei es um die Neuaufteilung der Welt ging, und entriß ihm Guam und die Philippinen. Senator Beveridge sagte: "Gleich hinter den Philippinen liegt der unermüdliche chinesische Markt. Wir werden weder vom einen noch vom anderen lassen... Der Pazifik ist unser Meer... Die Macht, die über den Pazifik herrscht, wird die Welt beherrschen, und mit der Einnahme der Philippinen wird diese Macht bis in alle Ewigkeit die Republik Amerika sein."

Der Kampf um die Herrschaft Amerikas über den Pazifik dauert schon über anderthalb Jahrhunderte. Die Regierung Reagan hat ihm einen neuen Impuls, andere Maßstäbe und Schärfe gegeben.

Die USA prophezeien dem Pazifik eine große Zukunft und stellen sich diese amerikanisiert und militarisiert vor. Die "U. S. News and World Report" schreibt: "Eine neue Grenze, die den USA unendliche Möglichkeiten bietet, sie jedoch einem großen Risiko aussetzt, entsteht heutzutage Tausende Kilometer von der Küste Amerikas entfernt. Sie erstreckt sich längs des riesigen Umkreises des Stillen Ozeans von Südkorea im Norden bis nach Neuseeland im Süden... Manche Leute nennen das kommende Jahrhundert, das pazifische."

Auf diesem Gedanken beruht auch das Projekt für die Pazifische Gemeinschaft, das in Japan aufkam und sehr bald von den

Washingtons Konzeption der verlegbaren Grenzen

Neue Konquistadoren

Prof. Dr. sc. Juri MELNIKOW

USA übernommen wurde. In Washington langte man nicht von ungefähr nach dem japanischen Projekt: Der Vorrang, der darin den Wirtschaftsaspekten gegeben ist, soll die Expansionsabsichten der USA befähmeln.

Die wirtschaftliche, kommerziell-finanzielle und wissenschaftlich-technische Politik der USA zielt auf die Ausbeutung der Naturschätze und Arbeitskräfte dieser Region ab.

Die außenwirtschaftliche Politik der USA ist oft diskriminierend (vielerlei Exporte in die sozialistischen Länder werden gesperrt), sie ist auf politische und militärische Ziele ausgerichtet, nämlich darauf, in manchen Staaten Bereitstellungsräume zu bekommen, sie in militärisch-politische Allianzen einzubeziehen und sie zur Drosselung ihres staatlichen Wirtschaftssektors sowie zur Förderung des Privatsektors zu zwingen. Deshalb sind die Wirtschaftsbeziehungen der USA zu vielen Staaten dieser Region äußerst begrenzt (so zur UdSSR und zur Mongolischen Volksrepublik), sind sie durch eine scharfe Konkurrenz (Japan, Australien) oder durch Ungleichheit (Philippinen, Thailand) gekennzeichnet. Das behindert an sich schon die Ausführung des Projekts einer Pazifischen Gemeinschaft oder einer Pazifischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und erschwert die Beziehungen der

Die USA unterhalten im Pazifik eine starke Kriegsflotte, in der sie ein zuverlässiges Instrument für die Erweiterung ihres Einflusses in der Region sehen.

Foto: TASS



immer weiter westwärts von der kalifornischen Küste können das Feldgeschrei der Konquistadoren aller Länder und Zeiten: "Für Glauben, Gold und Ruhm!" sein. Admiral Crowe, der jetzige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, sagte, als er noch Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Pazifik war: "Der gesamte Fortschritt" (in der asiatisch-pazifischen Region) "vollzieht sich im Zeichen der amerikanischen Stärke. Je mehr sich unsere Wirtschaftsinteressen in dieser Richtung bewegen, desto mehr muß unsere Verteidigungspolitik mit ihnen Hand in Hand gehen."

Vorläufig sind die meisten Länder Asiens und des Pazifiks gegen die Varianten einer Pazifischen Gemeinschaft. Deshalb verstärkt Washington sein eigenes Militäropotential und bezieht in seine Strategie die Staaten ein, die entweder sehr von ihm abhängen oder aus einer engen militärischen Zusammenarbeit Nutzen zu ziehen trachten.

In dieser Hinsicht ist das Bündnis USA-Japan am gefährlichsten. Die USA steigern die Kriegsvorbereitungen in Südkorea, wo amerikanische Kernwaffen stationiert sind, ferner auf den Philippinen und in Thailand sowie auf den Inseln Mikronesiens, die Washington zu annexieren beabsichtigt.

Für die Politik Washingtons ist es typisch, daß es die Konflikte und Differenzen zwischen einigen Staaten der fraglichen Region aufrechtzuerhalten und noch zu schüren sucht.

In Washington versucht man, während man auf das eigene militärische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Potential baut, sich auch auf die Bündnispartner, auf die an Abmachungen mit den USA interessierten Regimes und Gruppierungen zu stützen. Die Zahl solcher Bündnispartner und Gruppierungen sinkt aber andauernd. Davon zeugen der Sturz des Regimes von Präsident Marcos auf den Philippinen, die Krise der Söuler Diktatur und die Weigerung Neuseelands, atomare US-Schiffe in seine Häfen zu lassen. Die wirtschaftliche, ideologische und besonders militärische Expansion der USA stößt bei vielen Ländern, die aus dem Pazifik keine militarisierte US-See machen lassen wollen, auf allgemeinen Widerstand.

Die UdSSR ist für Beteiligung der USA an der Lösung der pazifischen Probleme, setzt ihrer Expansionspolitik jedoch das Programm für die Einbeziehung dieser Region in ein allumfassendes System internationaler Sicherheit entgegen, von dem auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU die Rede war. Führt die jetzige Pazifikstrategie der USA noch immer zum Anwachsen des Mißtrauens und der Spannung, so bietet das sowjetische Programm reale Aussichten darauf, daß der weite, an Schätzen reiche und sich schnell entwickelnde Raum eine Zone des Friedens und Fortschritts werden wird.

In der Presse wird eine Dreierkommission erwähnt. Was ist das für eine Kommission, wer gehört ihr an und womit befaßt sie sich?

N. TUGARIN, Gebiet Kostroma, RSFSR

„UNSICHTBARE REGIERUNG“

Über die Dreierkommission wird nicht ausführlich geschrieben. Sie wurde 1973 auf Initiative David Rockefellers, dem Oberhaupt eines der mächtigsten Finanzreiche des Westens, gebildet und erfaßt über 300 namhafte Repräsentanten der kommerziellen, politischen und akademischen Elite der kapitalistischen Welt — Persönlichkeiten, die unlängst in den führenden imperialistischen Ländern am Staatsruder standen. Zu ihnen gehören Zbigniew Brzezinski, Alexander Haig, Henry Kissinger, Raymond Barre, Otto Wolff von Amerongen, Saburo Okita u. a.

Eine Anzahl früherer Kommissionsmitglieder bekleidet einflußreiche Regierungsposten. Beinahe zur Hälfte setzt sich die Kommission aus Leitern der größten Konzerne, vor allem transnationaler, zusammen. Deshalb nennen manche Journalisten die Kommission eine „unsichtbare Regierung“.

Das ist sie ganz und gar nicht. Und doch hat das Interesse für sie einen guten Grund. Die unter ihrer Ägide abgefaßten Dokumente lassen erkennen, daß in ihrem Rahmen versucht wird, die Sozial- und Wirtschaftsstrategie, ja die politische Philosophie für das transnationale Monopolkapital festzulegen.

Nicht von ungefähr entstand die Dreierkommission in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Damals geriet die kapitalistische Welt in eine schwere Krise, die alle ihre Strukturen in Mitleidenschaft zog. Die "Kapitäne" des Westens erkannten, daß Untersuchungen not faten, die ihnen, wenn nicht zur Behebung, so zumindest zur Verminderung der Krisenscheinungen verhelfen könnten. Die transnationalen

Konzerne (TNK) und Banken (TNB) brauchten ein politisch-wirtschaftliches Programm im Sinne ihrer Interessen, das in der wechselvollen Welt lange gelten könnte. Seine Formulierung übernahm die Dreierkommission.

Die Autoren der in deren Rahmen verfaßten Berichte sorgen sich sowohl wegen der Gefahr eines Kernwaffenkriegs als auch wegen der regionalen Konflikte, des Hungers in den Entwicklungsländern, der Umweltverschmutzung und der enorm anwachsenden Arbeitslosigkeit.

Sie führen die Mißstände in der Wirtschaft der kapitalistischen Welt hauptsächlich auf den Widerspruch zwischen der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit und der nationalen Souveränität der Staaten zurück.

Die Kommission erarbeitet allerlei Schemata für die Ausdehnung der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregelung auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wobei die TNK und die TNB die Hauptrolle spielen sollen. Sie fordern auch eine größtmögliche Koordinierung des wirtschaftlichen und politischen Vorgehens der führenden imperialistischen Staaten. Brzezinski, Owen und Okita erklären, die Landesregierungen müßten sich eingehender damit befassen, ihre Entscheidungen aufeinander abzustimmen.

Die transnationalen Monopole und ihre Ideologen sind bestrebt, die Landesouveränität, die ihren Aktivitäten wirklich hinderlich ist, einzuschränken, dafür geeignete supranationale Mechanismen aufzuziehen und ihre Ansprüche auf die Leitung der

gesamten kapitalistischen Wirtschaft zu begründen.

Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Sie hat noch eine andere. Der heftige Konkurrenzkampf einzelner Landesgruppen des Großkapitals, die mit Unterstützung der entsprechenden Staaten vorgehen, schwächt den Imperialismus im globalen Klassenkampf objektiv. Mit bloßen Aufrufen zur Solidarität aller Klassen kann man die Gegensätze in der kapitalistischen Welt natürlich nicht überbrücken. Deshalb offeriert die Kommission ein System von Kompromissen, bei dem „jede Regierung einwilligt, eine Maßnahme zu treffen, die sie gern vermieden hätte, wenn sie dafür nur gewisse Vorteile aus Aktionen ihrer Partner ziehen könnte“. Nach einem ähnlichen Schema suchen die Spitzenpolitiker der sieben führenden kapitalistischen Staaten zu handeln. Bei ihren Jahrestreffen bemühen sie sich — übrigens ohne besonderen Erfolg — um eine einhellige Stellungnahme zu den akutesten Fragen der Weltwirtschaft und -politik.

Das besondere Augenmerk der Dreierkommission gilt in den letzten Jahren Fragen der internationalen Sicherheit.

Die Kommissionsmitglieder haben, unabhängig von ihren politischen und klassenmäßigen Sympathien und Antipathien erkannt, daß ein Kernwaffenkrieg „eine Katastrophe wäre, die unser Planet kaum überstehen könnte“, und sie distanzieren sich möglichst von den abenteuerlichsten Vorhaben.

So werden in einem Bericht mit der verpflichtenden Überschrift „Dreiseitige Sicherheit“ die Pläne der Regierung Reagan, ein Raketenabwehrsystem mit weltraumgestützten Teilen zu schaffen, realistisch beurteilt. Experten meinen, selbst wenn es gelingen sollte, die äußerst schwierigen technischen Probleme zu lösen, „würde die Stationierung von Raketenabwehrsystemen durch die USA und die UdSSR höchstwahrscheinlich nur zum Wettbewerb im Entwickeln nuklearer Angriffswaffen führen, die die Abwehrsysteme zu durchschlagen

fähig wären. Das würde sowohl kostspielig als auch gefährlich sein.“

Die Kommission hat sich auch für eine sofortige Vereinbarung über ein generelles Verbot der Kernwaffentests eingesetzt. Ihre Experten haben betont, daß die Kernwaffensperre verstärkt werden müsse, und haben es verurteilt, daß in den USA ein neues System strategischer MX-Erstschlagsraketen stationiert wird.

Beim Konstruieren eines Systems zur Gewährleistung der „dreiseitigen Sicherheit“ — womit die Sicherheit der drei Zentren des Kapitalismus gemeint ist — hat die Kommission aber ihre Orientierung auf einen Zweikampf mit dem real bestehenden Sozialismus und den fortschrittlichen Regimes der dritten Welt nicht aufgegeben. Sie ist bestrebt, das Wettrüsten nicht aufzuhalten, sondern dafür die „effektivsten“ Aspekte zu finden.

Nach Ansicht der Kommission sollen neue Nuklearmunition für rasche „begrenzte“ Kriege und modernisierte, immer schlagkräftigere und raffiniertere konventionelle Waffen in absehbarer Zeit das Kampfpotential des Westens bilden.

Mit anderen Worten suchen die Urheber des Begriffs der „dreiseitigen Sicherheit“ in der Perfektionierung der konventionellen Waffen einen Ausweg aus der nuklearen Sackgasse: „In den 80er und 90er Jahren wird die Entwicklung effektiver nichtnuklearer Angriffssysteme von großer Reichweite möglich, darunter von Cruise Missiles und ballistischen Waffen ... mit geringem Risiko einer nuklearen Eskalation.“

Diese Empfehlung zeugt von den widersprechenden Auffassungen der Kommission. Nicht nur ein nuklearer, sondern auch ein großangelegter nichtnuklearer Konflikt wäre dazu angefan, die hochentwickelte industrielle Zivilisation an den Rand des Abgrunds zu bringen. Die Ausführungen der Dreierkommission gehen nicht über den Rahmen des alten politischen Denkens hinaus, dessen Dogmen sie den neuen Realitäten anzupassen sucht.

J. FJODOROW



WÜSTE:

UNGLÜCK ODER REICHTUMSQUELLE?

Leonid PLESCHAKOW

So viel und so dramatisch wie über die Wüste wurde, besonders in den letzten zehn Jahren, wohl über keine andere geographische Zone geschrieben. Die Ursache ist der enge Zusammenhang zwischen Wüste und Dürre.

Was war früher da, das Huhn oder das Ei? Die Wüste oder die Dürre? Die Fragen wirken viel zu abstrakt, wenn man die immer häufigeren Meldungen aus Notstandsgebieten liest. In ihrer Dramatik wirken sie wie Frontberichte. Auch hier stehen zwei Gegner einander gegenüber, auch hier geht es um Leben und Tod, gibt es Offensive und Defensive, Sieger und Besiegte. Obwohl in solchen Kämpfen keine Schüsse fallen, reicht die Arbeit für Politiker, Diplomaten und Wirtschaftsfachleute, für Experten verschiedener Wissenschaften und Produktionszweige. Es gibt strategische Vorhaben — und manchmal verheerende Folgen.

Hier nur ein paar Meldungen.

Ein Großteil der südlichen Küstenprovinz Fujian leidet seit Ende Juni unter einer Dürre; 313 000 ha Reisfelder sind versengt worden. Am schwersten ist die Situation in einzelnen Gebirgsgegenden. Hunderttausende Bauern pflanzen jetzt Spätreis an und setzen die Bewässerungsanlagen instand. Die Meteorologen sagen eine weitere Dürre an, deshalb treffen die Behörden in der Provinz Maßnahmen, um den Bauern zu helfen. Städter schalten sich in die Feldarbeiten ein. In den Städten wurden, sowohl in Wohnungen als auch in Betrieben, harte Sparmaßnahmen eingeführt, damit das

eingesparte Wasser zur Bewässerung genutzt werden kann."

Das war ein Telegramm aus China. Und hier eine Nachricht aus Afrika: "Einer der größten afrikanischen Seen, der Tschadsee, der am Schnittpunkt von Tschad, Kamerun, Nigeria und Niger liegt, wird in bedrohlichem Tempo seichter. An einzelnen Stellen ist das Wasser 60–80 km vom Ufer zurückgewichen.

Die Bewohner der Küstendorfer sehen sich in einer schweren Lage. Die früher begonnenen Bewässerungsarbeiten in der Umgebung des Sees sind bis zu den besseren Zeiten aufgeschoben worden. Ursache ist die Dürre, die praktisch seit Anfang der 70er Jahre nicht aufhört. Eine Umweltkatastrophe ähnlicher Ausmaße fand bereits statt: 1908 war dieses abflußlose seichte Wasserbecken völlig ausgetrocknet."

"Das vor nur 28 Jahren gegründete Nouakchott, heute die Hauptstadt Mauretanien, läuft Gefahr, vom Antlitz der Erde zu verschwinden. Der Sahara-Sand stößt mit einer Geschwindigkeit von 20 m im Jahr gegen die Stadt vor. Einige Viertel liegen schon unter einer Sandschicht begraben."

Der afrikanische Kontinent mußte in den letzten 10–15 Jahren Schweres erleben. Außerordentlich schwer war für viele Länder Afrikas das Jahr 1984. Beinahe zur

Hälfte war der Kontinent von einer beispiellosen Dürre heimgesucht. Im Nil z. B., dem größten Strom des Kontinents, sank das Wasser seit 1611 nicht auf einen so tiefen Stand.

Die jüngste langwierige Dürre in Afrika war die schwerste in diesem Jahrhundert. Sie betraf selbst bewaldete Gebiete. Zusammen mit dem Vorstoß der Wüste führte das zu katastrophalen sozialökonomischen Folgen für viele Länder des Kontinents.

Wie es in einem Bericht des UNO-Generalsekretärs heißt, litten dort Ende 1983/Anfang 1984 über 150 Millionen Menschen unter Hunger, Unterernährung und vielfach unter Trinkwassermangel. Da es nicht regnete, kamen der Ackerbau und die Viehhaltung zu großem Schaden. Bis April 1985 bestand in 21 afrikanischen Ländern ein kritischer Mangel an Nahrungsmitteln.

Eine massive Migration der Bevölkerung setzte ein, was noch zusätzliche Schwierigkeiten verursachte. Über 10 Millionen Menschen verließen ihre Heimstätte.

Der Auszug aus den Notstandsgebieten dorthin, wo die Lebensbedingungen relativ günstig sind, war die einzige Rettung für Hunderttausende Einwohner der Nordprovinzen Äthiopiens, in denen die Dürre besonders grausam war.

Erinnerungen an die Zukunft

Probleme, die von Wüsten und Dürren hervorgebracht werden, tragen globalen

Charakter, betreffen wirklich den ganzen Erdball. Die Verwüstung der Naturlandschaften durch Erosion und Versalzung der Böden, Abholzen, Eingehen von Wasserbecken ist ein Prozeß, der (besonders in Asien und Afrika) gewaltige Territorien erfaßt und um sich greift. Laut Angaben, die mittels künstlicher Erdsatelliten gesammelt wurden, sind 53 Prozent des Territoriums Afrikas und 34 Prozent des Territoriums Asiens so oder so von der Erosion betroffen. Laut UNO-Angaben müßten etwa 150 Millionen Bauern Chinas, Indiens und der südostasiatischen Inseln den Ackerbau aufgeben, weil ihre Felder unfruchtbar geworden waren.

Besonders bedrohliche Ausmaße nimmt dieser Prozeß im afrikanischen Sahel an, auf einem Territorium, das sich wie ein breiter Gürtel von der atlantischen Küste über den ganzen Kontinent zum Oberlauf des Nil und weiter zum Roten Meer zieht. Der Name stammt vom französischen Wissenschaftler A. Chevalier (1900), auf Arabisch bedeutet Sahel soviel wie "Küste". Offenbar sah der französische Wissenschaftler die aus dem Norden heranrückende Sahara als einen Sandozean an, dessen Wogen den "Küstenrand" der benachbarten Zone ausnageln. Seit Jahrzehnten hat dieser langsame, aber unabwendbare Vormarsch des Sandes die Geschwindigkeit von 4,8 km im Jahr, und Felder, die einst Frucht trugen, werden zugeschüttet. In den letzten Jahren hat die Wüste dem Sahel einen bis zu 150 km breiten Streifen abgerungen. Wenn das "Ausbrennen" dieser Region nicht aufhört, wird die Wüste in schätzungsweise 50 Jahren drei oder sogar vier der acht dort liegenden Staaten verschlingen.

Optimisten neigen dazu, diesen Stand der Dinge als etwas Vorübergehendes zu betrachten: Der Sahel sei auch früher (1941/1942, 1972-1975) heimgesucht worden. Damals wurde sein Territorium fast gänzlich zu einer leblosen Wüste, aber später erstand er gleich dem Wundervogel Phönix zu neuem Leben.

Pessimisten (laut einem Witz also gutinformierte Optimisten) haben ihre Argumente. Die Luftbildaufnahmen und Satelliten unterscheiden auf dem Areal der Sahara ohne weiteres die Betten von Flüssen, die hier einst flossen, und tiefergelegene Abschnitte der Oberfläche, offenbar einstige Seen. Archäologische Funde in diesem Raum wie auch in der glühendheißen Arabischen Wüste bestätigen ein übriges Mal, daß dort im Altertum hochentwickelte Zivilisationen bestanden, das aber war nur unter günstigeren klimatischen Bedingungen möglich, als wir sie jetzt haben.

Der Schluß drängt sich auf, daß die Natur selbst langsam, aber unausweichlich in nur einer Richtung — auf Verwitterung hin wirke.

Dürre ist (vielleicht neben Überschwemmung) die einzige Naturgewalt, auf die der Mensch hemmend einzuwirken vermag. Das Abholzen zu Bau- und Heizzwecken hat mancherorts zur Entblößung der uralten Sammelgebiete für die Verdunstung geführt. Das Ergebnis ist

eine wüstenhafte Landschaft. Auch unsachgerechter Ackerbau zieht ein gleiches Resultat nach sich. Fehler bei der Bewässerung haben schon so manchen fruchtbaren Boden versalzt. Die Urbarmachung von Neuland in Trockengebieten verursachte die traurig berühmten "schwarzen Stürme".

Die Beschützer der Umwelt, die das Konsumdenken im Hinblick auf die Natur kritisieren, erzählen gern folgende Geschichte. Einst kamen in Frankreich Herrenmäntel aus Kamelhaar in Mode. Die Textilfabrikanten witterten eine Goldader. Sie zahlten den Nomaden in Nordafrika erhöhte Preise für Kamelwolle, der Bestand der Tiere nahm zu. Doch die kargen Weideflächen, für die eine solche Belastung kaum zumutbar war, erschöpften sich bald, wurden ausgetreten. Die Mode für Kamelhaarmäntel war vorbei, aber der durch die gedankenlose Ausbeutung er-

Wissenschaftler wird teil sich auf die Durchschnittstemperatur der Erdatmosphäre bis zum Jahr 2025 um etwa zwei Grad Celsius erhöhen, wenn der Verbrauch von Erdöl, Kohle, Erdgas und Schiefer in gleichem Tempo wie gegenwärtig zunehmen wird. Nach einem Expertengutachten aus der UNO kann sich die Erde aus denselben Gründen zu Lebzeiten der nächsten zwei Generationen um 1,5-4,5 Grad erwärmen.

Wie wir sehen, differieren die Prognosen nur in Zahlen, nicht dagegen in der Einschätzung der Tendenz. Sie aber birgt Gefahren in sich: Je höher die Temperatur der Atmosphäre, desto mehr erwärmt sich die Erdoberfläche, desto trockener wird der Boden.

All das konfrontiert die Menschheit mit schwierigen Aufgaben, besonders wenn man noch an folgendes denkt: Es wird angenommen, daß die Bevölkerung unseres Planeten, die gegenwärtig etwa 4,6 Milliarden beträgt, gegen das Jahr 2000 6,1 Milliarden erreichen wird. In Afrika werden gegen Anfang des nächsten Jahrtausends rund 800 Millionen leben, also doppelt soviel wie 1975. Denken wir daran, daß es auch in den 70er Jahren viele Hungernde auf diesem Kontinent gab, analysieren wir die demographischen Prognosen für diesen Kontinent, vergessen wir ferner nicht, daß sich die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen infolge des Vormarsches der Wüsten vermindern. Dann verstehen wir besser, warum die Wissenschaftler Alarm schlagen.

Der Traum des Archimedes

Bisher war die Rede von Unbildern, die die Wüsten dem Menschen bringen. Aber die Menschheit hat nicht wenig gelernt, um diese Territorien zu erschließen.

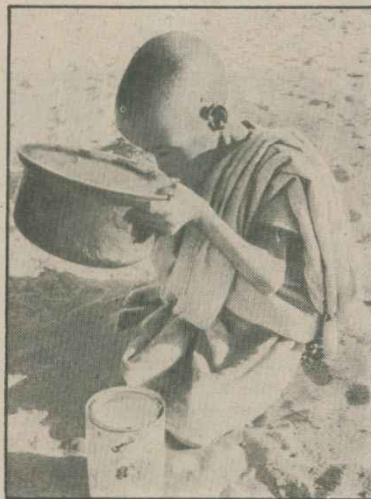
Im Innern von Wüsten und Halbwüsten liegt der größere Teil der prospektierten Vorräte an Erdöl und Erdgas. Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Iran, Irak, Libyen, Algerien, das sowjetische Mittelasien, ferner Mexiko und Texas — schon diese Aufzählung gibt eine Vorstellung von den Schätzen, die die unerschlossenen, von der Sonne verdörrten Ländereien in sich bergen. Hinzu kommen Gold und Diamanten, Phosphorite und Schwefel, Eisenerz und Buntmetalle, Uran, Bauxite, Kohle, Kalisalze usw.

Doch einer der größten Reichtümer der Wüsten sind die Vorräte von fruchtbaren Böden, die zusammen mit der ausreichenden Wärme dem Menschen Nahrungsmittel genug geben könnten.

Was kann bei der Lösung dieser Aufgabe helfen?

Um die Welt aus den Angeln zu heben, brauchte Archimedes eine Kleinigkeit: einen Punkt, wo er hinkreisen könnte. Damit die Wüsten mit ihren Reichtümern weniger geizen, muß Wasser her, und das ist der springende Punkt für die Erschließung dieser Regionen.

Für einen Menschen aus den mittleren Breiten ist der wahre Wert des Wassers unfaßbar.



Bei der jüngsten grausamen Dürre in Afrika litten mehr als 150 Millionen Menschen an Hunger, Unterernährung und Trinkwassermangel.

Foto aus: "Stern" (BRD)

lahmte Boden war nicht wieder urbar zu machen.

Eine traurige Geschichte, gewiß. Aber nach Berechnungen von Ökologen können sich die anthropogenen Faktoren der Einwirkung auf die Natur zu Lebzeiten unserer Vorgänger mit dem "Geschenk" nicht vergleichen, das die Menschheit für die Umwelt vorbereitet. Es steht im direkten Zusammenhang mit unserem Thema. Ich meine den "Treibhauseffekt".

Nach Expertenschätzungen werden in der Welt alljährlich rd. 5 Md. t Kohlenwasserstoffe als Brennstoff verbrannt. Neben dem Abholzen, das überall auf der Erde betrieben wird, führt das zu einem höheren Kohlendioxidgehalt in der Luft. Besagtes Gas hat die Eigenschaft, die Sonnenstrahlen durchzulassen, hält jedoch die von unserem Planeten ausgehende Wärme zurück, so daß sie nicht in den Weltraum entweichen kann. Nach Ansicht sowjetischer und amerikanischer

Als Journalist geriet ich einmal in den Bezirk Süd-Gobi der Mongolischen VR. Ich bat darum, mir eine natürliche Sehenswürdigkeit, eine "Perle", zu zeigen, von der ich meinen Lesern erzählen könne. Ich war beinahe sicher, man würde mich zum "Friedhof" von Sauriern — zu einer herrlichen Sammlung urgeschichtlicher Fossilien — führen. Doch nach kurzer Beratung sagten mir meine freundlichen Gastgeber, sie würden mir ewiges Eis und einen Fluß zeigen.

In der Gobi? Ich traute meinen Ohren nicht.

Etwa zwei Stunden rollte unser Geländewagen über eine flache, von Steinchen übersäte Ebene dahin, die die seltenen, verkümmerten Wermutstauden nur noch öder machten. Plötzlich zeigten sich direkt vor uns dunkelbraune Hügel, nicht über 150–200 m hoch, aber in ihren Umrissen (Felsbrocken, Schluchten, spitze Gipfel) richtigem Gebirge sehr ähnlich, sozusagen ein Gebirge in Kleinformat.

Der Wagen fuhr in einen Bergeinschnitt und bewegte sich nun im Bett eines ausgetrockneten Flüßchens. Zehn Minuten später hielten wir. Die fast vertikalen Berghänge traten von links und von rechts dicht heran und bildeten eine kaum 10 m breite Schlucht. Wir schritten an einem sauberen Bach entlang, sein Wasser reichte höchstens bis zu den Knöcheln. Dann bog die Schlucht scharf nach rechts ab, und unter einem überhängenden Fels, an seiner nördlichen Seite erblickte ich eine 20 m lange Schneezunge, die wohl noch aus dem vorigen Winter stammte. Wasser und Kälte hatten sie eishart gemacht. Die hohe Felsmauer schützte den Schnee vor der sommerlichen Sonne. Man schrieb Oktober, und vermutlich würde der winzige Gletscher bis zum Winter nicht schmelzen. Aber von mir aus wäre ich nie darauf gekommen, daß gerade dieser kleine Überrest des vergangenen Winters jene "Perle der Natur", "das ewige Eis", war.

"Wo ist denn der Fluß?" fragte ich ungeduldig.

"Unter Ihren Füßen doch!" sagten mir meine Begleiter einträchtig. Sie meinten den Bach.

Nur die Wüstenbewohner können das Wasser wie das Leben schätzen, denn Wasser ist dort gleich Leben. Hat der ausgedörrte Boden Wasser, so kann er auch fruchtbar werden.

Die Bewässerung, die seit eh und je angewandt wird, erlebt heute wieder ein Hoch. Nach Angaben der Internationalen Kommission für Bewässerung und Entwässerung (ICID) gab es 1980 in der Welt 245 Mio ha bewässerte Böden (rd. 16,5 Prozent aller bestellten Flächen). Die bewässerten Flächen sichern die Produktion von 50 Prozent der Erzeugnisse des Pflanzenbaus der Welt, zwei Drittel der Reisernte, einen Großteil von Weizen, Baumwolle, Ölfrüchten, Gemüse, Obst und Futterpflanzen. Leider hatten die Menschen auch viel Kummer auf diesem Weg: Versalzung der Böden durch mineralisiertes Bodenwasser, Versumpfung riesiger Flächen und lokale Klimaänderungen.

Ja, das Wasser, dieser machtvolle Hebel für den Aufschwung der Wirtschaft in

einer trockenen oder wüstenhaften Zone, hat es in sich. Rein äußerlich ist der Erdball mehr Wasseroberfläche als Festland, und doch hat er keine so unerschöpflichen Vorräte an Süßwasser, diesem "Wasser des Lebens". Gegenwärtig verbraucht die Menschheit 2600 Kubikkilometer Süßwasser im Jahr, das ist 10 mal soviel wie der Jahresabfluß eines Stroms wie der Wolga. Bis zum Jahr 2000 wird der Wasserverbrauch die kolossale Höhe von 6000 Kubikkilometer erreichen, was der Wassermenge aller Flüsse der Welt im Jahr gleichkommt. Ein Großteil wird ebenso wie heute der Landwirtschaft zugeführt werden. Demnach hat die Zunahme der Nahrungsmittelproduktion eine Grenze, die recht bald erreicht werden kann? Und wie soll man ein schon heute so akutes und in Zukunft wahrscheinlich noch akutes Problem wie die Bekämpfung des Hungers lösen? Wird denn das Gespenst des Hungers die Menschheit immer bedrohen? Nein, sie sucht nach einem Ausweg.

Die Grenzen des Suchens

Jede Generation stellt sich nur eine Aufgabe, die sie lösen kann. Nimmt man diesen Satz als Axiom, so könnte man angesichts des Gefälles in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der heutigen Völker und Staaten auch unterschiedliche Methoden zur Lösung ein und derselben Problems erwarten.

Ich muß schon wieder ein Zitat anführen:

"Brüder in Christo, die Ursache allen Übels waren und sind unsere Sünden, und so wird es bleiben." Der Erzbischof von Burgos segnete seine Gemeinde mit dem Kreuze, und die schweigsame Prozession zog durch die Straßen. 'Gott im Himmel, laß uns nicht umkommen, sende uns einen Regen herab', beteten die Menschen zum glühenden Himmel."

"Auf dem Cap Canaveral (Florida) wurde eine Raumfähre vom Typ 'Atlantis' mit 7 Astronauten an Bord gestartet.

... Im Rahmen des 7-tägigen Fluges sollen astronomische Forschungen und medizinische Experimente sowie das Fotographieren der Erdoberfläche, insbesondere der Wüsten zur Feststellung von Untergrundwasser, durchgeführt werden."

Eine Kirchenprozession und eine Raumfähre — das sind die beiden Pole, zwischen denen ein breites Spektrum des Suchens nach der Lösung nur eines Problems — des Wassermangels — liegt.

Zu diesem Spektrum gehören die Vorschläge, durch intensives Abholzen entblößte Territorien aufzuforsten (gemeint ist die heiße Zone mit trockenem Klima); wassersparende Technologien beim Pflanzenbau sowie geschlossene Zyklen in der Industrieproduktion einzubringen; Stauseen, Kanäle und überdeckte Wasserrumleitungen anzulegen.

Anfang dieses Jahrhunderts wurde vorgeschlagen, einen Kanal zwischen der Mittelmeerküste und einer Senke in der Sahara anzulegen. Nach der Meinung der

Urheber dieses Projekts könnte ein künstlicher afrikanischer Binnensee das schroffe Wüstenklima mildern und Voraussetzungen für die Erschließung riesiger Flächen schaffen. Eine phantastisch anmutende Angelegenheit...

Andere knüpfen ihre Hoffnungen an die Antarktis, in der 95 Prozent des ewigen Eises der Erde (90 Prozent des gesamten Süßwassers auf unserem Planeten) konzentriert sind. Saudi-Arabien und die benachbarten Länder, die an Süßwassermangel leiden, bauen auf Eisberge vom sechsten Kontinent. An diesem Projekt arbeiten bereits Wissenschaftler und Ingenieure. Wie gemeldet wurde, braucht man für die Beförderung eines einzigen Eisbergs eine ganze Flotte von Schleppern. Transportiert werden sollen nur recht große Eisberge: etwa 900 m lang, 400 m breit, 120–200 m hoch. Die Technologie dieser unwahrscheinlich kühnen (abenteuerlichen?) Operation liegt schon vor: Der Eisberg wird mit einer "Wurfschlinge" aus Stahl "gefangen" und oben durch eine Plastihülle vor den Sonnenstrahlen geschützt.

Man nimmt an, daß der Weg vom sechsten Kontinent bis zur Halbinsel Arabien ungefähr 7 Monate in Anspruch nehmen wird. Im Zielhafen wird der Eisberg zersägt und Süßwasser nach Maßgabe des Schmelzens der Wasserleitung zugeführt und in Wasserbehälter abgefüllt werden.

Vom "Projekt des Jahrhunderts" zur nüchternen Analyse

In den letzten Jahrzehnten gab es in der UdSSR wohl kein anderes großes Wirtschaftsprogramm, das so viele Diskussionen und Kritiken hervorgerufen hätte wie das Projekt, einen Teil der Wassermenge der nördlichen Flüsse in die dürregefährdeten südlichen Regionen unseres Landes umzuleiten.

Um die Bestimmung dieses "Projektes des Jahrhunderts" sowie die Ursachen der scharfen Kritik dagegen zu verstehen, müssen wir die Vorgeschichte ein wenig im Gedächtnis auffrischen.

Das Territorium der Sowjetunion (22,4 Mio Quadratkilometer, beinahe ein Sechstel des gesamten Festlandes der Erde) liegt in verschiedenen Klimagürteln, darunter in Wüsten und Halbwüsten. In den nördlichen Zonen, die zum Leben und zur Agrarproduktion wenig taugen, gibt es einen Überfluß an Wasser. Im Süden dagegen, wo es viel Wärme und ausgedehnte fruchtbare Ländereien gibt, fehlt es an Wasser, weshalb die fruchtbaren Ländereien brachliegen. Zudem sind die südlichen Gebiete an Bodenschätzen reich: an Erdöl, Erdgas, Mischerzen, an Salzen, die zu Mineraldünger und sonstigen chemischen Erzeugnissen verarbeitet werden können. Die Einbeziehung auch dieses Reichtums in den Wirtschaftskreislauf wird ebenfalls hochgradig durch den Wassermangel gebremst.

Wie wird das Problem gelöst? Es gibt da

viele Methoden, je nach konkreter Situation. Am meisten verbreitet ist das System von Stauseen, die die Schneeschmelze im Frühjahr abfangen und sammeln, damit man das Wasser in den übrigen Jahreszeiten planmäßig benutzen kann. Nach dieser Methode werden die Wassermengen der Wolga, des Dnepr, des Syr- und des Amu-Darja und vieler anderer Flüsse reguliert. Über ein System von Kanälen und Leitungen wird das Wasser dem Verbraucher zugeführt.

Auf der Halbinsel Mangyschlak funktioniert in der Stadt Schewtschenko an der kaspischen Küste seit fast 20 Jahren eine experimentell-industrielle Anlage zur Meerwasserentsalzung, die ihre Energie von einem Kernkraftwerk erhält.

Die mittelasischen Republiken der UdSSR sind eine Region mit uraltem Bewässerungsackerbau. Dort werden fak-

Getreideernte sichern könnten. Ebendeshalb wurde vorgeschlagen, einen Teil der Wassermengen der nördlichen Flüsse (das Becken des Nördlichen Eismeers) in diedürregefährdeten südlichen Regionen umzuleiten.

Das Programm bestand aus zwei selbständigen Projekten. Das erste: Das Wasser des Beckens der Nördlichen Dwina und der Petschora durch mehrere hydrotechnische Anlagen dem Oberlauf der Wolga zuzuführen und an ihrem Unterlauf über Kanäle und Leitungen in dasdürregefährdeten Gebiet an der unteren Wolga, in den Ural, die Wüsten Westkasachstans, in den Don und zum Nordkaukasus zu lenken. Im Prinzip hätten auch die Wassermengen der Wolga allein für all das gereicht. Man mußte jedoch auch an den Kaspisee denken. Ohne den Zustrom des Wolgawassers hätte sich sein

realisierbar und schätzungsweise sogar recht effektiv. An diesem Programm, an der Berechnung seiner ökonomischen Parameter arbeiteten Dutzende Forschungs- und Projektierungsinstitute. Einige Baufolgen der Projekte waren im Entwicklungsstadium, bei anderen handelte es sich um die technisch-ökonomische Aufgabenstellung oder um die arbeitsmäßige Projektierung.

Schon schien es, daß alles beschlossen, besprochen und aufgeschlüsselt worden sei, aber da schaltete sich die öffentliche Meinung des Landes ein. Die jüngsten Veränderungen in unserem Leben haben weiten Raum dafür gegeben, diese volkswirtschaftlichen Großprogramme in den Massenmedien und auf verschiedenen Beratungen, Konferenzen usw. zu erörtern. Die Projekte wurden scharf kritisiert. Unter ihren Gegnern waren nicht nur Ingenieure, Bauleute, Hydrotechniker, Agrarwissenschaftler und Fachleute für den Umweltschutz, sondern auch Künstler, Historiker und Schriftsteller. Für Rußland, das traditionsgemäß großen Wert auf das Wort seiner Schriftsteller legt, war deren Position von großer Bedeutung.

Welche Argumente führten die Projektgegner ins Treffen?

Ungenügende Maßnahmen zum Umweltschutz. Ungenügende ökonomische Fundierung. Außerdem meinten sie: Ge-wisse technische Lösungen zur Wassereinsparung und neue Technologien in Industrie und Landwirtschaft würden Wassermengen aus dem Wirtschaftskreislauf ausklammern, die ungefähr gleich groß wären wie die, welche man aus dem Norden in den Süden umzuleiten gedachte. Das könnte also auch unter geringerem Aufwand erzielt werden. Auch folgendes Argument fiel ins Gewicht: Im Kaspischen Meer begann sich der Wasserspiegel zu heben (wie beständig diese Tendenz ist, wird erst die Zeit zeigen).

Letztendlich faßte die Regierung den Beschuß, alle Arbeiten am Programm der Wasserumleitung einzustellen, und hielt die Fachleute dazu an, das Programm tiefer und fundierter durchzuarbeiten. Ein Zurückgreifen auf diese Projekte in Zukunft ist nicht ausgeschlossen, doch muß das auf neuer, höherer wissenschaftlicher Ebene geschehen.

Von allen Naturkatastrophen ist die Dürre eine Geißel, die die größten Menschenmassen trifft. Laut Berechnungen des Internationalen Roten Kreuzes stieg die Zahl der Naturkatastrophen auf dem Erdball von 43 im Jahr (1960) auf 81 (1979). In den letzten 10 Jahren waren besonders die Dürren schmerzlich, darunter litten 244 Millionen Menschen (bei den Überschwemmungen waren es 154 Millionen, bei tropischen Orkanen 28 Millionen, bei Erdbeben 12 Millionen).

Man darf für den Kampf gegen die Dürre, gegen den Vorstoß der Wüsten und für die Erschließung ihrer Reichtümer nicht mit Mitteln geizen. Viel zu groß sind die Verluste durch Versandung. Viel zu verlockend sind die Perspektiven der Bevölkerung der erhitzen Sandmassen.



Über diese Rohre kommt Wasser aus dem Karakum-Kanal zu den Weiden der Turkmenischen SSR

Foto: TASS

tisch das ganze Aufkommen an Baumwolle und große Mengen an Getreide, Melonen und Kürbissen, Gemüse, Obst und Wein dank der Bewässerung erzielt.

In den Nachkriegsjahren wurden in Mittelasien, in dendürregefährdeten Zonen am Unterlauf der Wolga und im Nordkaukasus zahlreiche Wasserbauanlagen errichtet.

Das ging so schnell, daß das Wasser der beiden Hauptströme Mittelasiens — des Amu-Darja und des Syr-Darja — fast völlig für die Agrar- und die Industrieproduktion entnommen wurde; der Aralsee, der jahrtausendelang durch diese beiden Ströme gespeist worden war, wurde zusehends seichter.

Noch immer verfügt diese Region über eine Reserve an fruchtbaren Ländereien von mehr als 50 Mio ha. Ihre Erschließung ist wegen des Wassermangels unmöglich. Und dies zu einer Zeit, da das Land noch Nahrungsmittel benötigt. Berechnungen zeigen, daß die Reserveböden dieser Region, wenn bewässert, eine hohe

Spiegel senken können, dann hätte man das nördliche Flachwasser — die Stelle der Aufzucht der Jungfische wertvoller Arten, vor allem der Störe, eingebüßt. Dabei liefert dieser Binnensee 90 Prozent des entsprechenden Fanges. Somit würde das nördliche Wasser in letzter Instanz dem Kaspisee zuströmen.

Das zweite Projekt sah die Überleitung des Wassers aus dem Ob und später aus dem Jenissej zum Aralsee-Becken vor. Das Hauptziel war die Bewässerung der Reserveböden dieserdürregefährdeten Zone. Unterwegs mußte jedoch ein Teil des Wassers für die Industrie im südlichen Uralgebiet (dort macht sich der Wassermangel schon bemerkbar) und für das Erzbergaugebiet im Osten der UdSSR abgegeben werden. Dieses Revier wird deshalb eben jetzt erst erschlossen, weil es wasserarm ist.

Beide Projekte sahen mehrere Baufolgen und Stufen der Inbetriebnahme vor und reichten über die Jahrhundertgrenze hinaus. Trotz der grandiosen Ausmaße wären diese Projekte rein technisch

Für wen leuchten die Reggae-Stars?

"Warum wir Reggae singen? Wissen Sie, was Bob Marley sagte? Reggae ist die Musik des Kampfes."

So begann unsere Unterhaltung mit Eli Campbell, dem Leadsinger der britischen Gruppe UB 40, die vor kurzem ein Gastspiel in der UdSSR ablieferne. Die Musiker aus Großbritannien waren die ersten ausländischen Reggae-Interpreten bei uns. Ihre Konzerte in Moskau und Leningrad waren ein großer Erfolg.

Warum ist der Reggae so erfolgreich und wurde "die Musik des Kampfes"? Diese Frage versuchten wir mit den Mitgliedern von UB 40 zu klären, die uns ihre eigene Auffassung von dieser interessanten Musikrichtung vorgelegt hatten.

Die Wurzeln des Reggae werden zu Beginn der 60er Jahre hörbar. Junge Musiker aus Jamaika protestierten gegen den Druck angloamerikanischer Plattenfirmen und schufen ihren eigenen Stil, den sie "Ska" nannten. In Abgrenzung zu vielen Richtungen der damals angesagten Pop-Musik enthielt der Ska einen guten Schuß Rhythm & Blues, traditionellen Jazz und Folkloristisches aus den Weiten der Karibik.

Die bekanntesten Gruppen der damaligen Zeit nannten sich "Skatalites", "Don Drummond and Drumbago" usw. Die "Wailers" waren noch ganz jung, und ihr Leadsinger hieß Bob Marley und war von Beruf Schweißer.

Bob Marley also war es beschieden, Reggaestar Nr.1 zu werden. Journalisten fanden damals für ihn die sinnige Bezeichnung "Erster Botschafter" einer neuen Musikrichtung. Aber das war noch Zukunftsmusik. Zu Beginn der 60er Jahre ließen die Wailers mit "jailhouse" aufhorchen, einem Song, in dem sie für die Rechte der Jugend Partei nahmen. Der gesellschaftskritische Trend war übrigens für die meisten Ska-Bands bezeichnend, wenn sie in ihren Liedern gegen Arbeitslosigkeit, Erniedrigung und Ausbeutung protestierten.

Der auf den Ska folgende Reggae behielt die Schärfe der sozialpolitischen Aussage in seinen Songs bei. Rein musikalisch betrachtet bestand die Neuartigkeit des Reggae darin, daß er die Musik ihrer Jazzelemente entkleidete, aber die traditionellen Instrumente des Jazz, wie Posaune, Saxophon usw. beibehielt. Die folkloristische rhythmische Basis bauende Reggaemusiker aus, indem sie

kühn die Klopferwerkzeuge der Rockmusik integrierten. Weltweit entstanden Reggaebands. Die Wailers blieben nach wie vor die besten und bekanntesten. Zu ihnen gehörten hervorragende Musiker wie Peter Tosh und der erwähnte Bob Marley. Er war der erste Reggae-Komponist, der es zu einiger Berühmtheit brachte.

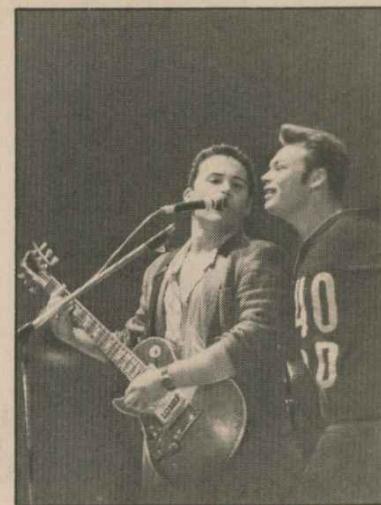
Die Reggae-Thematik wurde im Vergleich zu den Ska-Liedern reichhaltiger. Die Reggae-Musiker griffen nicht nur Fragen wie Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut auf, sondern beteiligten sich aktiv am Kampf für die Ablösung der gesellschaftlichen Spaltung durch Klassen-gerechtigkeit.

Seit Entstehen des Reggae sind über 15 Jahre vergangen. Seine unverwüstliche Beliebtheit zwang die Magnaten der westlichen Musikindustrie zu einer anderen Sichtweise des Reggae. Einige erhielten viele Bands moderne Aufnahmestudios, und ihre Scheiben waren keine seltenen Gäste in den Plattenläden mehr. Andererseits machten sich Gruppen breit, die von der Beliebtheit der karibischen Melodien profitierten und zu Reggae-Klängen süßliche, pseudolyrische Texte winselten.

Ende der 70er Jahre schien der Reggae dem einst populären Calypso, Samba und anderen Strömungen in die Vergessenheit zu folgen. Aber Bob Marleys Musik rief nicht nur Epigonen, sondern auch überzeugte Anhänger auf den Plan. Anfang der 80er Jahre begann man zur großen Verwunderung vieler Kritiker erneut vom Reggae zu sprechen und über ihn zu streiten. Ein Grund dafür ist das Erscheinen einer englischen Formation mit der verwegenen Bezeichnung UB 40 auf der musikalischen Weltbühne.

In Großbritannien kennt man diese Abkürzung sehr genau. Sie besagt: "Formular Nr. 40 für den Bezug von Arbeitslos-unterstützung". Aber natürlich hat die Band Zuhörer und Kritiker nicht nur durch ihre ätzende Bezeichnung auf sich aufmerksam gemacht.

Ihre erste LP "UB 40" beginnt mit "Tyler", einem Song über einen jungen Schwarzen in den USA, der bei einer Demonstration gegen den Ku-Klux-Klan verhaftet wird. Dieses Stück brachte die Gruppe ebenfalls auf ihrer ersten in den USA gepräbten Scheibe. Richtig bekannt aber wurde sie erst durch "Burden of shame", ein Lied, in dem es heißt, daß



jeder für das, was in der Welt vor sich geht, verantwortlich ist, für Militarismus und Rassismus, für die Lage in Südafrika und die Gleichgültigkeit des britischen Spießers.

In der RSA wurde das Lied vom Apartheidregime verboten. Aus Protest dagegen, daß die Plattenfirma das Lied von der Platte gekippt hatte, brachen die Musiker den Vertrag, ungeachtet der goldenen Berge, die ihnen die Manager versprochen hatten. UB 40 ist aktiv bei der Bewegung "Rock gegen Apartheid und Rassismus".

"Wir glauben, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung zum Untergang verurteilt ist", sagte Eli Campbell im weiteren Verlauf unseres Gesprächs, "und dafür kämpfen wir. Die Songs sind unsere Waffe. In ihnen können wir die Wahrheit sagen über das Leben im Kapitalismus."

"Wie hat das sowjetische Publikum Euch aufgenommen?"

Gitarrist Robin Campbell mischt sich ein: "Einen solch heißen Empfang hatten wir nicht erwartet. Wir hätten nie gedacht, daß die Zuhörer viele unserer Lieder schon nach dem ersten Takt mitsingen. Aber unsere größte Offenbarung war, daß Eure Musiker Reggae kennen und spielen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, diese Musik zu verbreiten..."

Wie gesagt, das war die erste ausländische Reggae-Band, die unser Land besuchte. Aber Reggae ist bei uns nicht ganz unbekannt. Viele unserer Gruppen verwenden ihn bei ihren Konzerten und Plattenaufnahmen. So eröffnete z. B. die Gruppe "Aquarium" die neue Saison eines Rock-Klubs in Leningrad mit "Babylon", einem Lied aus dem Repertoire Bob Marleys. "Melodija" will die neueste UB 40-Scheibe "Rat in the Kitchen" herausbringen.

Reggaemusik sagt die Wahrheit, eine oft bittere und unvoreingenommene Wahrheit, die die Jugend so dringend braucht.

Andrej GAWRILOW

Mit einem Ruck ins Ziel



Im Zentralen Schachmuseum der UdSSR sind zahlreiche Siegeszeichen ausgestellt, die sowjetische Großmeister in fast allen Gegenden dieser Welt gewannen. Eins davon steht auf einem Ehrenplatz. Das ist die höchste Belohnung des Weltschachbundes (FIDE), ein prächtiger Silberpokal mit dem eingravierten Namen seines Stifters, Lord Hamilton-Russell. Diesen Wanderpreis erhalten die Siegermannschaften der alle 2 Jahre stattfindenden Schacholympiaden.

In den 59 Jahren seit seiner Stiftung ist der Hamilton-Russell-Cup schon viel herumgekommen. In seiner Heimat London hielt er sich nicht lange auf, sondern querte Kontinente und Weltmeere und war in vielen Ländern zu Gast. Selten genug kehrte er in bekannter Gefilde zurück (am häufigsten nach Ungarn und in die USA). Das Jahr 1952 machte seinem Vagabundenleben ein Ende. Denn damals, auf der 10. Olympiade in Helsinki, begann der Siegeszug sowjetischer Großmeister bei den weltweiten Mannschaftswettkämpfen "Turnier der Nationen". Seitdem ist der Pokal in Moskau an der Gogolallee zu Hause.

Unsere Mannschaft hat ihn jedesmal, wenn sie zur nächsten Olympiade auszog, mitgenommen, aber nur, um ihn während der Wettkämpfe auf einem Ehrensockel auszustellen und ihn, nachdem sie den Titel verteidigt hatte, als Siegesbeweis nach Moskau zurückzubringen. Und das 15 mal hintereinander! Einmal allerdings, 1978, "verliehen" wir ihn für 2 Jahre an unsere Freunde und Mitbewerber aus Ungarn.

Heute freuen wir uns über den 16. Sieg. Auf dem Weltschachforum in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, gewann unsere männliche und weibliche Auswahl Medaillengold.

Zu diesen Wettkämpfen mit einer Rekordteilnehmerzahl

von über 1000 hatten sich Schachspieler und Schachspielerinnen aus 108 Ländern versammelt. "Das war der größte Wettkampf in der Schachgeschichte", sagte zum Abschluß der Olympiade FIDE-Präsident Florencio Campomanes, der übrigens auf der FIDE-Vollversammlung, die ebenfalls in Dubai stattfand, in seiner Funktion wiedergewählt wurde. Der Präsident hatte allen Grund, stolz zu sein, weil er, das muß man ihm gebührend anrechnen, in den letzten Jahren nicht geringe Anstrengungen unternommen hatte, Schach in Entwicklungsländern zu popularisieren. Diese Länder stellen die weitaus meisten Teilnehmer der Olympiade. Sie haben auch die Stimmenmehrheit in der FIDE. Der Brasilianer Lincoln Lucena, einziger Konkurrent des amtierenden Präsidenten, zog seine Kandidatur vor der Abstimmung zurück.

Doch nun zum eigentlichen Match.

Um es gleich vorweg zu sagen, auf der "Frauenhälfte" ging es ohne Sensationen ab. Unser bemerkenswertes Quartett, M. Tschiburdanidse, J. Achmylowskaja, N. Gaprindaschwili und N. Alexandrija, hatte keine gleichrangigen Gegner, gewann alle Spiele, errang vorfristig den Sieg. Nona Gaprindaschwili errang einen schönen Erfolg: Sie sicherte sich alle 10 möglichen Punkte.

Dafür geschah bei den Wettkämpfen der Männer etwas vollkommen Unübliches. Die UdSSR-Auswahl präsentierte sich in starker Besetzung und sah sich bereits als unangefochtenen Favoriten, als sie für viele, in erster Linie wohl für sich selbst unerwartet, auf den entschlossenen Widerstand einiger europäischer und amerikanischer Mannschaften stieß. Bis buchstäblich in die letzten Minuten jener prachtvollen Wettkämpfe hinein blieb das Ende offen. Unsere

6 Schachgrößen fanden sich in der ungewohnten Rolle des Überholten wieder. Erst ein Ruck im Finish, der 4:0-Sieg über Polen, stellte den gewohnten Zustand wieder her.

Wie konnte es passieren, daß eine Mannschaft, zu der Weltmeister G. Kasparow gehört, Ex-Weltmeister A. Karpow, die Titelanwärter A. Sokolow und A. Jussupow (4 Spieler von Weltrang!) dazu solch namhafte Auswechselspieler wie R. Waganian und UdSSR-Meister W. Zeschkowski, auf einmal nicht mehr in der Lage ist, während der ganzen Olympiade zu führen? Warum haben unsere Asse nahezu punktgleich mit Mannschaften gespielt, die ihnen objektiv eindeutig unterlegen waren? Wie ist es möglich, daß wir die wichtigsten Konkurrenten, die Schachspieler der USA, Großbritanniens, Jugoslawiens und dazu die nicht einmal überragend starken Länder, nicht zu schlagen vermochten?

Selbstredend können nur diejenigen diese Fragen beantworten, die aktiv am Geschehen teilgenommen haben. Wir können nur ein paar Vermutungen anstellen.

Zunächst einmal muß man berücksichtigen, daß die führenden Schachspieler aller Länder (das Spiel findet auf der Olympiade auf insgesamt 4 Brettern statt) inzwischen bedeutend stärker spielen. Die Mannschaften gleichen sich nahezu einander an. Das führt zu verstärkter Konkurrenz. A. Karpow meint, daß "nicht sofort alle Teilnehmer eine gute sportliche Kondition haben. Irgendwann fällt dann unweigerlich aus dem Ensemble heraus, und das Pech des einen ruft eine negative Kettenreaktion hervor."

Wenn man sich ausschließlich von sportlichen Motiven leiten läßt, muß man sich häufig über die logische Entwicklung der Situationen auf

dem Schachbrett hinwegsetzen. So erlitt z.B. G. Kasparow die einzige Niederlage auf der Olympiade, als er im ungünstigen Zug der Ereignisse beim Match gegen die US-Mannschaft im Spiel gegen Y. Seirawan auf Risiko spielte und — verlor...

Wieviel Zufälle birgt allein das "Schweizer System"!

Daher auch die Unvorhersehbarkeit der Ergebnisse. Zur Erinnerung: Wir spielen 2:2 gegen die Briten, dann besiegen wir die Spanier mit dem Ergebnis 3,5:0,5, mit dem selben Ergebnis unterliegen ihnen die Briten, dazu noch im entscheidenden Augenblick...

Derlei Nebenumstände gibt es also bei solchen Wettkämpfen weitaus mehr, als bei individuellen Turnieren. Und wenn es unserer Mannschaft schließlich, wenn auch mit Schwierigkeiten, doch noch gelang, ihre negativen Faktoren auszuschalten, danken wir ihr dafür.

Mit Ausnahme von W. Zeschkowski, für den die verkürzte Kontrolle der Bedenkzeit, wie sie auf der Olympiade vorgenommen wurde, eine überwindbare Barriere darstellte, verteidigten unsere übrigen Großmeister, wenn auch mit unterschiedlichem Grad, ihren Championtitel durchaus würdig. Mannschaftsführer G. Kasparow sammelte 8,5 von 11 möglichen Punkten und erhielt einen Preis für das beste Ergebnis auf dem 1. Brett. A. Karpow und A. Sokolow spielten etwas bescheidener, aber auch durchaus überzeugend (6 von 9 Punkten). Guter Schnitt für R. Waganian (7 von 10 Punkten). Erfolgreicher als alle anderen spielte jedoch A. Jussupow mit 10 von 12 Punkten. Ihm wurde wie üblich die verantwortliche "Stopper"-Rolle zugewiesen, mit der er glänzend fertig wurde, indem er 7 Partien mit Schwarz gewann. Wie G. Kasparow sagte, kann man Jussupow den Weltmeister im Spiel mit den schwarzen Figuren nennen.

Ja, nicht wenige Aufregungen liegen hinter uns. Wir glaubten trotzdem an einen neuen Erfolg der sowjetischen Schachschule. Wir haben uns nicht geirrt.

M. TAIMANOW,
Weltgroßmeister

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawa"



„Tannhäuser“ in Alma-Ata

Das Licht verlosch, der Dirigentenstab hob sich, und im Opernhaus von Alma-Ata erklang erstmals die Ouvertüre zum „Tannhäuser“. Die „Deutsche Staatsoper Berlin“ begann ihr Gastspiel in Kasachstan mit einer Aufführung von Richard Wagners romantischer Oper.

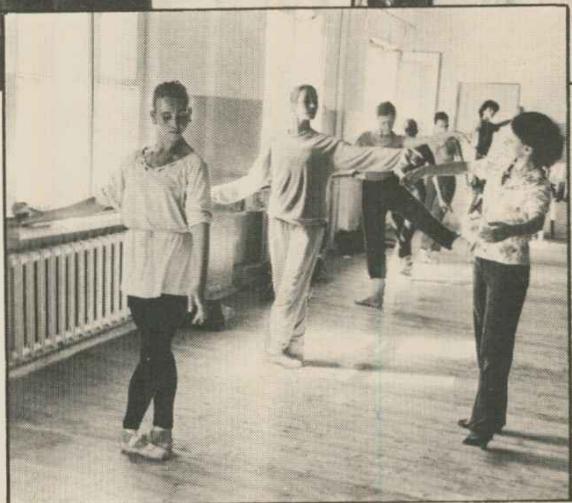
Das Opernhaus aus der DDR ist etwa 250 Jahre alt — es gehört zu den ältesten Europas, in seinen Aufführungen wirkten viele berühmte Sänger mit. Und erst vor kurzem wurde die Ballett-Truppe des Theaters gebildet. Die Alma-Ataer erlebten eine Premiere — einen klassischen Tanzabend zur Musik von Ravel, Bizet und Hindemith. Choreographen aus Leningrad hatten den deutschen Künstlern bei den Proben geholfen.

Fotos: TASS

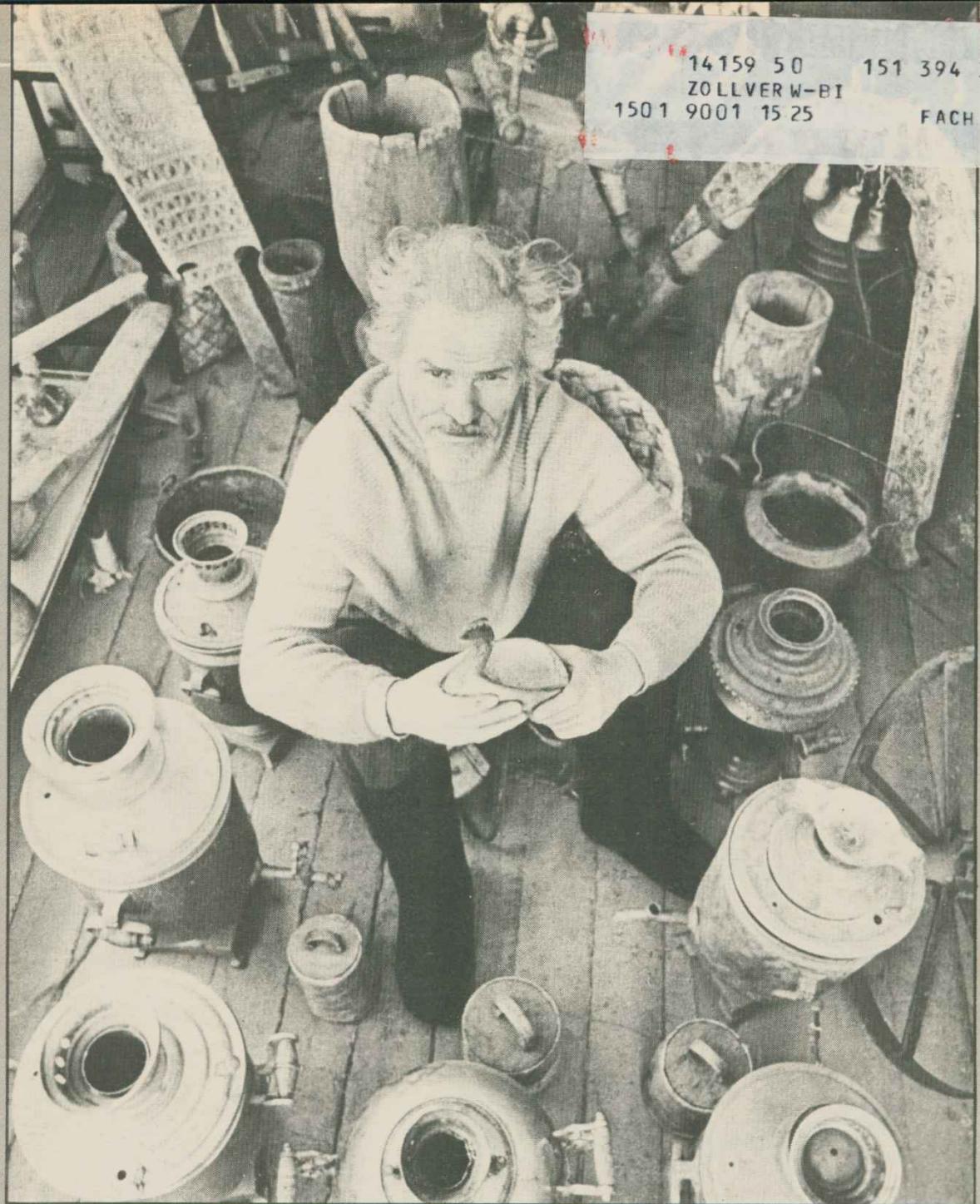
Szene aus dem
„Tannhäuser“

Sowjetische
Choreographen
proben mit Solisten
der Ballett-Truppe
der Deutschen Staatsoper

Ausflug nach Medeo



14159 50 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525 FACH 65



Bewahrer des Überlieferten



INTERNATIONALER FOTO-
UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

Aufnahme von
**Fjodor
Maschetschko
(UdSSR)**